

Marcus Scheiblecker et al.

Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum

Nachdem in Österreich die Rezession des Jahres 2001 gegen Jahresende überwunden worden war, nahm die Dynamik der Wirtschaft im 1. Halbjahr 2002 deutlich zu. In der Folge verlor die Erholung jedoch an Kraft, und im IV. Quartal war das um Saison- und Arbeitstageffekte bereinigte reale BIP bereits rückläufig. Nach vorläufigen Berechnungen wuchs die Wirtschaft 2002 in Österreich mit +1% nur wenig kräftiger als im Vorjahr (+0,7%).

Die einzelnen Kapitel dieses Berichts werden jeweils von den Autorinnen und Autoren gezeichnet.

In den OECD-Ländern erholte sich die Wirtschaft 2002 nur sehr langsam von der schlechten Entwicklung im Jahr 2001. Für diese Ländergruppe ergeben die vorläufigen Berechnungen für 2002 eine BIP-Steigerung von 1,3% nach 0,8% im Jahr davor. Angesichts der geopolitischen Unsicherheiten im 2. Halbjahr 2002 kam die Investitionsnachfrage nicht in Gang, die üblicherweise die Basis einer Wachstumsbeschleunigung bildet. Vor dem Hintergrund der weiteren Kursverluste an den Weltbörsen trübte sich das Vertrauen der ökonomischen Akteure in die Weltwirtschaft ein.

In den USA beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum 2002 nach der Rezession des Jahres 2001 wieder auf 2,4%. Allerdings erwies sich dieser Aufschwung als nicht sehr robust, im Jahresverlauf bestätigten immer wieder wichtige ökonomische Indikatoren die Labilität der Entwicklung. Aus diesem Grund sah sich die Notenbank der USA mehrmals gezwungen, den Leitzins kräftig zu senken, um die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zu stützen. Der Konsum der privaten Haushalte bildete auch 2002 die wichtigste Stütze der Konjunktur. Die von der Notenbank ermöglichte Verbilligung von Krediten gestattete den Herstellern langlebiger Konsumgüter, den Kunden nahezu zinsenlose Kredite einzuräumen. Zusätzlich erleichterte die nach dem abrupten Ende der Börsenhausse einsetzende Immobilienverteuerung, welche das Vermögen der Eigenheimbesitzer deutlich erhöhte, den privaten Haushalten die Konsumentscheidungen. Die Nachfrage nach Anlageinvestitionsgütern war hingegen im gesamten Jahresverlauf rückläufig, wenngleich schwächer als im vorangegangenen Rezessionsjahr. Die Dynamik der Investitionen reichte 2002 nicht aus, um einen nachhaltigen Aufschwung der Wirtschaft herbeizuführen. Die Unsicherheit über einen Krieg im Irak dürfte die Investitionsaktivitäten gedämpft haben.

Die Arbeitslosenquote stieg in den USA aufgrund des unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums und den unsicheren Aussichten kräftig. Gegen Jahresende erhöhte sie sich auf 6%, den höchsten Stand seit über sieben Jahren. Das bereits seit Jahren besorgniserregend hohe Leistungsbilanzdefizit vergrößerte sich auch im Jahr 2002. Neben dem durch die rege Konsumnachfrage ausgelösten Importsog trug der Dollarkursverfall seit Mitte 2002 deutlich zur Passivierung der Leistungsbilanz bei. Trotz des labilen Wachstums erwiesen sich die USA 2002 als einer der dynamischsten Wirtschaftsräume.

Der nun schon seit über zwei Jahrzehnten in einer Krise verharrenden japanischen Wirtschaft gelang auch 2002 keine Trendwende; das reale Bruttoinlandsprodukt er-

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

höhe sich im Jahresdurchschnitt um nur 0,3%. Zwar trug das Anziehen der Exportnachfrage gegen Jahresende zur Überwindung der Rezession bei, doch belasteten die schwache Konsumnachfrage und die Investitionskürzungen nach wie vor die Konjunktur. Diese Nachfragekomponenten wurden durch die auch 2002 anhaltende Deflation merklich gedämpft. Vor dem Hintergrund der schlechten Wirtschaftslage hielt der Beschäftigungsrückgang an, die Arbeitslosenquote stieg kontinuierlich und erreichte mit 5,4% eine für Japan ungewöhnlich hohe Marke.

Übersicht 1: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laut ESVG 1995)

Zu Preisen von 1995

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	+ 3,3	– 1,6	– 0,7	– 0,1
Bergbau ¹⁾	– 0,9	+ 7,2	+ 10,0	+ 2,4
Sachgütererzeugung	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 0,1
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,9	– 1,6	+ 1,7	+ 9,2
Bauwesen	+ 1,3	+ 1,2	– 4,8	+ 0,2
Handel ²⁾	+ 3,0	+ 3,6	– 0,3	+ 1,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,2	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,2	+ 2,4	– 0,9	+ 0,5
Kreditinstitute und Versicherungen	– 1,8	+ 10,2	– 0,5	– 5,2
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,3	+ 1,7
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 1,9	+ 0,8	– 0,2	– 0,3
Sonstige Dienstleistungen	– 0,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,9
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	+ 2,1	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0
Primärsektor	+ 3,3	– 1,6	– 0,7	– 0,1
Sekundärsektor	+ 2,7	+ 4,5	– 0,1	+ 1,0
Tertiärsektor	+ 1,7	+ 4,3	+ 1,1	+ 0,5

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen sowie vor Zurechnung der Gütersteuern.

Im übrigen asiatischen Raum entwickelte sich die Wirtschaft 2002 trotz der Turbulenzen auf den internationalen Aktienmärkten, der Schwäche in den USA und Japan sowie der Turbulenzen in Lateinamerika relativ erfolgreich. Das starke Wirtschaftswachstum in China (fast +8%) und die lebhaft Expansion in Südkorea und Malaysia machten diesen Wirtschaftsraum zum dynamischsten im abgelaufenen Jahr. Hingegen griff in Südamerika die in Argentinien durch Währungsturbulenzen ausgelöste Krise auf andere Staaten über. Brasilien geriet aufgrund einer Finanzkrise und politischer Turbulenzen in eine Rezession. Auch Uruguay und Paraguay konnten sich der Abwärtstendenz nicht entziehen. In Venezuela belasteten 2002 primär politische Unruhen die Konjunktur.

Die Wirtschaft der EU schien in der ersten Jahreshälfte 2002 nach der Konjunkturlaute wieder an Dynamik zu gewinnen. In der Folge beschleunigte sich die Expansion jedoch nicht weiter. Im Euro-Raum betrug das Wirtschaftswachstum 2002 nach vorläufigen Berechnungen 0,8%. Die Konjunkturschwäche ging weniger auf die geringe Auslandsnachfrage als vielmehr auf die ungünstige Entwicklung der Binnennachfrage zurück. Die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand war angesichts der durch den Wachstums- und Stabilitätspakt auferlegten Sparzwänge eher restriktiv, und die privaten Haushalte waren in ihren Konsumausgaben wegen der hohen Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt und der nahezu europaweiten Pensionsdiskussion äußerst zurückhaltend. Auch die Unternehmen sahen aufgrund der Verzögerung des internationalen Konjunkturaufschwungs und der anhaltenden wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten kaum Anreize zu einer deutlichen Ausweitung ihrer Investitionen.

Im Gegensatz zu den USA reagierte die Wirtschaftspolitik im Euro-Raum nur sehr halbherzig und mit großer Verzögerung auf das Erlahmen des Aufschwungs. Die EZB

senkte ihren Leitzinssatz viel weniger als die Federal Reserve in den USA, obwohl die Wirtschaft im Euro-Raum viel langsamer wuchs. Während in den USA die Steuerbelastung gesenkt und die Staatsausgaben ausgeweitet wurden, veranlasste der Ausfall an Steuereinnahmen in der Folge der Konjunkturschwäche die europäischen Regierungen, ihre diskretionären Sparbemühungen zu verstärken, um das Defizit des Gesamtstaates nicht über die vom Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgeschriebene Grenze von 3% steigen zu lassen. Die anhaltende Konjunkturflaute stoppte auch den in den letzten Jahren beobachteten Rückgang der Arbeitslosenquote in der Euro-Zone: Sie stieg 2002 auf über 8%, und die Beschäftigung wuchs kaum mehr. Aufgrund der gedämpften Wachstumsdynamik fiel die Inflation mit knapp über 2% im Jahresdurchschnitt sehr gering aus.

Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (laut ESVG 1995)

Zu Preisen von 1995

		1999	2000	2001	2002
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt		+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,0
Private Haushalte ¹⁾		+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9
Staat		+ 3,1	+ 0,0	- 0,5	+ 1,3
Bruttoinvestitionen		+ 4,2	+ 2,9	- 4,0	- 4,6
Bruttoanlageinvestitionen		+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,8
Ausrüstungen		+ 4,7	+ 11,5	- 4,1	- 9,2
Bauten		+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 1,2
Vorratsveränderung ²⁾	Prozentpunkte	+ 0,5	- 0,7	- 0,5	+ 0,0
	Mrd. €	2,20	0,93	0,05	0,10
Inländische Verwendung		+ 3,0	+ 2,7	- 0,1	- 0,4
Exporte		+ 8,5	+ 13,4	+ 7,4	+ 2,6
Importe		+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	+ 0,0
Außenbeitrag	Prozentpunkte	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt		+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Die ungünstige Wirtschaftslage in der EU war primär auf die enttäuschende Entwicklung in Deutschland zurückzuführen. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um nur 0,2%, die geringste Rate unter allen EU-Staaten. Hauptursachen hiefür waren die hohen Belastungen durch die Wiedervereinigung, die ausgeprägte Krise im Bausektor und der wirtschaftspolitische Reformstau. Auch der Bankenbereich litt erheblich unter den unsicher gewordenen Krediten und dem Mangel an Nachfrage nach dem früher lukrativen Geschäft mit Aktien und Investmentfonds. Italiens Wirtschaft dürfte mit einem Anstieg des realen BIP von 0,5% nur wenig stärker gewachsen sein als die Deutschlands. Auch hier verloren alle Binnennachfragekomponenten an Dynamik. Wie die Nachbarländer erlitt auch die französische Wirtschaft Rückschläge, nachdem sich die Konjunktur 2001 als recht robust erwiesen hatte. Die expansive Wirkung des öffentlichen Konsums machte die Stagnation der Investitionen wett, die Wirtschaft wuchs um 0,8%.

Die schlechte Konjunkturlage in Westeuropa beeinträchtigte auch die Entwicklung in Ost-Mitteuropa (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Slowakei). Das Wachstum dürfte sich gegenüber dem Vorjahr auf etwas unter 2% verringert haben. Am geringsten war es mit knapp 1% in Polen. Die Geldpolitik verfolgte dort einen restriktiven Kurs zur Eindämmung des Leistungsbilanzdefizits, durch den auch die Inflation deutlich gebremst werden konnte. Trotz der Verlangsamung der Steigerung der Auslands- und Inlandsnachfrage expandierte die ungarische Volkswirtschaft um über 3%. Als Konjunkturstütze erwiesen sich hier die Investitionen aus dem Ausland, aber auch das Bauprogramm der Regierung. In der tschechischen Wirtschaft waren ebenfalls Schwächetendenzen zu beobachten. Zwar entwickelte sich hier die private und öffentliche Konsumnachfrage lebhaft, doch wuchsen die Investitionen kaum mehr; das reale BIP dürfte 2002 gegenüber dem Vorjahr um nur gut 2% gestiegen sein.

Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahresverlauf abermals verlangsamt

In Österreich lag das Wirtschaftswachstum 2002 mit rund 1% nur unwesentlich über dem Vorjahreswert. Das 1. Halbjahr verlief relativ günstig, und ein Aufschwung schien in Gang zu kommen; im weiteren Jahresverlauf ließen aber die Auftriebskräfte merklich nach. Zur Jahresmitte trübte sich die Stimmung der Unternehmen wieder ein – vor allem eine Reaktion auf die internationale Börsenkrise und die anhaltend unsichere internationale Konjunktur. Die Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002 beeinträchtigte ebenfalls die heimische Produktion.

Am deutlichsten zeigten sich die Konjunkturschwäche und die anhaltend pessimistische Zukunftseinschätzung der österreichischen Unternehmen im kräftigen Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen real um knapp 5%. Sowohl die Investitionen in Maschinen und Elektrogeräte (–9,5%) als auch jene in Fahrzeuge (–8,2%) wurden erheblich reduziert. Auch die Bauinvestitionen waren rückläufig (–1,2%), allerdings wesentlich weniger als andere Investitionskategorien.

Übersicht 3: Inländische Verwendung (laut ESVG 1995)

Zu laufenden Preisen

	2002 Mrd. €	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	216,83	+ 2,3
Minus Exporte	113,04	+ 1,7
Plus Importe	110,44	– 0,7
Inländische Verwendung	214,24	+ 1,1
Konsumausgaben insgesamt	166,41	+ 2,6
Private Haushalte ¹⁾	124,96	+ 2,8
Staat	41,45	+ 2,2
Bruttoinvestitionen	47,24	– 3,8
Bruttoanlageinvestitionen	47,14	– 4,1
Ausrüstungen	17,67	– 9,6
Bauten	27,49	± 0,0
Vorratsveränderung ²⁾	0,10	
Statistische Differenz	0,59	

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Übersicht 4: Verteilung des Nettonationaleinkommens 2002

	2002 Mrd. €	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	111,79	+ 1,9
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	77,90	+ 2,4
Produktionsabgaben minus Subventionen	27,14	+ 4,3
Bruttoinlandsprodukt	216,83	+ 2,3
Primäreinkommen an die übrige Welt	17,62	– 7,8
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	15,34	+ 2,0
Bruttonationaleinkommen	214,55	+ 3,3
Minus Abschreibungen	32,29	+ 3,7
Nettonationaleinkommen	182,26	+ 3,2
Laufende Transfers an die übrige Welt	3,99	+ 20,6
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	2,76	+ 3,1
Verfügbares Nettonationaleinkommen	181,02	+ 2,8

Q: WIFO-Berechnungen.

Mit einer realen Ausweitung um rund 1% lieferten sowohl die öffentliche als auch die private Konsumnachfrage keinen Beitrag zu einem Aufleben der heimischen Konjunktur. Die Konsumenten waren angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage und der Unsicherheiten über ihre künftige finanzielle Situation (auch infolge der Pensionsdebatte) bezüglich Neuanschaffungen sehr zurückhaltend. Der Konsum der privaten

Haushalte stieg 2002 real um 0,9%, nach +1,5% im Jahr zuvor. Der öffentliche Konsum wuchs hingegen mit real +1,3% stärker als 2002 (−0,5%).

Der Außenbeitrag erwies sich im Jahr 2002 als Konjunkturstütze. Zwar fiel das Exportwachstum mit real +2,6% mäßig aus; wegen der Schwäche der heimischen Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern stagnierte aber der Import ($\pm 0,0\%$). Als Konsequenz verringerte sich das Leistungsbilanzdefizit, und erstmals seit über einem Jahrzehnt war der Saldo ausgeglichen. In geringem Maß war auch der höhere Dollarkurs des Euro maßgebend, welcher einen Großteil der Importe aus Drittländern verbilligte.

Der Warenexport wurde real um 5,5% gesteigert. Die Dienstleistungsausfuhr fiel hingegen trotz der deutlichen Ausweitung der Tourismusexporte um real 4,5% um 3,6% geringer aus als im Vorjahr. Die Wareneinfuhr lag real um 1,1% unter dem Niveau des Jahres 2001, die Dienstleistungsimporte übertrafen das Vorjahresergebnis hingegen um 2,7% (Reiseverkehrsimport −3,4%).

Wertschöpfungseinbußen verzeichnete im Jahr 2002 nur der Bereich der Banken und Versicherungen (−5,2%). Der Ertragsrückgang der Banken resultierte vor allem aus dem Wertpapierbereich; die Versicherungen verzeichneten, u. a. wegen des Hochwassers im Sommer, eine Zunahme der Schadenszahlungen.

Die Verbraucherpreise stiegen 2002, gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex, um 1,8% – dank der Beruhigung der Energiepreise in der ersten Jahreshälfte um fast 1 Prozentpunkt langsamer als 2001. Die Bargeldeinführung des Euro machte sich nur teilweise in Form von Preiserhöhungen bemerkbar, etwa im Bereich der persönlichen Dienstleistungen und einiger Güter des täglichen Bedarfs. Ausgabenpositionen mit großem Gewicht im Warenkorb wie z. B. Mieten und Energie verteuerten sich erwartungsgemäß anlässlich der Einführung des neuen Bargeldes nicht überproportional. Der harmonisierte europäische Verbraucherpreisindex wies im Jahresdurchschnitt 2002 einen Anstieg um 1,7% aus. Damit lag Österreich unter den Euro-Ländern mit der niedrigsten Inflationsrate an dritter Stelle nach Deutschland (+1,3%) und Belgien (+1,6%).

Die Konjunkturschwäche verschlechterte die Arbeitsmarktlage 2002 abermals. Die Zahl der Arbeitsplätze war im Jahresdurchschnitt 2002 um fast 15.000 (−0,5%) niedriger als im Vorjahr. Besonders betroffen waren neben der Sachgüterproduktion (−2,5%) das Bauwesen (−2,8%) und das Verkehrs- und Nachrichtenwesen (−1,8%). In der öffentlichen Verwaltung hält der Beschäftigungsrückgang seit 2000 an (2002 −1%). Da sich das Arbeitskräfteangebot trotz der Konjunkturschwäche erhöhte, nahm die Zahl der Arbeitslosen mit fast +29.000 ungewöhnlich kräftig zu. Diese Entwicklung ging auf die Zunahme des Angebotes von ausländischen Arbeitskräften und die Anhebung des Eintrittsalters für die Frühpension zurück. Nach österreichischer Berechnung stieg die Arbeitslosenquote von 6,1% im Vorjahr auf 6,9% im Jahresdurchschnitt 2002. Nach Eurostat-Definition erhöhte sie sich von 3,6% auf 4,3%. Österreich wies damit nach wie vor eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in der EU auf.

Nach einem Überschuss von 0,3% des nominellen BIP im Jahr 2001 wies der Staatshaushalt 2002 wieder ein Defizit von 0,6% auf; laut ESVG 1995 (ohne Berücksichtigung von Swap-Transaktionen) betrug das Defizit 0,8% des nominellen BIP. Dennoch fiel der Fehlbetrag deutlich niedriger aus als erwartet, weil sich die Steuereinnahmen trotz schwacher Konjunktur günstig entwickelten und Unterstützungen für Hochwasseropfer geringer ausfielen als vorgesehen. Begünstigt wurde das Ergebnis allerdings auch durch die periodengerechte Aufteilung des Zinsaufwands und der Eigenmittelaufwendungen an die EU, durch die diese Ausgaben geringer ausfielen als auf Cash-Basis.

Inflationsdämpfung trotz Euro-Bargeldeinführung

Anspannung auf dem Arbeitsmarkt

Gesamtstaatliches Defizit von 0,6% des nominellen BIP

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Arbeitsmarktangebot				
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 0,4	± 0,0	+ 0,7	+ 1,0
Angebot an Unselbständigen ²⁾	+ 0,5	– 0,0	+ 0,7	+ 1,1
Arbeitslosenquote ³⁾	+ 6,7	+ 5,8	+ 6,1	+ 6,9
Arbeitsmarktnachfrage				
Aktiv Erwerbstätige ⁴⁾	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,4	– 0,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	– 0,5
Sachgütererzeugung ⁵⁾	– 0,7	± 0,0	+ 0,2	– 2,5
Ausländische Arbeitskräfte	+ 2,6	+ 4,4	+ 3,0	+ 1,6
Geleistete Stunden, Sachgütererzeugung	– 2,0	± 0,0	+ 1,0	– 2,4
Erwerbsquote (brutto) ⁶⁾	+ 45,7	+ 45,6	+ 45,8	+ 46,2
Erwerbsquote ⁷⁾	+ 67,6	+ 67,3	+ 67,5	+ 67,9
Arbeitsstückkosten⁸⁾				
Gesamtwirtschaft	+ 0,4	– 0,5	+ 1,4	+ 0,7
Sachgütererzeugung	– 1,2	– 4,5	+ 1,8	– 0,2
Arbeitsproduktivität				
BIP je Erwerbstätigen (laut VGR)	+ 1,3	+ 2,8	± 0,0	+ 1,4
Sachgütererzeugung				
Je Beschäftigten ⁵⁾	+ 3,9	+ 6,5	+ 0,9	+ 2,7
Je geleistete Stunde	+ 5,2	+ 6,6	+ 0,2	+ 2,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO. – ¹⁾ Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose. – ²⁾ Unselbständige + Arbeitslose. – ³⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Angebot ohne Arbeitslose, ohne Bezieherinnen und Bezieher von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienster. – ⁵⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁶⁾ Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung. – ⁷⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen. – ⁸⁾ Arbeitsentgelte je Produktionseinheit.

Übersicht 6: Preise und Einkommen

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,3
Exportpreise Waren	– 0,6	+ 2,2	– 0,9	– 1,4
Importpreise Waren	– 0,1	+ 3,5	– 0,7	– 1,4
Weltmarktrohstoffpreise (Euro-Basis)	+ 17,0	+ 51,8	– 8,5	– 4,2
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	± 0,0	– 0,9	– 0,2	– 0,2
Waren	– 0,4	– 1,2	– 0,2	– 0,1
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 3,7	+ 3,8	+ 2,1	+ 1,9
Je Beschäftigten	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Übersicht 7: Außenhandel, Zahlungsbilanz

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren				
Nominell	+ 7,0	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,1
Real	+ 7,7	+ 13,1	+ 7,5	+ 5,5
Importe, Waren				
Nominell	+ 6,7	+ 14,7	+ 5,0	– 2,2
Real	+ 6,9	+ 10,9	+ 5,7	– 0,9
Terms-of-Trade	– 0,4	– 1,2	– 0,2	– 0,1
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)				
Mrd. €	– 5,05	– 5,24	– 4,44	+ 0,32
in % des BIP	– 2,6	– 2,5	– 2,1	+ 0,1
Leistungsbilanz Accrual ¹⁾				
Mrd. €	– 6,33	– 5,36	– 4,65	– 0,91
in % des BIP	– 3,2	– 2,6	– 2,2	– 0,4

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ 2002: Schätzung des WIFO.

Marcus Scheiblecker (Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at)

Statistik: Martha Steiner (stein@wifo.ac.at)

Im Jänner und Februar 2002 wurde der Österreichische Schilling gegen den Euro ausgetauscht. Die Umstellung wurde von den Kreditinstituten und der Österreichischen Nationalbank reibungslos vorgenommen. Bereits nach wenigen Wochen erfolgten die meisten Bargeld-Transaktionen in Euro. Im europäischen Vergleich nahm Österreich damit eine Spitzenposition ein. Die OeNB bot in ihren Niederlassungen bis zum 31. März 2002 einen kostenlosen Umtausch von Banknoten aus der übrigen Euro-Zone an. Seit dem 1. April 2002 ist der Umtausch nur mehr in der jeweiligen Nationalbank möglich. Trotz mehrerer zum Teil auch in den Medien stark beworbener Spendenaktionen und mobiler Umtauschbusse der OeNB waren am Jahresende 2002 noch immer 8,7 Mrd. S an Banknoten im Umlauf. Die Banknoten der letzten Serie sind bei der OeNB zeitlich unbegrenzt in Euro umtauschbar. Für ältere Serien gelten die bereits vorher fixierten Beschränkungen des Umtauschzeitraums.

Die Zinspolitik des Eurosystems war 2002 durch eine abwartende Haltung geprägt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren in der Euro-Zone durch unerwartet niedriges Wirtschaftswachstum und in der zweiten Jahreshälfte zunehmende Inflationsraten gekennzeichnet. Im Jahresverlauf wurden die Wachstumsprognosen internationaler Institutionen für die Euro-Zone schrittweise um bis zu 1,3 Prozentpunkte gesenkt. Gleichzeitig blieb die Inflation im Euro-Währungsgebiet gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex mit Ausnahme des Juni-Wertes über dem angestrebten Höchstwert von 2%.

Die geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank weist der Entwicklung der Geldmenge ("erste Säule der Geldpolitik") einen herausragenden Stellenwert zu. Das Wachstum der Geldmenge M3 schwankte im Jahr 2002 zwischen 6,8% und 8% und lag damit deutlich über dem Referenzwert von +4,5%. In ihrer jährlichen Überprüfung des Referenzwertes für die Geldmengenentwicklung behielt die EZB auch für 2003 diesen Wert bei. Als Grundlage dieser Entscheidung wurde angeführt, dass die Geldnachfragefunktion für M3 in der Euro-Zone stabil sei, die Wachstumsrate für das Potential-BIP bei 2% bis 2,5% liege und sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in der Euro-Zone gleichmäßig um etwa 0,5% bis 1% pro Jahr verringere. Unter diesen Bedingungen ist die Wachstumsrate des Geldmengenaggregates M3 von 4,5% im Jahresdurchschnitt nach Ansicht der EZB mittelfristig mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar.

Die reichliche Ausstattung der Wirtschaft mit Liquidität beeinflusste 2002 die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rates kaum. In allen Veröffentlichungen wies die EZB darauf hin, dass die hohe Unsicherheit auf den Finanzmärkten laufende Umschichtungen in den Portfolios privater Haushalte und Unternehmen zugunsten monetärer Anlageformen bewirke. Zusätzlich verursachte der anhaltende Wertverfall von Anteilswerten und Unternehmensanleihen im Ausland eine gleichgerichtete Umschichtung im Portfolio institutioneller Anleger.

Im Spannungsverhältnis zwischen Wachstumsabschwächung und Verfehlung der monetären Zielgrößen ließ der EZB-Rat 2002 eine Straffung der Geldpolitik in Form der Euro-Aufwertung gegenüber dem Dollar zu. Ab Februar wertete der Euro bis zum Jahresende um etwa 17% auf. Simulationen mit dem Interlink-Modell der OECD zeigen, dass dies einer Anhebung der kurz- und langfristigen Zinsen in der Euro-Zone um etwa ¾ Prozentpunkte gleichkommt¹⁾. Erst Anfang Dezember 2002 wirkte der EZB-Rat der impliziten Straffung der Geldpolitik durch eine Zinssenkung um ½ Prozentpunkt entgegen. Damit wurde die wachstumsdämpfende Wirkung der Euro-Aufwertung nicht vollständig ausgeglichen.

Die abwartende Haltung des EZB-Rates angesichts der Verschlechterung der Wachstumsaussichten bei gleichzeitig niedriger Inflationsgefahr wurde wiederholt kritisiert²⁾. Zugleich wurde eine Neudefinition der Ziele des Eurosystems vorgeschlagen. Besonders die erste Säule der geldpolitischen Strategie in Form des Referenz-

Stabile Leitzinsen trotz verschlechterter Konjunkturaussichten

Im ersten Jahr der Verwendung von Euro-Münzen und -Banknoten konzentrierte sich die europäische Geldpolitik vor allem auf den reibungslosen Umstieg auf die neue Währung. Das Spannungsfeld zwischen im Jahresverlauf sinkenden Wachstumserwartungen, gleichbleibend hohen Inflationserwartungen und einem Geldmengenwachstum über dem Referenzwert sowie die anhaltende Baisse auf den internationalen Aktienmärkten bewirkten eine abwartende Haltung im EZB-Rat. Die Finanzkrisen des Jahres 2001 wurden durch eine Vertrauenskrise bezüglich der Glaubwürdigkeit der Rechnungslegung von Unternehmen in den USA abgelöst.

Erste Senkung der Leitzinssätze im Dezember 2002

¹⁾ Dalsgaard, T., André, C., Richardson, P., "Standard Shocks in the OECD Interlink Model", OECD Economic Department Working Paper, 2001, (306).

²⁾ Etwa von Begg, D., Canova, F., Fatás, A., DeGrauwe, P., Lane, P. R., Monitoring the European Central Bank 4, Update, Centre for Economic Policy Research, London, 2002.

wertes für das Geldmengenwachstum gibt Anlass zur Kritik. Die Verletzung des Referenzwertes hält nun schon seit Inkrafttreten des Eurosystems an und muss von der EZB laufend begründet werden. Die Annahme einer stabilen Geldnachfragefunktion ist angesichts der hohen Liquiditätsnachfrage der letzten Jahre zunehmend fragwürdig. Dies mindert die Glaubwürdigkeit des EZB-Rates und engt dessen Handlungsspielraum ein. Deshalb fordern Begg *et al.* (2002) die vollständige Aufgabe der ersten Säule und eine Konzentration auf das Inflationsziel.

Übersicht 8: Zinssätze des Eurosystems und der OeNB

	Einlage- fazilität	Spitzen- refinanzie- rungsfazilität	Hauptrefinanzierungs- geschäft		Basiszinssatz ¹⁾	Referenz- zinssatz ¹⁾
			Mengen- tender	Zinstender In %		
9. Februar 2000	2,25	4,25	3,25	–	2,50	4,25
17. März 2000	2,50	4,50	3,50	–	3,00	4,75
28. April 2000	2,75	4,75	3,75	–	3,00	4,75
9. Juni 2000	3,25	5,25	4,25	–	3,75	5,50
28. Juni 2000	3,25	5,25	–	4,25	3,75	5,50
1. September 2000	3,50	5,50	–	4,50	3,75	5,50
6. Oktober 2000	3,75	5,75	–	4,75	4,25	6,00
11. Mai 2001	3,50	5,50	–	4,50	4,25	6,00
31. August 2001	3,25	5,25	–	4,25	3,75	5,50
18. September 2001	2,75	4,75	–	3,75	3,25	5,00
9. November 2001	2,25	4,25	–	3,25	2,75	4,50
6. Dezember 2002	1,75	3,75	–	2,75	2,75	4,00
11. Dezember 2002	1,75	3,75	–	2,75	2,20	4,00

Q: OeNB. – ¹⁾ Früher Diskont- bzw. Lombardsatz der OeNB.

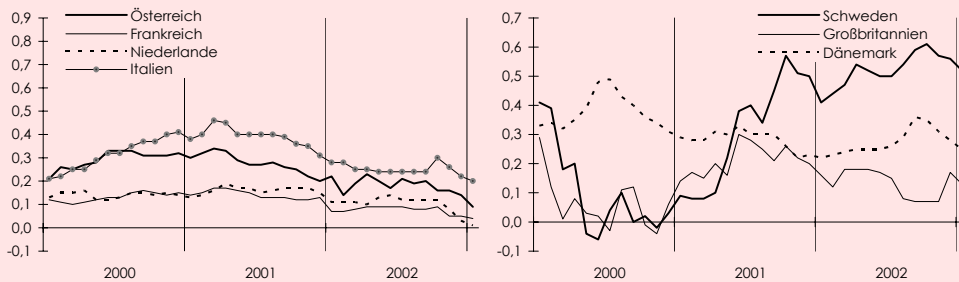
EZB überprüft geld- politische Strategie

Alternative Vorschläge betreffen die quantitative Festlegung von Preisstabilität in der geldpolitischen Strategie. Die derzeitige Formulierung einer Obergrenze für die Veränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex in der Euro-Zone von +2% im Vorjahresvergleich zieht eine niedrige Schranke zur ausreichenden Anpassung der relativen Preise zwischen Gütern, Dienstleistungen und Löhnen und erschwert die rasche Reaktion der Leitzinsen auf Änderungen der Wachstumserwartungen, solange das Inflationsziel verletzt ist. Anstelle des oberen Grenzwertes könnte ein Durchschnittswert angestrebt werden. Der Präsident der EZB, Wim Duisenberg, bemerkte Mitte Februar in seiner Stellungnahme vor dem Europäischen Parlament, dass der EZB-Rat derzeit eine Bewertung der geldpolitischen Strategie vornehme.

Die langfristigen Renditen blieben im Euro-Raum im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Sekundärmarktrendite für deutsche Bundesanleihen (Benchmark, Laufzeit von 10 Jahren) betrug im Jahresdurchschnitt 4,78% (2001: 4,8%). Im Frühsommer stieg der Satz auf Spitzenwerte und ging danach wieder zurück. Gegen Jahresende schrumpften die Zinsdifferenziale anderer Euro-Länder zu Deutschland (ohne Luxemburg) auf 0,03 bis 0,25 Prozentpunkte. In Österreich lag die Sekundärmarktrendite im Dezember 2002 mit einem Zinsabstand von +0,14 Prozentpunkten knapp über dem Durchschnitt der Währungsunion. Die EU-Länder außerhalb der Euro-Zone weisen hingegen einen Aufschlag von bis zu ½ Prozentpunkt auf. Der sinkende Zinsabstand gegenüber deutschen Bundesanleihen ist weniger der zunehmenden Liquidität von Anleihen kleinerer Euro-Länder zuzuschreiben als vielmehr durch die Wachstumskrise in Deutschland und den vermehrten Kapitalbedarf des öffentlichen Sektors begründet.

Abbildung 1: Renditedifferenzen zu Deutschland für Staatspapiere mit einer Laufzeit von 10 Jahren

Prozentpunkte

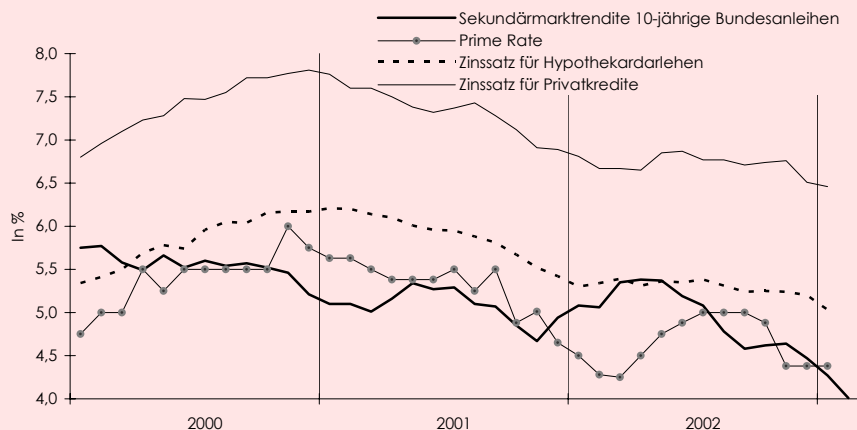


Q: OeNB.

Im Gegensatz zu den Anleihezinsen sank der Zinssatz für Kredite an Geschäftskunden erster Bonität (Prime Rate) gegenüber dem Vorjahr, und zwar um etwas mehr als ½ Prozentpunkt auf 4,65%. Mit Ausnahme der Überziehungen von Gehalts- und Pensionskonten vollzogen die Zinssätze der meisten Ausleihungsformen der Kreditinstitute diese Entwicklung im gleichen Ausmaß mit. Damit verringerten sich die Finanzierungskosten der privaten Haushalte und Unternehmen.

Finanzierungskosten der privaten Haushalte und Unternehmen sinken 2002 um etwa ½ Prozentpunkt

Abbildung 2: Zinssatzentwicklung in Österreich



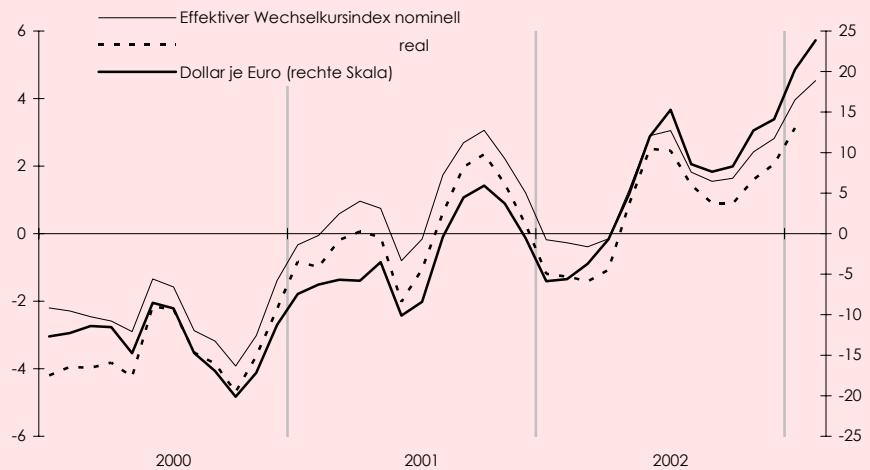
Q: OeNB.

Die Entwicklung des nominell-effektiven Wechselkurses ist durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar geprägt. Mit einer kurzen Unterbrechung im Sommer nahm der Außenwert des Euro ab Februar 2002 durchgehend zu. Insgesamt entstand dadurch eine durchschnittliche nominell-effektive Aufwertung um 1,4%. Die Steigerung des nominell-effektiven Wechselkurses war im Vergleich zum Dollarkurs relativ schwach, weil sie auf Jahresdurchschnittswerten beruht, das Gewicht des Dollars im Wechselkursindex vergleichsweise klein ist und der Euro gegenüber den Währungen anderer wichtiger Handelspartner wie etwa Tschechien, Ungarn und der Schweiz abwertete. Besonders groß war 2002 mit -30,3% wieder der Wertverlust der türkischen Lira. Da die Inflationsrate in Österreich etwas niedriger war als im Ausland, fiel die real-effektive Aufwertung geringer aus (2002: +0,6%). Damit verschlechterte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Vorjahresvergleich kaum.

Die nominell-effektive Aufwertung des Euro um 1,4% hatte nur eine geringfügige Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Produzenten zur Folge.

Abbildung 3: Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

Leistungsbilanz 2002 nahezu ausgeglichen

2002 war die österreichische Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen. Auf Grundlage der Zahlungsströme (Cash-Basis) lag für das Jahr 2002 insgesamt ein geringfügiger Überschuss von 0,8 Mrd. € vor. Die auf dem Accrual-Prinzip beruhenden Werte sind erst bis zum III. Quartal 2002 verfügbar. Sie zeigen ein Defizit von 0,8 Mrd. €. Erste Schätzungen des WIFO lassen für das Jahr 2002 insgesamt ein Defizit von 0,4% des Bruttoinlandsproduktes erwarten³⁾. Das ausgeglichene Bild im Außenhandel entstand vor allem durch die Zunahme der Güterexporte bei rückläufigen Güterimporten.

Übersicht 9: Ausgewählte Komponenten der österreichischen Zahlungsbilanz

Accrual-Basis

	1998	1999	2000	2001	2001 I. bis III. Quartal	2002 I. bis III. Quartal
	Mrd. €					
Leistungsbilanz	- 4,7	- 6,3	- 5,4	- 4,7	- 3,6	- 0,8
Güter	- 3,3	- 3,4	- 3,0	- 1,5	- 1,6	2,7
Dienstleistungen	2,1	1,6	1,7	1,4	1,6	- 0,8
Einkommen	- 1,8	- 2,7	- 2,7	- 3,3	- 2,6	- 1,4
Laufende Transfers	- 1,7	- 1,9	- 1,4	- 1,3	- 1,0	- 1,3
Vermögensübertragungen	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,6	- 0,3	- 0,3
Kapitalbilanz	5,5	6,6	4,7	4,2	3,3	- 2,8
Direktinvestitionen	1,6	- 0,3	3,4	3,2	2,2	- 3,6
Im Ausland	- 2,5	- 3,1	- 6,2	- 3,4	- 2,8	- 4,8
In Österreich	4,1	2,8	9,6	6,6	5,0	1,2
Portfolioinvestitionen	5,9	- 2,6	3,2	5,2	0,0	- 3,6
Ausländische Wertpapiere	- 10,1	- 27,2	- 29,2	- 13,3	- 11,9	- 22,4
Inländische Wertpapiere	16,0	24,7	32,4	18,4	11,9	18,8
Sonstige Investitionen	0,7	7,9	- 2,5	- 5,9	- 1,5	3,9
Finanzderivate	0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,3	0,6	- 1,1
Offizielle Währungsreserven	- 2,9	2,0	0,8	2,1	2,0	1,7
Statistische Differenz	- 0,5	- 0,0	1,2	1,0	0,6	3,8

Q: OeNB.

³⁾ Die Zahlungsbilanzstatistik für das gesamte Jahr 2002 wird von der OeNB Ende April 2003 bekannt gegeben. Die auf Zahlungsströmen beruhenden Daten werden bis dahin um die Außenhandelsdaten von Statistik Austria, Veränderungen der Handelskredite, periodengerechte Abgrenzung der Einkommen aus Direkt- und Portfolioinvestitionen usw. ergänzt. Die Ergebnisse können deshalb beträchtlich von den derzeit vorliegenden abweichen.

Die Verringerung des Abgangs in der Einkommensbilanz ist ebenfalls auf eine Abnahme der Ausgänge zurückzuführen. In der Einkommensbilanz werden die grenzüberschreitenden Ströme an Erwerbs- und Vermögenseinkommen zusammengefasst. Die Verminderung der Ausgänge resultiert insbesondere aus einem Abbau der Kapitalerträge von Ausländern in Österreich. Dadurch halbierte sich der Saldo der Vermögenseinkommen nahezu.

Im Bereich der Dienstleistungen war 2002 eine weitere Passivierung der Außenhandelsbilanz zu beobachten. Während das Jahr für den Reiseverkehr durchaus erfolgreich verlief, war in anderen Komponenten ein Anstieg des Abgangs zu verzeichnen. 2002 ergab sich in der Position "Nicht aufteilbare Leistungen" auf der Exportseite ein Einbruch. Gleichzeitig nahmen die Ausgänge nicht im selben Ausmaß ab, sodass der kumulierte Abgang in dieser Position von –3 Mrd. € (I. bis III. Quartal 2001) auf –5,7 Mrd. € (I. bis III. Quartal 2002) stieg. Diese Entwicklung könnte durch eine unschärfere Abgrenzung zwischen Güter- und Dienstleistungshandel verursacht worden sein. Wie in der Vergangenheit zeigt die Zusammenfassung der Güterströme mit den nicht aufteilbaren Leistungen ein wesentlich ruhigeres Bild.

Die laufenden Transfers umfassen in erster Linie die internationalen Transaktionen des öffentlichen Sektors. Der größte Teil davon wird seit dem EU-Beitritt durch die Überweisungen zwischen der EU und Österreich bestimmt. Gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres nahm der Abgang in dieser Position um ein Viertel zu. Nach vorläufigen Informationen des Finanzministeriums nahm der Saldo der öffentlichen EU-Transfers 2002 um 120 Mio. € ab – vor allem wegen steigender Rückflüsse. Andere Sektoren waren demnach für diese Entwicklung maßgebend.

Die Kapitalbilanz drehte sich 2002. Nach einem Kapitalimport von etwa 3 Mrd. € im Jahr 2001 wurde ein Kapitalexport in ungefähr derselben Höhe ausgewiesen. Steigende Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen im Ausland und die Rückkehr der ausländischen Direktinvestitionen in Österreich zum gewohnten Niveau waren dafür bestimmend. Die ausländischen Bruttoinvestitionen in Österreich übertrafen kaum die Desinvestitionen. Vom Umfang her wesentlich bedeutender sind die Portfolioinvestitionen. Die kumulierten Portfolioinvestitionen Österreichs im Ausland verdoppelten sich in den ersten drei Quartalen 2002, während die Importe um etwas mehr als die Hälfte zunahmen. Die Direktinvestitionen und die Portfolioinvestitionen werden traditionell durch die Entwicklung im IV. Quartal dominiert; die Werte der Cash-Bilanz liegen für das gesamte Jahr 2002 bereits vor und deuten eine Verstärkung des beschriebenen Musters an.

Die in den letzten Jahren gleichförmige Entwicklung der offiziellen Währungsreserven setzte sich fort. Der Abgang an Reserven dürfte 2002 insgesamt etwa dieselbe Größenordnung erreichen wie 2001. Im Gegensatz zu den Vorjahren leistet die Statistische Differenz 2002 wieder einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Leistungsbilanz.

In der Kreditwirtschaft wirken sich nunmehr die Konsolidierungsschritte der letzten Jahre auf das Vertriebsnetz aus. Die Zahl der Hauptanstalten (897) und jene der Zweiganstalten (4.471) nahm gegenüber dem Vorjahr ab; zum 31. Dezember 2002 waren mit 75.779 um 594 Personen weniger beschäftigt.

Die Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditinstitute war durch das schwache Wirtschaftswachstum, sinkende Aktienkurse, die weiterhin niedrige Sparquote, die geringe Investitionstätigkeit sowie den leichten Rückgang der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern geprägt. Die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute schrumpfte durch die Konsolidierung zweier Großbanken 2002 zum ersten Mal, seitdem elektronische Daten verfügbar sind (1960). Wie im Vorjahr war die Geschäftsdynamik vor allem durch das Inlandsgeschäft bestimmt. Das Auslandsgeschäft auf der Aktivseite der Bilanz blieb etwa konstant. Die Struktur der Mittelaufbringung verschob sich vom Ausland zum Inland. Die Auslandspassiva nahmen um 10,1 Mrd. € ab und trugen damit auf der Passivseite den Großteil des Rückgangs der Bilanzsumme. Der Bestand an inländischen Bankenemissionen in Händen ausländischer Anleger sank trotz positiver Bewertungseffekte.

Trotz des Rückgangs der Nettoüberweisungen an den EU-Haushalt nahm der Abgang in der Transferbilanz um ein Viertel zu.

Drehung der Kapitalbilanz: Österreich wird Kapitalexporteur

Konsolidierung im Kreditwesen bewirkt Ausdünnung des Filialnetzes

Übersicht 10: Ausgewählte Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

Jahresendstände

	2000	2001 Mrd. €	2002	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001	2002
Aktiva						
Inländische Wertpapiere	53,0	50,7	50,5	- 0,4	- 4,4	- 0,4
Anteilswerte	16,0	15,8	16,6	+ 6,3	- 1,2	+ 5,4
Festverzinsliche Wertpapiere	37,0	34,9	33,8	- 3,1	- 5,9	- 3,0
Direktkredite	224,9	232,8	235,5	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2
An den öffentlichen Sektor	29,7	28,3	28,3	+ 1,2	- 4,8	+ 0,2
An Unternehmen	127,1	131,6	129,3	+ 9,2	+ 3,5	- 1,8
An private Haushalte	59,2	62,8	66,9	+10,0	+ 6,0	+ 6,6
Euro-Kredite	185,4	190,5	191,2	+ 4,3	+ 2,7	+ 0,3
Fremdwährungskredite	39,5	42,3	44,3	+19,4	+ 7,2	+ 4,9
Auslandsaktiva	157,8	156,3	155,3	+20,2	- 0,9	- 0,7
Passiva						
Sichteinlagen	34,5	37,3	40,8	+14,4	+ 8,2	+ 9,3
Termineinlagen	18,3	24,1	20,8	+12,5	+31,8	-13,8
Spareinlagen	119,7	125,4	127,6	- 2,1	+ 4,8	+ 1,8
Bauspareinlagen	15,1	15,3	15,2	+ 3,6	+ 1,6	- 0,6
Fremdwährungseinlagen	3,3	2,7	2,4	+ 7,3	-19,1	- 9,3
Eigene Inlandsemissionen an Nichtbanken	52,2	54,4	54,0	+11,0	+ 4,2	- 0,6
Auslandspassiva	174,7	174,2	164,1	+18,7	- 0,3	- 5,8
Bilanzsumme	562,7	587,7	573,3	+ 7,3	+ 4,5	- 2,5

Q: OeNB.

Abbildung 4: Internationale Börsenindizes

Jänner 2000 = 100



Q: IFS.

Kredite an private Haushalte stützen Entwicklung der Direktkredite

Auf der Aktivseite der Bankbilanz war entgegen dem internationalen Trend innerhalb der inländischen Wertpapiere eine Verlagerung von festverzinslichen Anleihen zu Anteilswerten zu verzeichnen. Für das Auslandsgeschäft liegt noch keine entsprechende Unterteilung vor. Die Direktkredite entwickelten sich 2002 trotz des rückläufigen Zinsniveaus für Kredite unterdurchschnittlich. Dies ging vor allem auf eine leichte Abnahme der Kreditgewährung an Unternehmen und das konstant niedrige Ausleihvolumen des öffentlichen Sektors zurück. Im Geschäft mit privaten Haushalten steigerten die Kreditinstitute ihr Volumen an Ausleihungen deutlich, die sehr niedrigen Zinssätze von Fremdwährungskrediten bewirkten eine rege Verschuldungsbereitschaft.

Im Jahr 2002 wurden 75% des zusätzlichen Kreditvolumens in einer Fremdwährung abgeschlossen; das entsprach einem Betrag von 2,06 Mrd. €. Mittlerweile lautet bereits nahezu ein Fünftel aller vergebenen Direktkredite auf eine Fremdwährung. Da die Kreditinstitute dabei in der Regel sowohl das Zinsrisiko als auch das Fremdwährungsrisiko vollständig auf die Kreditnehmer überwälzen, sind die Kreditnehmer immer stärker diesen Risiken ausgesetzt. Eine Änderung der Zinslandschaft in den beiden bevorzugten Währungen – Schweizer Franken und Japanischer Yen – und eine Verschiebung der Währungsrelation können die Belastung mit Zinszahlungen und Tilgungen und damit die frei verfügbaren Mittel für Konsumausgaben sprunghaft verändern. Die Kreditsumme in Schweizer Franken machte 2002 etwa 55% aller Fremdwährungskredite aus, 37,2% lauten auf den Japanischen Yen.

Die Mittelaufbringung der Kreditinstitute verlagerte sich noch deutlicher als im Vorjahr zu den sehr kurzfristigen Sichteinlagen. Die allgemeine Präferenz der Nichtbanken für liquide Anlageformen ohne Verlustpotential spiegelt sich in dieser Umschichtung. Niedrige Zinssätze auf dem Geld- und Anleihemarkt senken die Opportunitätskosten und fördern den Wunsch nach hoher Liquidität. Die weiter sinkenden Einlagenzinssätze veranlassten Nichtbanken zu einem Abzug von Spareinlagen. Die Zinsgutschriften auf Spareinlagen betrugen 2,76 Mrd. € und übertrafen damit den insgesamt verzeichneten Zuwachs an Spareinlagen. Sie nahmen gegenüber dem Wert aus dem Jahr 2001 von 3,12 Mrd. € um 11,5% ab.

Die Eigenmittel der in Österreich tätigen Kreditinstitute nahmen 2002 geringfügig ab (–0,43 Mrd. €). Damit betrug der Stand an Eigenmitteln zum Jahresende 41,5 Mrd. €. Das Verhältnis der Eigenmittel zur Bilanzsumme verbesserte sich trotzdem auf 7,2%. Diese Entwicklung verdeckt allerdings den Rückgang der Eigenmittel im Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva auf 14,1%.

Die Investmentfonds profitierten vom unsicheren Umfeld und der intensiven Bewerbung dieser Veranlagungsform. Der Vermögensbestand stieg mit Jahresende 2002 auf 102,7 Mrd. €; damit ergab sich ein kumulierter Nettozufluss von 11,4 Mrd. €. Die Zunahme des Vermögensbestands entstand insbesondere in den Spezialfonds. Sie verwalten das Kapital institutioneller Anleger. In den Publikumsfonds war eine deutliche Umschichtung von Aktienfonds und gemischten Fonds hin zu Geldmarkt- und Rentenfonds zu beobachten. Ein weiteres Zeichen für die hohe Unsicherheit der Anleger ist der verstärkte Rückzug aus Fremdwährungstiteln in Euro-Werte.

Die Ertragslage der Banken verschlechterte sich unter diesen widrigen Geschäftsbedingungen. Die Betriebserträge schrumpften im Vorjahresvergleich um 2,4% auf 13,7 Mrd. €; eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass dafür vor allem die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen und die sonstigen Erträge maßgebend waren. Der Nettozinsertrag blieb annähernd unverändert, weil die Kreditinstitute die Zinsspanne zwischen Ausleihungen und Einlagen anheben konnten. Dadurch nahm der Anteil des Nettozinsertrags an den gesamten Betriebserträgen zu. Im Gegensatz dazu litt das Provisionsgeschäft nach der Euro-Einführung unter dem Wegfall des Devisenumtauschgeschäftes. Die anhaltend rückläufigen Aktienkurse bewirkten eine Abnahme der Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft um 0,14 Mrd. €. Damit verflachte die dramatische Verschlechterung des Vorjahres. Günstig entwickelten sich die Provisionserträge aus dem Kreditgeschäft, dem Zahlungsverkehr sowie dem Dienstleistungsgeschäft, sodass diese Geschäftsfelder ebenfalls einen höheren Anteil an den gesamten Betriebserträgen erwirtschafteten.

Der Personalaufwand wuchs gegenüber dem Vorjahr um 2,1% auf etwa 4,78 Mrd. € und wirkte damit den positiven Impulsen aus der Steigerung der Ertragsmargen entgegen. Ein weiterer aufwandsteigernder Faktor waren die Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen.

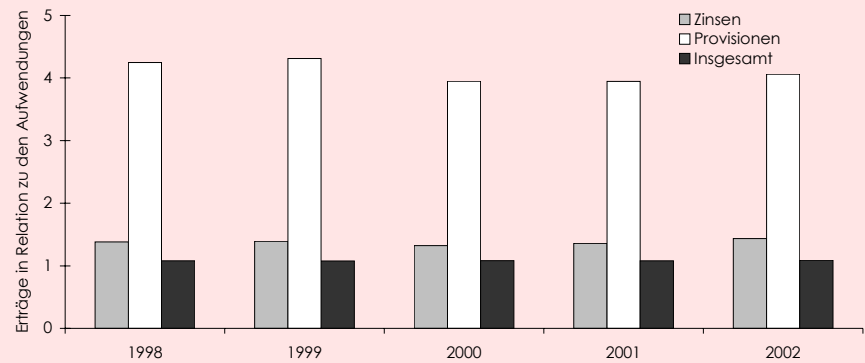
Ausweitung des Kreditgeschäftes fast nur über Fremdwährungskredite möglich

Risikogewichtete Eigenkapitalquote 2002 gesunken

Investmentfonds erzielten einen kumulierten Nettokapitalzufluss von 11,4 Mrd. €. Vor allem Spezialfonds mit institutionellen Kunden profitierten von der Entwicklung.

Deutliche Ausweitung der Zinsspanne reicht nicht zur Verbesserung der gesamten Betriebserträge

Abbildung 5: Ertrags- und Aufwandsrelationen im Kredit- und Provisionsgeschäft



Q: OeNB.

Eigenkapitalrendite im Kreditwesen nahezu halbiert

Der Kreditschutzverband von 1870 verzeichnete für das Jahr 2002 5.281 Insolvenzfälle, um 103 Fälle bzw. 2% mehr als 2001. Das Insolvenzvolumen ging geringfügig auf 3,4 Mrd. € zurück. Da bereits im Vorjahr Rückstellungen in ausreichendem Umfang gebildet worden waren, verursachte das nach wie vor hohe Insolvenzvolumen keinen zusätzlichen Aufwand durch Wertberichtigungen. Insgesamt sank das Betriebsergebnis der Gesamtbranche auf 4,2 Mrd. €; die Eigenkapitalrentabilität verringerte sich auf 5,4% (2001: 9,8%).

Thomas Url (Thomas.Url@wifo.ac.at)

Statistik: Ursula Glauningner (Ursula.Glauningner@wifo.ac.at)

Weitere Verlangsamung des Exportwachstums, aber anhaltende Marktanteilsgewinne

Die internationalen Rahmenbedingungen waren für die österreichischen Exporteure 2001 schwierig und haben sich im Laufe des Jahres 2002 kaum gebessert. Bei wichtigen Handelspartnern im Euro-Raum – insbesondere Deutschland – kam die Konjunktur nicht in Gang. Damit flachte das Wachstum der österreichischen Ausfuhr in den EU-Binnenmarkt von +6,1% im Vorjahr weiter auf +3,1% im Jahr 2002 ab. Auch der Extra-EU-Handel verlor neuerlich an Schwung, entwickelte sich aber in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich. Die größten Nachfrageimpulse für den Export kamen aus Südosteuropa (+14,3%) und Südostasien ("Vier Tiger" +10,2%, China +37,8%). Insgesamt wuchsen die Exporte im Jahresdurchschnitt 2002 nominell um 4,1%. Bei rückläufigen Preisen (-1,4%) entspricht dies einer realen Steigerung um 5,5%.

Übersicht 11: Österreichs Außenhandel im Überblick

	Export	2001 Import	Saldo	Export	2002 Import	Saldo
Waren ¹⁾						
Mrd. €	74,3	78,7	- 4,4	77,3	76,9	0,3
In % des BIP	35,0	37,1	- 2,1	35,6	35,5	0,1
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Nominell	+ 6,5	+ 5,0	.	+ 4,1	- 2,2	.
Real	+ 7,5	+ 5,8	.	+ 5,5	- 0,8	.
Preise	- 0,9	- 0,7	.	- 1,4	- 1,4	.
Warenzahlungen ²⁾						
Mrd. €	84,2	90,4	- 6,2	87,5	89,9	- 2,4
Veränderung gegen das Vorjahr in %	+ 9,0	+ 7,2	.	+ 3,9	- 0,6	.

¹⁾ Laut Statistik Austria, Preise laut WIFO. – ²⁾ Laut OeNB.

Die Quartalsentwicklung der österreichischen Exporte zeigt eine Schwächephase zu Jahresbeginn, der eine kurzfristige Erholung folgte; ab der Jahresmitte wurde die Entwicklung wieder etwas gedämpft. Im I. Quartal betrug der Zuwachs gegenüber

dem Vorjahr nur 0,5%, erreichte im II. Quartal 7,3% und verlangsamte sich im III. und IV. Quartal auf 4,7% bzw. 3,8%. Der Kurssturz an den internationalen Aktienbörsen sowie die in der zweiten Jahreshälfte zunehmende Unsicherheit über die politische Entwicklung im Mittleren Osten wirkten ersten Auftriebenden bei den Handelspartnern entgegen und dürften mit bestimmend für diese unterjährige Entwicklung der Exporte gewesen sein.

Vor dem Hintergrund der internationalen Konjunkturschwäche ist das ausgewiesene Wachstum der österreichischen Exporte jedoch ein sehr zufrieden stellendes Ergebnis und ein Hinweis auf die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Anbieter. Die preisliche oder kostenbestimmte Wettbewerbsposition, gemessen an den relativen Lohnstückkosten, entwickelte sich 2002 günstig. Sie verbesserte sich in der Sachgütererzeugung gegenüber den Handelspartnern um 1,1%. Gemäß den vorläufigen Daten sanken die Export- und die Importpreise jeweils um –1,4%, so dass sich das Austauschverhältnis gemessen an den Terms-of-Trade nicht verändert hat.

Statistische Probleme erschweren Außenhandelsanalyse

Mit dem EU-Beitritt Österreichs und dem damit verbundenen Entfall der Grenzkontrollen wurde das österreichische System der Außenhandelsstatistik für den Intra-EU-Handel durch Intrastat, das System für die Erhebung des innergemeinschaftlichen Handels, ersetzt. Diese Statistik beruht auf Daten aus Betriebserhebungen. Seither ist die Außenhandelsstatistik von Statistik Austria mit großen Problemen behaftet, die die Analyse der Außenhandelsentwicklung erheblich erschweren. Dies gilt vor allem für die Betrachtung innerhalb eines Kalenderjahres und für die laufende Außenhandelsprognose, da die von Statistik Austria veröffentlichten Monatsdaten in der Folge wiederholt und in beträchtlichem Ausmaß revidiert werden.

Die gute Wettbewerbsposition schlug sich in deutlichen Marktanteilsgewinnen der österreichischen Anbieter nieder: Die reale Steigerungsrate der Exporte lag um 4,5 Prozentpunkte über dem errechneten Wachstum der österreichischen Auslandsmärkte (Veränderung der Gesamtimporte der Handelspartner, gewichtet mit dem Anteil am österreichischen Export) von 1% (vorläufig) und auch über der Veränderungsrate des Welthandels von +2,5%.

Die internationalen Rahmenbedingungen waren für die österreichischen Exporteure 2001 schwierig und haben sich im Laufe des Jahres 2002 kaum gebessert. Bei wichtigen Handelspartnern im Euro-Raum – insbesondere Deutschland – kam die Konjunktur nicht in Gang. Auch der österreichische Extra-EU-Handel verlor neuerlich an Schwung. Die größten Nachfrageimpulse für den Export kamen aus Südosteuropa und Südostasien. Insgesamt wuchsen die Exporte im Jahresdurchschnitt 2002 nominell um 4,1%. Die Schwäche der Binnennachfrage zog einen Einbruch der Importe nach sich (–2,2%). Die üblicherweise stark positive Handelsbilanz drehte sich zum Teil aufgrund der Importentwicklung, großteils aber wegen der Exporterfolge ins Plus.

Übersicht 12: Österreichs Marktanteile im Außenhandel

Anteile am Export der OECD

	2001	2001	2002
	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Jänner bis November
Extra-OECD-Handel	1,558	+ 13,0	+ 8,5
Entwicklungsländer	0,595	+ 20,6	+ 10,6
Oststaaten	6,640	– 3,5	+ 0,0
Ost-Mitteuropa	7,479	– 4,4	– 1,2
Südosteuropa	10,226	+ 4,6	+ 6,0
Frühere UdSSR	2,803	+ 5,0	– 4,2
OECD	1,760	+ 5,1	+ 7,0
Europa	2,376	+ 2,7	+ 6,3
Deutschland	6,068	+ 0,9	+ 8,9
Übersee	0,540	+ 13,2	+ 7,7
USA	0,601	+ 16,6	+ 6,3
Insgesamt	1,704	+ 6,9	+ 7,3

Q: OECD, WIFO-Berechnungen. – OECD: 24 Länder (ohne Ungarn, Tschechien, Polen, Slowakei, Mexiko, Südkorea).

Schwäche der Binnennachfrage bewirkt Einbruch der Importe

Erstmals Überschuss in der Handelsbilanz

Die nominelle Rechnung mit Daten bis einschließlich November 2002 weist ebenfalls auf eine Ausweitung des Marktanteils österreichischer Exporteure am Export aller OECD-Länder hin⁴⁾. Im Intra-OECD-Export und mehr noch im Extra-OECD-Export verbesserten die österreichischen Anbieter ihre Position gegenüber den Konkurrenten. Im Extra-OECD-Export gilt dies vor allem für Entwicklungsländer und für Südosteuropa, während Österreich seine Stellung in Ost-Mitteuropa und in der früheren UdSSR nicht behaupten konnte. Deutlich verbesserte sich 2002 auch der Marktanteil in Deutschland, dem wichtigsten Exportmarkt Österreichs.

Die Schwäche der Inlandskonjunktur, vor allem der Binnennachfrage, zog zu Jahresbeginn einen Einbruch der Importe nach sich – sie schrumpften im I. Quartal 2002 um nominell –5,3%. Dieser Rückgang setzte sich etwas gebremst in den folgenden Quartalen fort und resultierte im Jahresdurchschnitt in einem Vorjahresabstand der nominellen Importe von –2,2%. Der Hauptgrund liegt in der merklichen Verringerung der Nachfrage nach Gütern mit hoher Importintensität: Ausrüstungsinvestitionen, dauerhafte Konsumgüter, aber auch Exporte. Die Importe von Maschinen und Fahrzeugen blieben um 4,0% unter dem Vorjahresniveau, jene von bearbeiteten Waren um 6,6%, und an konsumnahen Fertigwaren wurde um 3,2% weniger importiert als 2001.

Die jahrelang durch hohe Defizite geprägte Handelsbilanz war 2002 erstmals mit 0,3 Mrd. € bzw. 0,1% des BIP aktiv. Zu 63,4% war dies dem Anstieg der Exporte zuzuschreiben und hier insbesondere Erfolge in den Oststaaten (18,2% der Gesamtveränderung des Saldos). Ein Anteil von 36,6% der Veränderung der Handelsbilanz resultierte aus dem Rückgang der Importe. Dabei fällt vor allem die Verringerung der Importe aus Deutschland ins Gewicht (18,6%; insbesondere Maschinen und Fahrzeuge, Pkw).

Die Veränderung der Handelsbilanz lässt sich auch in Mengen- und Preiseffekte aufspalten. Preiseffekte spiegeln dabei vor allem signifikante Veränderungen der Preise von Rohstoffen und Erdöl sowie Wechselkursverschiebungen wider. Eine Abwertung entlastet die Handelsbilanz über sinkende Importpreise. Die entsprechende Aufgliederung zeigt, dass die positive Veränderung der Handelsbilanz im Jahr 2002 von insgesamt 4,8 Mrd. € ausschließlich auf positive Mengeneffekte in den realen Außenwirtschaftsbeziehungen (4,8 Mrd. €) zurückzuführen ist. Diese gehen wiederum überwiegend von den Exporten aus. Die Aktivierung der Handelsbilanz ist demnach nicht nur Ausdruck der Nachfrageschwäche im Inland, sondern vor allem des Exporterfolgs und der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Übersicht 13: Anteile an der Veränderung der Außenhandelsbilanz

	2001	Saldo 2002	2002	Anteile an der Veränderung des Saldos		
	Mrd. €		Veränderung in Mrd. €	Export	Import In %	Saldo
EU (Intra-Handel)	– 6,3	– 4,1	+ 2,2	29,2	17,2	46,4
Deutschland	– 7,7	– 6,3	+ 1,4	11,2	18,6	29,8
Andere EU-Länder	1,4	2,2	+ 0,8	18,0	– 1,4	16,6
Extra-EU-Handel	1,9	4,4	+ 2,6	34,2	19,5	53,6
Oststaaten	2,4	3,0	+ 0,7	18,2	– 4,5	13,7
Entwicklungsländer	– 1,5	– 0,7	+ 0,8	2,5	13,7	16,2
OECD Übersee	– 0,8	– 0,1	+ 0,7	3,3	11,7	15,0
Andere Länder	1,7	2,1	+ 0,4	10,2	– 1,4	8,8
Welt	– 4,4	0,3	+ 4,8	63,4	36,6	100,0

Q: Statistik Austria.

Einen Handelsbilanzüberschuss erzielte Österreich gegenüber den Oststaaten und seit 2002 auch gegenüber der NAFTA, ein Defizit ergab sich im Handel mit der EU und den Entwicklungsländern. Abgesehen von der deutlichen Verbesserung der

⁴⁾ Kurzfristig können infolge von Wechselkursschwankungen die nominelle und die reale Rechnung divergieren.

Handelsbilanz 2002 ist schon seit einigen Jahren eine Tendenz zur Nivellierung der Handelsungleichgewichte gegenüber der EU und der NAFTA zu beobachten: Das Defizit im Handel mit der EU hat sich seit 1995 von –7,3 Mrd. € auf –4,1 Mrd. € 2002 verringert und ist insbesondere in Relation zu den Exporten merklich gesunken (von –26,2% 1995 auf –8,8% 2002). Auch das Defizit im Handel mit der NAFTA schrumpft seit 1995 (–0,7 Mrd. €) und drehte sich 2002 in ein Aktivum (0,5 Mrd. €). Das Bilanzpassivum gegenüber den Entwicklungsländern stieg im selben Zeitraum hingegen kräftig, verringerte sich 2002 aber erheblich.

Übersicht 14: Komponentenzersetzung der Veränderung der Handelsbilanz

	Mengeneffekt			Preiseffekt			Mischeffekt			Mrd. €	Handelsbilanz Veränderung in Mrd. €	In % des BIP
	Export	Import	Saldo	Export	Import	Saldo	Export	Import	Saldo			
1999	+ 4,3	+ 4,2	+ 0,2	– 0,3	– 0,1	– 0,3	– 0,0	– 0,0	– 0,0	– 5,1	– 0,2	– 2,6
2000	+ 7,9	+ 7,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 2,3	– 1,0	+ 0,2	+ 0,3	– 0,1	– 5,2	– 0,2	– 2,5
2001	+ 5,2	+ 4,3	+ 0,9	– 0,6	– 0,5	– 0,1	– 0,1	– 0,0	– 0,0	– 4,4	+ 0,8	– 2,1
2002	+ 4,1	– 0,7	+ 4,8	– 1,0	– 1,1	+ 0,1	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	0,3	+ 4,8	0,1

Q: Statistik Austria.

Die Entwicklung der Exporte wird zum Großteil durch die Nachfrage aus Deutschland, dem wichtigsten Wirtschaftspartner Österreichs, bestimmt. Die Lieferungen dorthin waren im I. Quartal 2002 mit –5,1% stark rückläufig, erholten sich aber in der Folge, sodass sich im Jahresdurchschnitt ein Wachstum von 2,2% ergab. Auch die Ausfuhr nach Italien – das zweitwichtigste Bestimmungsland österreichischer Exporte – nahmen mit +3,7% nur schwach zu. War die Nachfrage nach österreichischen Produkten 2001 in Großbritannien lebhaft gewesen (+14,1%), so flachte sie 2002 merklich ab (+4,7%); die Exporte nach Frankreich brachen ein (2001 +10,2%, 2002 –0,4%).

Wie in den Vorjahren war die Nachfrage aus den Oststaaten eine wichtige Stütze des österreichischen Exports. Die größte Dynamik zeigten wieder die Lieferungen nach Südosteuropa (Kroatien +11,6%, Slowenien +8,7%, Rumänien +18,8%), während die Exporte nach Ost-Mitteuropa mit +4,0% mäßig stiegen. Dies ist wohl auf die Schwäche der Exportkonjunktur dieser Länder zurückzuführen, die wieder aus der Stagnation wichtiger Absatzmärkte in der EU resultiert. Besonders ungünstig entwickelten sich dabei die Exporte nach Ungarn (+0,9%) und Tschechien (+3,6%) – die zwei wichtigsten Märkte österreichischer Anbieter in der Region. Die Exporte nach Polen (+6,4%) und in die Slowakei (+12,3%) wuchsen kräftiger, wenn auch langsamer als in den Vorjahren. Auch das Wachstum der Ausfuhr in die frühere UdSSR verringerte sich deutlich (2001 +36,4%, 2002 +3,1%); dabei stagnierten die Lieferungen nach Russland beinahe (+1,3%), während in die baltischen Staaten um fast ein Viertel mehr exportiert wurde als 2001 (+24,8%).

Die seit Mitte der neunziger Jahre lebhafteste Dynamik der Exporte nach Nordamerika kam im Jahr 2002 zum Erliegen. Die Ausfuhr in die USA erhöhte sich um nur 1,6%, die Exporte nach Kanada brachen ein (–7,1%). In den USA war der Absatz von Gütern aus Österreich vor allem im IV. Quartal sehr schwach. Die zunehmende Stärke des Euro gegenüber dem Dollar und die daraus resultierenden Preisnachteile für europäische Anbieter sowie die Verlangsamung des Konjunkturaufschwungs in den USA könnten hier mit bestimmend gewesen sein.

Die Gliederung nach Warengruppen zeigt im Vorjahresvergleich eine weitere deutliche Abschwächung der Exportdynamik im Bereich der konsumnahen Fertigwaren (2002 +1,2%) und der bearbeiteten Waren (+0,8%), während die Lieferungen von Rohstoffen – im Jahr davor noch rückläufig – 2002 um 3,4% gesteigert wurden. Die ungünstige Entwicklung der Nachfrage nach bearbeiteten Waren konzentrierte sich auf Textilien (–4,2%) sowie Eisen- und Stahlwaren (+0,4%), während sich die Exporte von Papier mit +4,8% relativ gut entwickelten. Die Nahrungsmittelausfuhr wurde mit etwa +6% deutlich schwächer gesteigert als 2001 (+15,6%), hauptsächlich aufgrund

Nachfrage auf den wichtigsten Märkten der EU gedämpft

Ostexporte bleiben wichtige Stütze – Exporte nach Nordamerika verlieren beträchtlich an Dynamik

Exporte von chemischen Erzeugnissen und Brennstoffen kräftig gesteigert

des Einbruchs der Ausfuhr nach Ost-Mittleuropa (–1,0%) sowie nach Großbritannien (–42,5%) und in die Niederlande (–5,4%).

Vor dem Hintergrund der internationalen Konjunkturschwäche flachte die Dynamik der Maschinen- und Fahrzeuglieferungen schon im Jahr 2001 merklich ab (+5,0%) und ließ 2002 neuerlich nach (+2,8%). Diese Verlangsamung ergab sich hauptsächlich durch den Nachfrageeinbruch in den USA (–10,9%). Die USA sind mit 5,7% der Gesamtexporte von Maschinen und Fahrzeugen nach Deutschland (34,1%) der zweitwichtigste Markt für Exporteure österreichischer Anbieter.

Die höchsten Zuwachsraten ergaben sich im Export von Brennstoffen (+26,4%) und den energieintensiven chemischen Erzeugnissen (+11,5%). Besonders lebhaft war die Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen österreichischer Exporteure in den USA. Die Statistik weist hier eine Zuwachsrate von 59,9% aus.

Warenstruktur der Ausfuhr verschiebt sich zu höherwertigen Produkten

Höherwertige Produkte gewinnen im österreichischen Export immer mehr an Bedeutung. Der Exportanteil von Maschinen und Fahrzeugen nimmt laufend zu und lag 2002 bei rund 43%, während sich der Anteil bearbeiteter Waren (in der Regel einfache Industrieprodukte) von fast 30% Mitte der neunziger Jahre auf rund 22% im Jahr 2002 verringerte. Stark ausgeweitet wurde vor allem der Export von Fahrzeugen. Auch die Handelsbilanz entwickelte sich im Bereich der Maschinen und Fahrzeuge günstig: Anfang der neunziger Jahre war noch ein Passivum von –2,6 Mrd. € zu verbuchen, das sich bis 1995 etwa halbierte. 2001 war der Saldo bereits mit 0,5 Mrd. € positiv und verbesserte sich 2002 weiter auf 2,7 Mrd. €.

Übersicht 15: Warenstruktur des Außenhandels

	2002 Anteile in %	Export 2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Anteile in %	Import 2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Anteile in %	Saldo 2001 Mrd. €	2002
Nahrungsmittel	5,2	+ 15,6	+ 5,7	5,9	+ 11,0	+ 0,8	– 0,7
Rohstoffe	3,2	– 0,4	+ 3,4	3,8	– 2,8	– 0,8	– 0,5
Holz	1,7	– 3,7	+ 4,0	1,0	– 7,7	+ 0,5	0,5
Brennstoffe	2,4	+ 59,3	+ 26,4	7,4	+ 12,3	+ 3,1	– 4,0
Chemische Erzeugnisse	10,2	+ 10,1	+ 11,5	11,2	+ 8,7	+ 4,6	– 1,2
Bearbeitete Waren	22,4	+ 5,0	+ 0,8	16,1	+ 6,1	– 6,6	3,9
Papier	4,6	+ 4,4	+ 4,8	2,1	+ 7,8	– 6,0	1,7
Textilien	2,4	+ 1,7	– 4,2	2,0	+ 1,1	– 6,2	0,2
Eisen, Stahl	4,1	+ 7,5	+ 0,4	2,2	+ 1,8	– 6,0	1,4
Maschinen, Fahrzeuge	42,8	+ 5,0	+ 2,8	39,4	+ 2,6	– 4,0	0,5
Pkw	4,4	+ 7,2	+ 6,6	5,2	+ 3,6	– 1,8	– 0,9
Konsumnahe Fertigwaren	13,0	+ 9,0	+ 1,2	15,6	+ 5,2	– 3,2	– 2,5
Insgesamt	100,0	+ 6,5	+ 4,1	100,0	+ 5,0	– 2,2	– 4,4
							0,3

Q: Statistik Austria.

Deutliche Verschiebung der Regionalstruktur des Außenhandels

War die regionale Außenhandelsstruktur Österreichs lange Zeit durch eine zunehmende Konzentration auf die EU und hier insbesondere auf den deutschen Markt geprägt, so hatte vor allem die Reintegration Ost-Mittleuropas in die europäische Wirtschaft im Laufe der neunziger Jahre eine merkliche Schwerpunktverlagerung zur Folge: Der Anteil der EU am österreichischen Export sank von 68,1% 1992 auf 60,2% 2002, der Anteil am Import von 70,4% auf 65,8%. Österreichs Anbieter profitierten vom Boom im Osthandel besonders. Die Ostexporte stiegen seit 1992 auf das 3,3-fache, der Anteil der Oststaaten an der gesamten Ausfuhr erhöhte sich von 11,6% 1992 auf 17,7% 2002. Diese Region ist damit – nach der EU – der wichtigste Exportmarkt für Österreich. Der Gruppe der 20 wichtigsten Exportdestinationen gehören acht Oststaaten an, und zwar Ungarn (7. Rang), Tschechien (9. Rang), Slowenien (11. Rang), Polen (12. Rang), Slowakei (15. Rang), Kroatien (16. Rang), Russland (17. Rang) und Rumänien (20. Rang). Eine ähnlich dynamische Entwicklung und Struktur weisen die Importe auf.

Außergewöhnlich stark expandiert auch der Außenhandel mit den Ländern der NAFTA. Die Exporte stiegen seit 1992 auf das 3,8-Fache, der Marktanteil erhöhte sich von 3,4% auf 6,0%. Ausschlaggebend war hier die Ausfuhr in die USA. Die günstige

Konjunkturlage, die Abwertung der heimischen Währung gegenüber dem Dollar und die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit trugen zu diesem Erfolg bei. Mit einem Anteil von 5,2% wurden die USA damit zum viertwichtigsten Exportmarkt für österreichische Produkte.

Übersicht 16: Regionalstruktur des Außenhandels

	2002 Anteile in %	Export 2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Anteile in %	Import 2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Saldo 2001 Mrd. €	2002
OECD aktuell ¹⁾	85,4	+ 4,5	+ 3,4	87,6	+ 4,1	- 1,8	- 4,8	- 1,4
OECD	74,6	+ 4,5	+ 3,3	77,8	+ 3,5	- 2,3	- 5,5	- 2,2
EU (Intra-Handel)	60,2	+ 6,1	+ 3,1	65,8	+ 3,8	- 1,6	- 6,3	- 4,1
Euro-Raum	53,7	+ 5,5	+ 3,0	61,3	+ 4,3	- 1,6	- 7,6	- 5,6
Deutschland	32,0	+ 3,9	+ 2,2	40,3	+ 4,5	- 2,8	- 7,7	- 6,3
Italien	8,5	+ 4,6	+ 3,7	7,1	+ 5,4	- 3,5	0,7	1,1
Extra-EU-Handel	39,8	+ 7,3	+ 5,6	34,2	+ 7,4	- 3,4	1,9	4,4
Sonstiges Westeuropa	6,7	- 11,0	+ 6,2	4,5	+ 15,7	+ 1,7	1,5	1,8
EFTA	6,0	- 10,8	+ 4,0	3,7	+ 15,5	- 1,2	1,6	1,8
Schweiz	5,6	- 11,9	+ 4,3	3,4	+ 11,0	- 0,1	1,5	1,7
Andere	0,7	- 12,6	+ 30,2	0,8	+ 17,1	+ 17,6	- 0,1	- 0,1
Industriestaaten in Übersee	7,6	+ 8,5	+ 2,6	7,5	- 3,8	- 10,5	- 0,7	0,1
NAFTA	6,0	+ 12,0	+ 0,0	5,4	+ 0,8	- 12,1	- 0,1	0,5
USA	5,2	+ 12,4	+ 1,6	4,8	+ 2,5	- 11,8	- 0,3	0,3
Japan	1,2	- 0,6	- 0,1	2,1	- 12,8	- 6,0	- 0,8	- 0,7
Oststaaten	17,7	+ 10,9	+ 6,8	13,8	+ 5,7	+ 2,1	2,4	3,0
Ost-Mitteuropa ²⁾	10,3	+ 3,9	+ 4,0	9,0	+ 8,4	+ 0,8	0,8	1,0
Südosteuropa ³⁾	5,3	+ 18,3	+ 14,3	2,5	+ 15,6	+ 9,7	1,9	2,2
Frühere UdSSR	2,1	+ 36,4	+ 3,1	2,3	- 10,3	- 0,4	- 0,3	- 0,2
Entwicklungsländer	7,8	+ 18,3	+ 5,4	8,4	+ 18,8	- 7,5	- 1,3	- 0,5
OPEC	1,4	+ 40,2	- 12,7	1,4	- 1,1	- 16,0	0,0	0,1
NOPEC	6,4	+ 13,2	+ 10,6	7,1	+ 24,1	- 5,6	- 1,3	- 0,5
China	1,5	+ 72,2	+ 37,8	1,8	+ 9,4	+ 3,0	- 0,5	- 0,2
Südamerika	0,9	+ 15,9	- 24,6	0,7	+ 10,8	- 4,6	0,3	0,1
"Vier Tiger" ⁴⁾	1,7	- 8,5	+ 10,2	1,7	+ 22,1	- 16,5	- 0,4	- 0,1
6 dynamische Länder Asiens ⁵⁾	1,9	- 5,9	+ 7,2	2,6	+ 36,3	- 15,5	- 1,0	- 0,6
Insgesamt	100,0	+ 6,5	+ 4,1	100,0	+ 5,0	- 2,2	- 4,4	0,3

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Einschließlich Mexikos, Südkoreas, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Polens. – ²⁾ Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei. – ³⁾ Albanien, Bulgarien, Rumänien, früheres Jugoslawien. – ⁴⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan. – ⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

Auf einigen wichtigen Wachstumsmärkten in den Entwicklungsländern (etwa Fernost) bleibt das Gewicht österreichischer Produzenten nach wie vor signifikant hinter dem vergleichbarer Länder zurück. Der Exportanteil der Entwicklungsländer entsprach 2002 mit 7,8% etwa dem von 1992 (7,9%). Österreichs Exporte nach Fernost entwickelten sich in den neunziger Jahren sehr unterschiedlich und zum Teil abhängig vom Auslieferungszyklus im Anlagenexport, insbesondere nach China. 2001 brachen die Lieferungen in die "6 dynamischen Länder"⁵⁾ wegen der Wirtschaftskrise in der Region ein. Im 1. Halbjahr 2002 zeichnete sich jedoch eine deutliche Verbesserung ab, die Exporte wuchsen mit +12,7% sehr kräftig (Jahresdurchschnitt 2002 +7,2%). Österreichs wichtigster Markt in Fernost ist China mit einem Exportanteil von 1,5% vor Hongkong, Südkorea und Singapur.

Yvonne Wolfmayr-Schnitzer (Yvonne.Wolfmayr@wifo.ac.at)

Statistik: Gabriele Wellan (Gabriele.Wellan@wifo.ac.at)

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

Tourismus erreicht knapp 10% des BIP

Seit dem Jahr 2001 verfügt Österreich über ein Tourismus-Satellitenkonto (TSA)⁶⁾. Die Einrichtung eines Tourismus-Satellitenkontos ermöglicht eine genaue Darstellung der wirtschaftlichen Bedeutung des Sektors. Die Implementierung des TSA bedeutete die Einleitung einer tiefgreifenden Veränderung in der Berichterstattung. Die Veränderungen betreffen insbesondere die touristischen Zahlungsströme der Inländer⁷⁾; die Erfassung der Zahlungsströme von ausländischen Gästen bleibt in ihrem Umfang unverändert.

Die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Basisdaten des TSA beziehen sich auf das Jahr 2001⁸⁾. Für das Jahr 2002 musste auf vorläufige Berechnungen zurückgegriffen werden.

Demnach entfielen im Jahr 2002 53,8% der 26,09 Mrd. € an Gesamtausgaben für Urlaubs- und Geschäftsreisen sowie Verwandten und Bekanntenbesuche (2001: 25,21 Mrd. €) auf ausländische Besucher, 42,8% auf inländische Reisende und 3,4% auf die Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern bzw. Zweitwohnungen (Übersicht 17). Nach der alten Berechnungsmethode würden die Gesamtausgaben nur 17,3 Mrd. € betragen, also deutlich niedriger ausfallen.

Übersicht 17: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA) für Österreich

	2000 Endgültig	2001 Mio. €	2002 Vorläufig
Aggregate			
Touristische Nachfrage			
Ausgaben ausländischer Besucher	12.288	13.386	14.045
Übernachtende Touristen	11.031	11.946	12.475
Tagesbesucher	1.257	1.440	1.570
Ausgaben inländischer Besucher	10.344	10.965	11.166
Urlaubsreisende	8.188	8.672	8.804
Übernachtende Touristen ¹⁾	4.844	5.259	5.365
Tagesbesucher	3.344	3.413	3.439
Geschäftsreisende	2.156	2.293	2.362
Übernachtende Touristen	835	917	945
Tagesbesucher	1.321	1.376	1.417
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	822	856	882
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	23.454	25.207	26.093
Gesamtwirtschaftliches Angebot			
Gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung (BIP)	204.842	211.857	216.730
Touristische Wertschöpfung			
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA (Urlaubs- und Geschäftsreisen)	12.848	13.566	14.090
Anteil am BIP laut TSA in %	6,3	6,4	6,5

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten.

Die Ausgaben der inländischen Reisenden für in Österreich gelegene Ziele sind zu 56,5% den übernachtenden Touristen und zu 43,5% den Tagesbesuchern zuzurechnen, während für die ausländischen Besucher 88,8% der Aufwendungen auf den Übernachtungstourismus entfallen.

Von den Ausgaben der Österreicher für Inlandsreisen dienen 78,8% dem Reisezweck "Urlaub" und 21,2% Geschäftsreisen. Die Geschäftsreisenden wenden einen über-

⁶⁾ Franz, A., Laimer, P., Smeral, E., A Tourism Satellite Account for Austria. The Economics, Methodology and Results, Studie von Statistik Austria und WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 2001.

⁷⁾ Vgl. Smeral, E., "Tourismus gewinnt Marktanteile", in Scheiblecker, M., et al., "Wachstum im Jahresverlauf stetig verlangsamt. Österreichs Wirtschaft im Jahr 2001", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(4), S. 226-229, http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21738.

⁸⁾ Dies hängt insbesondere von der Verfügbarkeit der Daten aus der VGR ab.

wiegenden Teil ihres Reisebudgets für Tagesausflüge auf, die Urlaubsreisenden hingegen für Übernachtungsreisen.

Die Ermittlung der *direkten Wertschöpfungseffekte* des Tourismus ergab laut TSA-Konzept für das Jahr 2002 ein Volumen von 14,09 Mrd. € (2001: 13,57 Mrd. €). Setzt man diesen Wert in Beziehung zum BIP, so ergibt sich rein rechnerisch ein Anteil von 6,5% (2001: 6,4%).

Zur *Verteilung* der Gesamtaufwendungen für Urlaubs- und Geschäftsreisen sowie Verwandten und Bekanntenbesuche auf die verschiedenen Güter und Dienstleistungen stehen aktuelle Daten nur für das Jahr 2001 zur Verfügung (Übersicht 18): So entfiel der Großteil der gesamten touristischen Aufwendungen – nämlich 32,5% – auf die Dienstleistungen des Restaurant- und Gaststättenwesens. 22,6% der Gesamtaufwendungen machten die Dienstleistungen des Beherbergungswesens aus.

Übersicht 18: Touristischer Konsum nach Produkten im Jahr 2001

	Anteile in %
<i>Aggregate</i>	
Tourismus-charakteristische Dienstleistungen	82,2
Beherbergung ¹⁾	21,6
Restaurant- und Gaststättendienste	32,5
Transport	17,0
Reisebüros (netto) ²⁾	1,0
Kultur-, Erholungs-, Unterhaltungs-, Finanz- und sonstige Dienstleistungen	10,2
Tourismus-verwandte bzw. nicht Tourismus-spezifische Waren und Dienstleistungen	16,8
Waren	10,0
Dienstleistungen	6,8
Handelsspanne	1,0
Insgesamt	100,00

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Einschließlich Zweitwohnungen und Wochenendhäuser. – ²⁾ Nur Spannen; Package-Teile in den jeweiligen Produkten enthalten.

Für die Dienstleistungen des Transportwesens wurde im Jahr 2001 mit rund 17% der Gesamtausgaben ein höherer Betrag als für die Leistungen des Kultur-, Erholungs-, Unterhaltungs-, Finanz- und sonstigen Dienstleistungssektors (insgesamt 11,2%) aufgewandt.

Insgesamt entfielen auf die Tourismus-charakteristischen Aufwendungen 82,2% der Gesamtausgaben; für Tourismus-verwandte und nicht Tourismus-spezifische Produktionsbereiche und die Handelsspanne wurden 17,8% des gesamten touristischen Konsums ausgegeben, der Großteil davon im Handel.

Die *volkswirtschaftliche Bedeutung* des Tourismus bzw. sein Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist eine wichtige Kennziffer für die Wirtschaftspolitik. Zur Ermittlung dieses Indikators sind die TSA-Ergebnisse mit Berücksichtigung aller durch den Tourismus ausgelösten direkten und indirekten Effekte, aber aufgrund ihres intermediären Charakters unter *Ausschluss der Dienst- und Geschäftsreisen* darzustellen. Obwohl die Anwendung der *Input-Output-Analyse* durch ihre restriktiven Annahmen (z. B. keine Substitutionsmöglichkeit zwischen Gütern, keine Skalenerträge, Fehlen von Auslastungsüberlegungen) in Bezug auf die Ergebnisse Unschärfen entstehen lässt, ist sie die einzige Methode, die eine systematische Erfassung aller direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte des Tourismus erlaubt. Die Anwendung der Input-Output-Multiplikatoren auf die korrigierten TSA-Ergebnisse ergab für das Jahr 2002 *direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte* von 20,88 Mrd. € (Übersicht 19). Damit erreichte der Beitrag des Tourismus zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BIP) 9,6%.

Übersicht 19: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeit in Österreich

	2000 Endgültig	2001 Mio. €	2002 Schätzung	2000 Endgültig Anteile am BIP laut Tourismus- Satellitenkontos in %	2001	2002 Schätzung
Aggregate						
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut Tourismus-Satellitenkontos						
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	11.869	12.500	13.052	5,8	5,9	6,0
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	12.848	13.566	14.090	6,3	6,4	6,5
		Mio. €		Beitrag zum BIP in %		
Direkte und indirekte Wertschöpfung des Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	18.742	20.164	20.883	9,1	9,5	9,6
Direkte und indirekte Wertschöpfung des Freizeitkonsums der Inländer am Wohnort	17.109	17.709	18.240	8,4	8,4	8,4
Direkte und indirekte Wertschöpfung von Tourismus und Freizeit in Österreich	35.851	37.873	39.123	17,5	17,9	18,1

Q: Statistik Austria, WIFO.

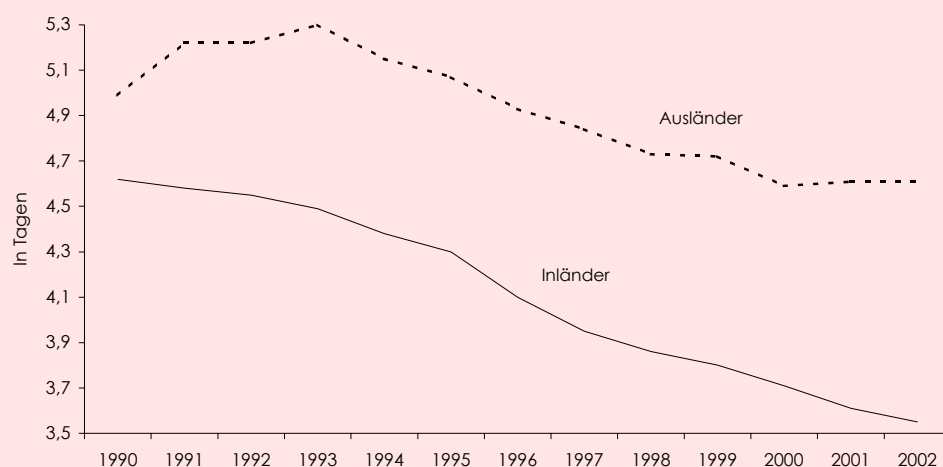
Zur Ermittlung der volkswirtschaftlichen Bedeutung von *Tourismus und Freizeit* muss zusätzlich der nichttouristische Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort berücksichtigt werden. Laut neuesten Berechnungen wurden dafür im Jahr 2002 20,12 Mrd. € aufgewandt. Aufgrund der Input-Output-Multiplikatoren ergaben sich direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von 18,24 Mrd. €. Der Beitrag des Freizeitkonsums der Inländer am Wohnort zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung betrug damit 8,4%.

Eine *Gesamtbetrachtung der inlandswirksamen Aufwendungen* für den nichttouristischen Freizeitkonsum am Wohnort und den touristischen Konsum macht die beachtliche Dimension der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft deutlich: 2002 sind die direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte mit 39,12 Mrd. € anzusetzen. Der Beitrag der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft zum BIP erreicht damit 18,1%.

Im Jahr 2002 stieg die Zahl der Gästeankünfte in Österreich auf 27,3 Mio. und damit auf einen neuen Höchstwert. Obwohl sich der langfristige Rückgang der Aufenthaltsdauer seit 2000 bei etwa 4,3 Nächten stabilisiert hat, lag das Nächtigungsvolumen mit 116,8 Mio. noch immer um 10,5% unter dem Höchstwert von 1992 (Abbildung 6, Übersicht 20). Die preisbereinigten Umsätze blieben aufgrund des Anstiegs des realen Aufwands je Nächtigung nur knapp unter den Rekordwerten von Anfang der neunziger Jahre (Abbildung 7).

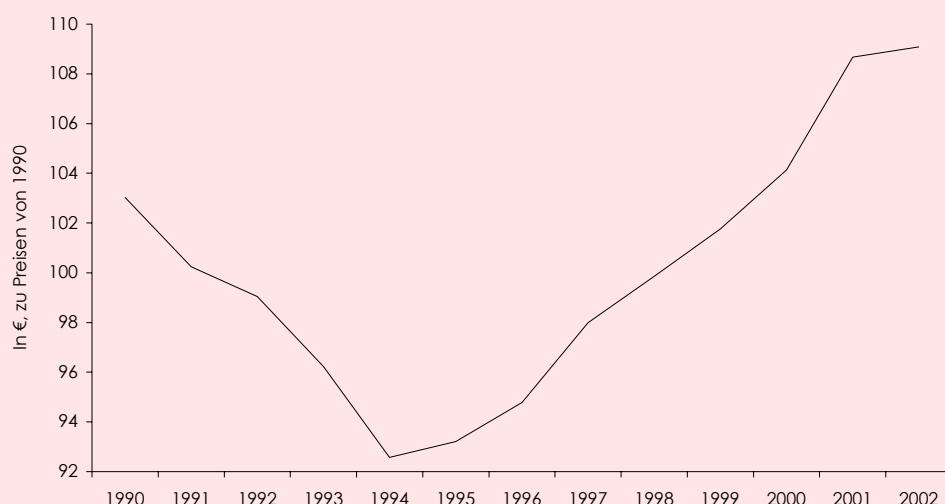
Anhaltende Verbesserung der Wettbewerbsposition

Abbildung 6: Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen



Q: Statistik Austria.

Abbildung 7: Entwicklung des realen Aufwands je Nächtigung



Q: Statistik Austria, OeNB, WIFO-Berechnungen. Ohne Kleines Walsertal.

Das Wachstum der Einnahmen im internationalen Reiseverkehr verlangsamte sich 2002: Nach +8,3% im Jahr 2001 wurde nur eine Rate von durchschnittlich +4,9% realisiert. Diese Entwicklung geht in erster Linie auf den Einbruch in der Wintersaison zurück, denn in der Sommersaison belebte sich die Auslandsnachfrage trotz internationaler Konjunkturschwäche und der Hochwasserkatastrophe.

Übersicht 20: Entwicklung von Ankünften und Übernachtungen nach der Herkunft

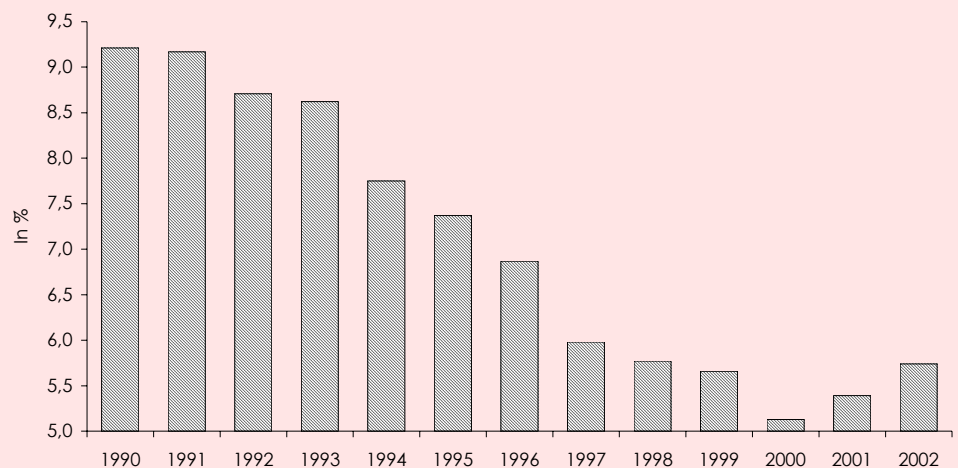
	1997	1999	Ankünfte 2000	2001	2002	1997 In 1.000	Übernachtungen 1999	2000	2001	2002
<i>Insgesamt</i>	23.860	25.446	26.372	26.883	27.350	109.066	112.698	113.646	115.073	116.757
<i>Inländer insgesamt</i>	7.217	7.988	8.395	8.711	8.746	28.504	30.301	31.147	31.433	31.003
Wien	1.467	1.574	1.653	1.634	1.638	7.644	7.758	7.871	7.638	7.455
Andere Bundesländer	5.750	6.414	6.742	7.077	7.108	20.860	22.543	23.276	23.795	23.548
<i>Ausländer insgesamt</i>	16.642	17.459	17.977	18.172	18.604	80.562	82.396	82.499	83.640	85.754
Belgien, Luxemburg	391	379	380	392	409	2.427	2.270	2.216	2.264	2.388
Dänemark	163	185	186	201	207	781	872	879	952	980
Deutschland	9.390	9.841	9.985	10.140	10.345	52.822	53.074	52.302	52.769	53.499
Finnland	38	52	50	55	53	140	179	174	187	180
Frankreich	487	455	387	385	406	1.851	1.723	1.461	1.443	1.562
Griechenland	52	49	55	60	62	157	149	169	171	178
Großbritannien	532	596	667	645	684	2.478	2.782	3.066	3.037	3.238
Italien	896	956	911	964	996	2.378	2.676	2.534	2.684	2.813
Niederlanden	1.032	1.110	1.186	1.238	1.350	6.728	7.010	7.374	7.678	8.221
Norwegen	51	49	47	48	53	170	162	159	159	171
Schweden	156	162	172	163	161	613	636	678	650	649
Schweiz	700	697	737	778	817	2.783	2.782	2.892	3.091	3.284
Polen	157	188	182	186	193	587	795	755	791	839
Tschechien, Slowakei	211	250	251	273	275	649	830	836	919	952
Ungarn	184	203	215	234	248	600	692	729	788	859
Australien, Neuseeland	95	108	124	108	97	204	247	279	241	241
Japan	267	277	294	255	240	558	575	584	528	482
Kanada	55	58	69	66	65	140	146	178	176	172
USA	579	630	781	639	512	1.411	1.566	1.876	1.579	1.341
Andere Länder	1.206	1.214	1.298	1.342	1.431	3.085	3.230	3.358	3.533	3.705

Q: Statistik Austria.

Die Reisenachfrage der Österreicher entwickelte sich 2002 – nach dem kräftigen Zuwachs im Jahr 2001 – nur gedämpft: Die Aufwendungen für Inlandsaufenthalte stiegen nominell geringfügig, real stagnierten sie. Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen wurden gegenüber 2001 nicht mehr gesteigert und gingen real um 3% zurück.

Im internationalen Vergleich schnitt die österreichische Tourismuswirtschaft hervorragend ab: Im Jahr 2002 gewann Österreich – gemessen an den internationalen europäischen Zahlungsströmen – weiterhin an Marktanteilen und erreichte einen Wert von 5,7% (+6,1% gegenüber dem Vorjahr; Abbildung 8). Damit war Österreich das einzige europäische Land, das signifikante Marktanteilsgewinne verbuchte.

Abbildung 8: Entwicklung des nominellen Marktanteils Österreichs im internationalen europäischen Tourismus



Q: IMF, OeNB, WIFO-Berechnungen. Ohne internationalen Personentransport; 2002: Schätzung.

Die Ursachen der Verbesserung der Wettbewerbsposition sind vielfältig: Die Positionsgewinne können zum Teil auf Qualitäts- und Strukturverbesserungen zurückgeführt werden, aber auch auf eine erfolgreiche Vermarktung Österreichs als qualitativ hochwertige Kurzurlaubsdestination mit hohem Erlebniswert im Zentrum Europas. Weiters wirkte sich die wachsende Verunsicherung der Gäste in Bezug auf deren Sicherheitsbedürfnis (Terrorangst, Kriegsgefahr) aus – Österreich gilt als sicheres, bequem mit dem Auto erreichbares Urlaubsland.

In der Sommersaison glichen diese positiven Struktureffekte die von der internationalen Konjunkturschwäche ausgehende Dämpfung mehr als aus und belebten die Auslandsnachfrage, während in der Wintersaison der negative Konjunktoreffekt stark durchschlug. Auf die Inlandsnachfrage dürfte der negative Konjunktoreffekt in beiden Saisons deutlich größeren Einfluss haben als die positiven Struktureffekte.

In der Wintersaison 2001/02 schwächte sich die Zunahme der Tourismusumsätze gegenüber dem Vorjahr deutlich ab und erreichte nach +9,8% in der Saison 2000/01 nur +3,8%; die Auslandsnachfrage stieg mit +4% etwas lebhafter als die Inlandsnachfrage (+2,9%).

Von den im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsländern waren die Nächtigungen von Gästen aus Japan, den USA, Australien und Spanien deutlich rückläufig. Die Zahl der Übernachtungen deutscher Gäste stieg nur schwach.

Der Städtetourismus entwickelte sich unterdurchschnittlich, wobei insbesondere die schwache Entwicklung der Flugreisedestinationen Wien und Innsbruck durchschlug. Wien war auch durch die Negativ-Berichterstattung im Zuge der Hochwasserkatastrophe benachteiligt (August 2002 rund –10%).

Nächtigungszuwächse im Sommer

Die Umsätze fielen in der Sommersaison mit einer Wachstumsrate von 7,3% wesentlich günstiger aus als in der Wintersaison. Die Ausgaben der Ausländer expandierten um 8,3%, während jene der Inländer das Vorjahresniveau um nur 3,9% überstiegen.

Mit Ausnahme der Sommersaison 1998 – in dieser wirkten sich die EU-Präsidentenschaftseffekte positiv aus⁹⁾ – wurde erstmals seit 1991 ein Zuwachs der Nächtigungen ausländischer Gäste realisiert (+2,8%). Zum Teil dürfte das der Tatsache zuzuschreiben sein, dass Österreich international als sichere Autoreisedestination gilt.

Ebenfalls erstmals seit 1991 nahm dabei die Zahl der Nächtigungen von Besuchern aus Deutschland, Österreichs wichtigstem Herkunftsmarkt zu (+2,9%). Ähnlich wie in der Wintersaison waren auch im Sommer beträchtliche Einbußen auf den Herkunftsmärkten USA, Japan, Australien und Spanien zu verzeichnen. Leicht rückläufig war die Nachfrage der Österreicher nach Inlandsaufenthalten.

Im Gegensatz zum Tourismus im ländlichen Raum ging die Nachfrage nach Städteaufenthalten zurück.

Egon Smeral (Egon.Smeral@wifo.ac.at)
Statistik: Sabine Fragner (Sabine.Fragner@wifo.ac.at)

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind nicht nur die mit Abstand größte Nachfragekomponente der österreichischen Wirtschaft, ihnen kommt auch eine stabilisierende Wirkung zu. Diese resultiert aus einer längerfristigen Ausrichtung des Konsumverhaltens¹⁰⁾ sowie dem Bestreben, einmal erreichte Konsumstandards weitgehend beizubehalten. Kurzfristige Einkommenschwankungen schlagen sich dementsprechend nicht in gleich großen Änderungen der Konsumausgaben nieder. In den letzten Jahren nahmen die Einkommen der privaten Haushalte wegen der Konjunkturschwäche und fiskalischer Maßnahmen zur Erreichung des angestrebten "Nulldefizits" nur mäßig zu. Die privaten Haushalte passten ihre Ausgaben nicht voll der Einkommensentwicklung an; die Konsumquote (d. h. die Konsumausgaben bezogen auf das Einkommen) stieg, und zwar stärker als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Die unter diesen Rahmenbedingungen relativ günstige Konsumententwicklung stützte das Wirtschaftswachstum in Österreich. Das hohe Niveau der Konsumquote ließ im Jahr 2002 eine Gegenbewegung erwarten, d. h. einen (trendmäßigen) Rückgang der Konsumquote, die Konjunkturverschlechterung eher einen weiteren Anstieg.

Privater Konsum wächst nur mäßig

Übersicht 21: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Sparquote

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Sparquote
	Nominell	Real	Nominell	Real	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				In % des verfügbaren Einkommens ²⁾
Ø 1995/1998	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,3	9,3
1999	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,3	8,5
2000	+ 4,9	+ 3,3	+ 4,6	+ 3,1	8,3
2001	+ 3,5	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,4	7,4
2002	+ 2,8	+ 0,9	+ 2,9	+ 1,0	7,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
– ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Auch von der Einführung des Euro als Bargeld waren Auswirkungen auf die Konsumentwicklung im Jahr 2002 zu erwarten, zumindest auf den unterjährigen Verlauf und unterschiedlich für die einzelnen Güterarten. Nach einer Phase der Gewöhnung an den Euro, in der mit einer gewissen Kaufzurückhaltung zu rechnen war, sollte sich die Ausgabenentwicklung normalisieren bzw. wegen der Geldillusion (kleine Beträge in Euro, die den Eindruck niedriger Preise vermitteln) sogar verstärken. Eine wichtige Zä-

⁹⁾ Smeral, E., Wüger, M., Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Übernahme der EU-Präsidentschaft durch Österreich, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Wien, 1999.

¹⁰⁾ Die Konsumententscheidung hängt einerseits vom laufenden Einkommen, andererseits von längerfristigen Einkommenserwartungen ab.

Sparquote nimmt nur leicht zu

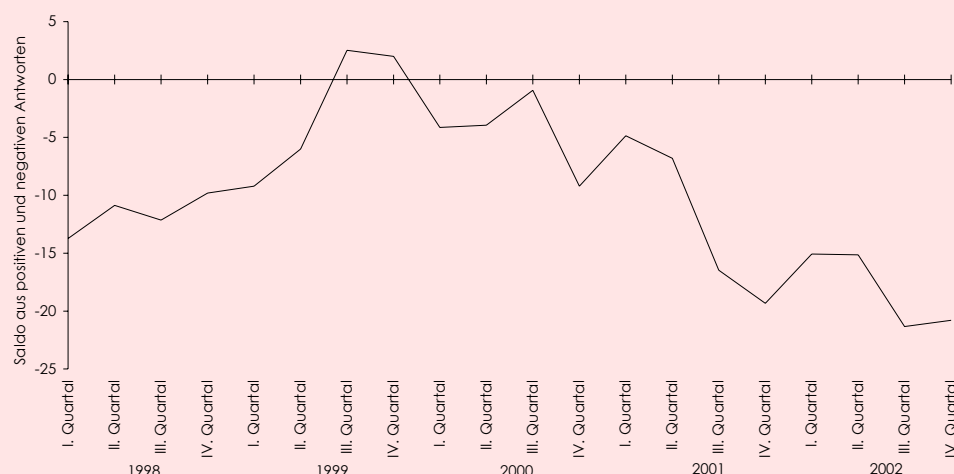
sur war dabei das Auslaufen der doppelten Preisauszeichnung. Im Jänner und Februar waren die Preise sowohl in Euro als auch in Schilling auszuweisen¹¹⁾, sodass die privaten Haushalte ein "Sicherheitsnetz" vorfanden. Die Gewöhnung an die neue Währung sollte bei täglich gekauften Gütern rascher gelingen als bei solchen, die in relativ großen Zeitabständen angeschafft werden. Außerdem war zu erwarten, dass die Konsumenten den Kauf von teuren Gütern vorsichtiger disponieren, solange sie mit der neuen Währung nicht vertraut waren.

Die privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter) gaben im Jahr 2002 rund 125 Mrd. € für Zwecke des privaten Konsums aus, um 2,8% mehr als ein Jahr davor. Deflationiert mit dem impliziten Preisindex des privaten Konsums ergibt sich eine reale Steigerung von 0,9%. Sie ist etwas höher als im Durchschnitt des Euro-Raums (+0,6%). Ungünstiger als in Österreich verlief die Konsumententwicklung vor allem in Deutschland (−0,5%)¹²⁾.

Nach vorläufigen Berechnungen nahmen die Einkommen der privaten Haushalte in Österreich 2002 nominell um 2,9% zu, real um 1,0%. Die Konsumquote änderte sich wegen des nahezu identischen Verlaufs von Konsum und Einkommen kaum. Die Sparquote (sie setzt als Pendant zur Konsumquote das Sparen¹³⁾ in Beziehung zum Einkommen) war 2002 mit 7,5% nur wenig höher als ein Jahr davor, weil der trendbedingte Anstieg durch den konjunkturbedingten Rückgang nahezu ausgeglichen wurde.

Der reale Zuwachs der Konsumausgaben war in der ersten Jahreshälfte (+0,4% gegenüber dem Vorjahr) erwartungsgemäß schwächer als in der zweiten (+1,4%); insbesondere nach Auslaufen der doppelten Preisauszeichnung war die Nachfrage gedämpft (II. Quartal $\pm 0,0\%$)¹⁴⁾. Saisonbereinigt ging die Nachfrage im II. Quartal zurück (−0,4% gegenüber der Vorperiode), im 2. Halbjahr war sie um 1,1% höher als im 1. Halbjahr. Sowohl Umfragen als auch Modellsimulationen deuten darauf hin, dass die Einführung des Euro und insbesondere das Auslaufen der doppelten Preisauszeichnung für diese Entwicklung (Nachfrageschwäche im II. Quartal, Belebung in der zweiten Jahreshälfte) maßgebend waren.

Abbildung 9: Entwicklung des Vertrauensindex



Q: Fessel & GfK, WIFO.

¹¹⁾ Ausgenommen waren Kleinbetriebe (bis 10 Beschäftigte), in denen nur Umrechnungstabellen aufliegen mussten.

¹²⁾ Rein saldenmechanisch lassen sich die Unterschiede zwischen dem Wirtschaftswachstum in Deutschland und Österreich durch Differenzen der Konsumententwicklung erklären.

¹³⁾ Sparen im volkswirtschaftlichen Sinn errechnet sich aus der Differenz zwischen Einkommen und Konsum, vermehrt um die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

¹⁴⁾ Konsumdaten liegen nur quartalsweise vor, sodass die Entwicklung in den Monaten Jänner und Februar nicht getrennt untersucht werden kann.

Die mäßige Konsumsteigerung und der leichte Anstieg der Sparquote im Jahr 2002 hängen auch mit der Konsumentenstimmung zusammen. Stimmungen und Erwartungen wirken sich auf die Kaufwilligkeit der Konsumenten aus – neben der Kauffähigkeit, die hauptsächlich von der Einkommensentwicklung abhängt, eine wichtige Determinante der Entwicklung der Konsumausgaben insbesondere für bestimmte Gütergruppen. Nach Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), die von der EU-Kommission gefördert werden, war der "Vertrauensindex" (arithmetisches Mittel der Einschätzungen und Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) im Durchschnitt des Jahres 2002 um 7% niedriger als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stieg der Sparindikator. Pessimistisch wurden 2002 die Arbeitsmarktsituation und insbesondere die Preisentwicklung eingeschätzt. Letzteres hängt nach Umfrageergebnissen auch mit der Einführung des Euro als Bargeld zusammen. Detaillierte Vergleiche mit Deutschland und der Schweiz sowie eine Analyse des zeitlichen Verlaufs einzelner Untergruppen des Verbraucherpreisindex liefern jedoch keinen Hinweis darauf, dass der Einführung des Euro als Bargeld eine deutliche preiserhöhende Wirkung zuzuschreiben wäre. In einigen Bereichen wurden demnach allerdings Preiserhöhungen vorgenommen, die mit der Währungsumstellung zusammenhängen könnten; ihre Schwerpunkte liegen im Dienstleistungssektor¹⁵⁾.

Übersicht 22: Entwicklung des privaten Konsums einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter

Real

	Ø 1989/1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,2	– 1,1	+ 3,3
Tabak und alkoholische Getränke	+ 1,3	+ 5,3	+ 3,9	– 4,5	+ 0,1
Bekleidung, Schuhe	± 0,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 2,0	– 0,4
Wohnen, Beheizung	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,2
Einrichtung	+ 3,0	– 0,7	+ 2,3	– 0,6	– 0,8
Gesundheit	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,9
Transport	+ 2,0	+ 6,1	+ 0,3	– 1,1	– 0,7
Kommunikation	+ 10,2	+ 4,3	+ 18,2	+ 3,6	+ 3,6
Erholung, Kultur	+ 4,3	+ 6,3	+ 8,1	+ 0,8	+ 0,2
Bildung	+ 1,2	+ 6,2	+ 2,0	– 0,4	+ 0,4
Gaststätten, Beherbergung	+ 5,3	+ 5,1	+ 11,2	+ 11,5	+ 3,1
Übrige Waren	+ 3,2	+ 0,2	– 0,4	+ 0,6	+ 0,6
Ausgaben im Ausland	+ 2,4	– 1,4	+ 4,9	+ 4,9	– 3,1
Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,6
Privater Konsum insgesamt	+ 2,6	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9
Dauerhafte Konsumgüter	+ 4,0	+ 7,3	+ 3,8	+ 2,0	– 0,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Das geringe Ausmaß des Konsumwachstums im Jahr 2002 ist hauptsächlich auf die Schwäche der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern zurückzuführen. Der Kauf dieser Güter ist sehr konjunktur reagibel und außerdem von Stimmungen und Erwartungen abhängig. Die gedämpfte Konjunkturentwicklung und die schlechte Stimmung der Verbraucher im Jahr 2002 engten daher den Expansionspielraum für diese Anschaffungen ein. Zusätzlich gedämpft wurde die Nachfrage von der Einführung des Euro als Bargeld: Der Preis dieser Güter je Kaufeinheit ist relativ hoch, sodass sich die Unsicherheit gegenüber der neuen Währung hier besonders bemerkbar machte. Das Zusammenwirken dieser Faktoren hatte 2002 einen leichten realen Rückgang der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern zur Folge (–0,2%). Die

**Nachfrage nach
dauerhaften Konsum-
gütern rückläufig**

¹⁵⁾ Teils erklärt sich die Diskrepanz zwischen subjektiver Inflationswahrnehmung und tatsächlicher Inflation damit, dass die Verbraucher der Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die sie häufig kaufen bzw. beanspruchen, ein großes Gewicht beimessen. Dagegen werden Änderungen der Preise von Anschaffungen, die in größeren Zeitabständen getätigt werden, oder von Leistungen, die routinemäßig beansprucht werden, kaum wahrgenommen; siehe dazu auch Pollan, W., "Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(10), S. 633-640, http://titian.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22883

Käufe von Pkw sanken um 3,3%, jene von Möbeln um 5%, während die Ausgaben für therapeutische Erzeugnisse (+13,6%) wegen des Fitnessbooms stiegen.

Die Nachfrage nach nichtdauerhaften Waren und Dienstleistungen folgt in der Regel einem längerfristigen Trend und begründet so die stabilisierende Wirkung des Konsums im Konjunkturverlauf. Sie übertraf im Durchschnitt des Jahres 2002 das reale Vorjahresniveau um 1,1%. Dabei erhöhte sich nach dem Rückgang im Vorjahr (BSE-Krise) die Nachfrage nach Nahrungsmitteln. Da diese Güter regelmäßig angeschafft werden und ihre Preise jeweils relativ niedrig sind, wurde der Absatz durch die Einführung des Euro kaum gedämpft¹⁶⁾. Die Ausgaben für Wohnung und Beheizung nahmen real ebenfalls zu. Kommunikationsdienste waren auch 2002 gefragt, während die konjunktur reagiblen Ausgaben im Ausland zurückgingen.

Übersicht 23: Entwicklung der Umsätze im Handel

Ø 1995 = 100

	Ø 1999/2001	2002						
		Insgesamt	1. Halbjahr	2. Halbjahr	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
		Veränderung gegen das Vorjahr in %						
<i>Nominell</i>								
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	+ 1,8	+ 1,0	- 0,5	+ 2,5	- 0,5	- 0,5	+ 2,6	+ 2,4
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	- 0,4	- 2,0	- 4,3	+ 0,6	- 3,9	- 4,6	- 0,5	+ 1,8
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,4	+ 3,6	- 0,1	+ 0,9	+ 4,4	+ 2,9
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	+ 1,5	+ 0,6	- 0,1	+ 1,3	+ 0,6	- 0,9	+ 0,9	+ 1,6
<i>Real</i>								
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	+ 2,3	- 0,3	± 0,0	+ 3,0	+ 1,7
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	- 2,1	- 3,6	- 5,5	- 1,3	- 4,9	- 6,0	- 2,2	- 0,4
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 0,2	+ 2,6	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 2,1	+ 5,3	+ 2,4
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	+ 0,5	+ 0,8	± 0,0	+ 1,5	+ 0,6	- 0,6	+ 1,3	+ 1,7

Q: Statistik Austria.

Umsatzzuwächse im Handel

Die Umsätze des Handels übertrafen im Jahr 2002 das reale Ergebnis des Vorjahres um 1,2%. Stagnierten sie im 1. Halbjahr etwa auf dem konjunkturbedingten relativ hohen Vergleichswert (2001 real -0,1%), so übertrafen sie im 2. Halbjahr (+2,3%) das niedrige Ausgangsniveau. Konjunkturell hat sich die Umsatzentwicklung im Laufe des Jahres 2002 kaum belebt.

Die einzelnen Sparten schnitten recht unterschiedlich ab. Die Umsätze des Kfz-Handels (einschließlich Reparatur von Kfz, Tankstellen) unterschritten auch im Jahr 2002 das reale Vorjahresniveau. Die Nachfrage ist in diesem Bereich besonders konjunktur reagibel und von Stimmungen und Erwartungen abhängig. Die Eintrübung der Konjunktur und die Verschlechterung der Konsumentenstimmung dämpften die Nachfrage, weil der Kaufzeitpunkt für diese Güter leichter verschoben¹⁷⁾ und der Konjunkturlage angepasst werden kann. Auch die Einführung des Euro als Bargeld machte sich hier wegen des hohen Preises der Güter stärker negativ bemerkbar¹⁸⁾.

Der Verlauf der Einzelhandelsumsätze hängt von den einzelhandelsrelevanten Ausgaben der Österreicher im Inland und jenen ausländischer Touristen in Österreich ab. Die hauptsächlich einkommensbedingte mäßige Steigerung der Konsumausgaben der Inländer und die Zunahme der Ausgaben ausländischer Touristen in Österreich schlugen sich in einem realen Umsatzzuwachs im österreichischen Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) von 0,8% nieder. Der Geschäftsgang war damit deutlich günstiger als in Deutschland, wo die Umsätze um 2,3% zurückgingen und der Einzelhandel weitere Marktanteile an den Gesamtkonsumausgaben verlor¹⁹⁾. Das Weihnachtsgeschäft

¹⁶⁾ Geldillusion (siehe oben) könnte die Nachfrage stimuliert haben.

¹⁷⁾ Durch Reparaturen kann z. B. der Ersatzzeitpunkt eines Autos flexibler gestaltet werden.

¹⁸⁾ Außerdem hatte der Autohandel gegen Jahresende 2001 den Umsatz durch Verbilligungsaktionen angekurbelt. Diese Nachfrage fehlte 2002.

¹⁹⁾ Dafür spricht, dass sich die realen Umsätze des Einzelhandels deutlich stärker verringerten als die Konsumausgaben.

verlief entgegen ersten Pressemeldungen nicht schlecht: Der Einzelhandel setzte im Dezember laut Statistik Austria – wie vom WIFO prognostiziert – etwas mehr um als 2001 (+0,9%).

Einen relativ guten Geschäftsgang verzeichnete 2002 der Lebensmittelhandel. Neben der geringen Konjunkturabhängigkeit dürfte auch die freiwillige Weiterführung der doppelten Preisauszeichnung durch manche Einzelhandelsketten zur Stabilisierung der Nachfrage beigetragen haben. Die Unsicherheit der Konsumenten in der Folge der Euro-Einführung scheint den Trend zu Diskonten verstärkt zu haben – die Konsumenten kaufen in einer Phase, in der sie die Inflation als hoch empfinden, in relativ preisgünstigen Geschäften ein.

Der Geschäftsgang des Großhandels wird neben der Entwicklung des Konsums auch von jener der Industrieproduktion und des Außenhandels geprägt. Die relativ günstige Entwicklung des Außenhandels ("sonstiger Großhandel") und der Handelsvermittlung hatten zur Folge, dass die Umsätze des Großhandels (ohne Kfz-Handel) im Durchschnitt des Jahres 2002 das Vorjahresniveau um 2,6% übertrafen.

Übersicht 24: Preis- und Beschäftigungsentwicklung im Handel

	Ø 1999/2001		2002					
	Insgesamt	1. Halbjahr	2. Halbjahr	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Preise (Ø 1995 = 100)								
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	+ 1,8	– 0,1	– 0,4	+ 0,2	– 0,2	– 0,6	– 0,3	+ 0,6
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,2
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 2,3	– 0,6	– 1,0	– 0,2	– 0,7	– 1,2	– 0,9	+ 0,5
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	+ 1,0	– 0,2	– 0,2	– 0,2	± 0,0	– 0,3	– 0,4	– 0,1
Beschäftigung								
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	+ 1,2	– 0,6	– 0,1	– 1,0	+ 0,2	– 0,4	– 0,9	– 1,2
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,7	– 0,4	+ 0,6	+ 1,0	± 0,0	– 0,9
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	+ 1,2	– 0,6	– 0,1	– 1,1	+ 0,3	– 0,5	– 0,9	– 1,2
Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	+ 1,2	– 0,7	– 0,3	– 1,1	– 0,1	– 0,6	– 1,1	– 1,2

Q: Statistik Austria.

Die Beschäftigung ging im Handel im Jahresdurchschnitt 2002 um 0,6% zurück; dabei wurden im Kfz-Handel in geringem Ausmaß Arbeitsplätze geschaffen, während der Großhandel (ohne Kfz-Handel) und der Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) ihren Beschäftigtenstand verringerten. Aus der Gegenüberstellung von Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung ergibt sich gemessen am realen Umsatz je Beschäftigten²⁰⁾ ein Produktivitätsanstieg im Handel von 1,8%. Im Einzelhandel betrug der so ermittelte Produktivitätsanstieg 1,5%, im Großhandel 3,2%; im Kfz-Handel nahm die Produktivität nach diesem groben Indikator nicht zu.

Nach den Ergebnissen von Statistik Austria stiegen die Preise im Handel im Jahresdurchschnitt 2002 gemessen an den impliziten Deflatoren nicht. Eine Verteuerung wurde nur im Kfz-Bereich ermittelt.

Michael Wüger (Michael.Wueger@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

Die weltwirtschaftlichen Bedingungen für eine Verlangsamung des Preisauftriebs waren im Jahr 2002 günstig: Die Weltkonjunktur schwächte sich ab, und die Weltmarktrohstoffpreise sanken; allerdings beschleunigte sich im Euro-Währungsraum der Lohnauftrieb, und in einer Reihe von Ländern ging von der Erhöhung indirekter Steuern und administrativer Preise ein Aufwärtsdruck auf die Inflation aus. Dazu kam zu

Nachlassen der Inflation im Jahr 2002

²⁰⁾ Sinnvoller wäre es, die Produktivität nicht pro Kopf, sondern am Arbeitsvolumen (Vollzeitäquivalent) zu messen. Angaben über Vollzeitäquivalente liegen jedoch nicht vor.

Beginn der Jahres 2002 ein Kälteeinbruch in den Mittelmeerländern, der die Preise von Gemüse in die Höhe schnellen ließ.

Übersicht 25: Entwicklung der Preise

	Ø 1992/2002 Jährliche Veränderung in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>			
Dollarbasis	+ 0,9	- 10,9	+ 1,2
Schillingbasis	+ 3,8	- 8,5	- 4,2
Ohne Energierohstoffe	+ 1,1	- 6,4	- 4,9
Nahrungs- und Genussmittel	+ 1,4	- 5,7	+ 3,0
Industrierohstoffe	+ 1,0	- 6,7	- 7,6
Agrarische Industrierohstoffe	+ 0,9	- 7,6	- 7,9
NE-Metalle	+ 1,7	- 9,8	- 0,1
Energierohstoffe	+ 5,5	- 9,4	- 3,8
Rohöl	+ 5,7	- 10,9	- 3,8
<i>Index der Großhandelspreise</i>			
Konsumgüter	+ 0,5	+ 1,5	- 0,4
Investitionsgüter	+ 0,9	+ 2,3	+ 0,4
Intermediärgüter	- 0,5	- 0,2	+ 0,1
	+ 0,4	+ 1,3	- 1,4

Die Konjunkturschwäche und der Rückgang der Rohstoffpreise begünstigten 2002 in Österreich die Preisstabilität.

Nach zwei Jahren kräftigen Preisauftriebs bröckelten die Rohstoffpreise laut HWWA-Index auf Dollarbasis im Jahr 2001 ab und stabilisierten sich im Jahr 2002. Für die heimischen Verarbeiter ergab sich im Durchschnitt des Jahres 2002 infolge der Stärkung des Euro gegenüber dem Dollar sogar eine leichte Verbilligung.

Im Euro-Währungsgebiet ermäßigte sich die Inflation nur geringfügig, von 2,4% im Jahr 2001 auf 2,2% im Jahr 2002. Dieser Rückgang ist hauptsächlich eine Folge der niedrigeren Teuerungsrate für unverarbeitete Nahrungsmittel (+3,1%) und Energie (-0,6%). Für die Preise von Industrieerzeugnissen (ohne Energie) ergab sich im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs von 1,4%, der allerdings in dem Maße abflachte, als Preisschocks aus der Vergangenheit im Zusammenhang mit den Rohölpreisen und dem Verfall des Euro gegenüber dem Dollar abklangen. Die leichte Beschleunigung der Inflation der Dienstleistungen auf 3,1% dürfte sowohl den verstärkten Lohnauftrieb als auch preistreibende Effekte der Euro-Bargeldumstellung widerspiegeln.

Auch im Jahr 2002 gehörte Österreich zu jenen Ländern im Euro-Währungsgebiet, welche die geringste Teuerung aufwiesen.

In Österreich fällt der Preisanstieg schon seit einigen Jahren geringer aus als im Durchschnitt des Euro-Währungsgebietes. Dies gilt auch für 2002. Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex, der für alle EU-Länder vergleichbare Inflationsraten ausweist, betrug die Teuerungsrate im Jahr 2002 1,7%; sie lag um ½ Prozentpunkt unter dem Durchschnitt der Euro-Zone. Österreich gehört damit weiterhin zu jenen Ländern, die das größte Maß an Preisstabilität aufweisen. Lediglich in Deutschland (1,3%) und Belgien (1,6%) wurde eine niedrigere Inflationsrate gemessen.

Laut dem nationalen Verbraucherpreisindex, der nach wie vor zur Analyse der Teuerung in Österreich vorwiegend verwendet wird, ermäßigte sich die Inflationsrate um nahezu 1 Prozentpunkt von 2,7% auf 1,8%²¹⁾.

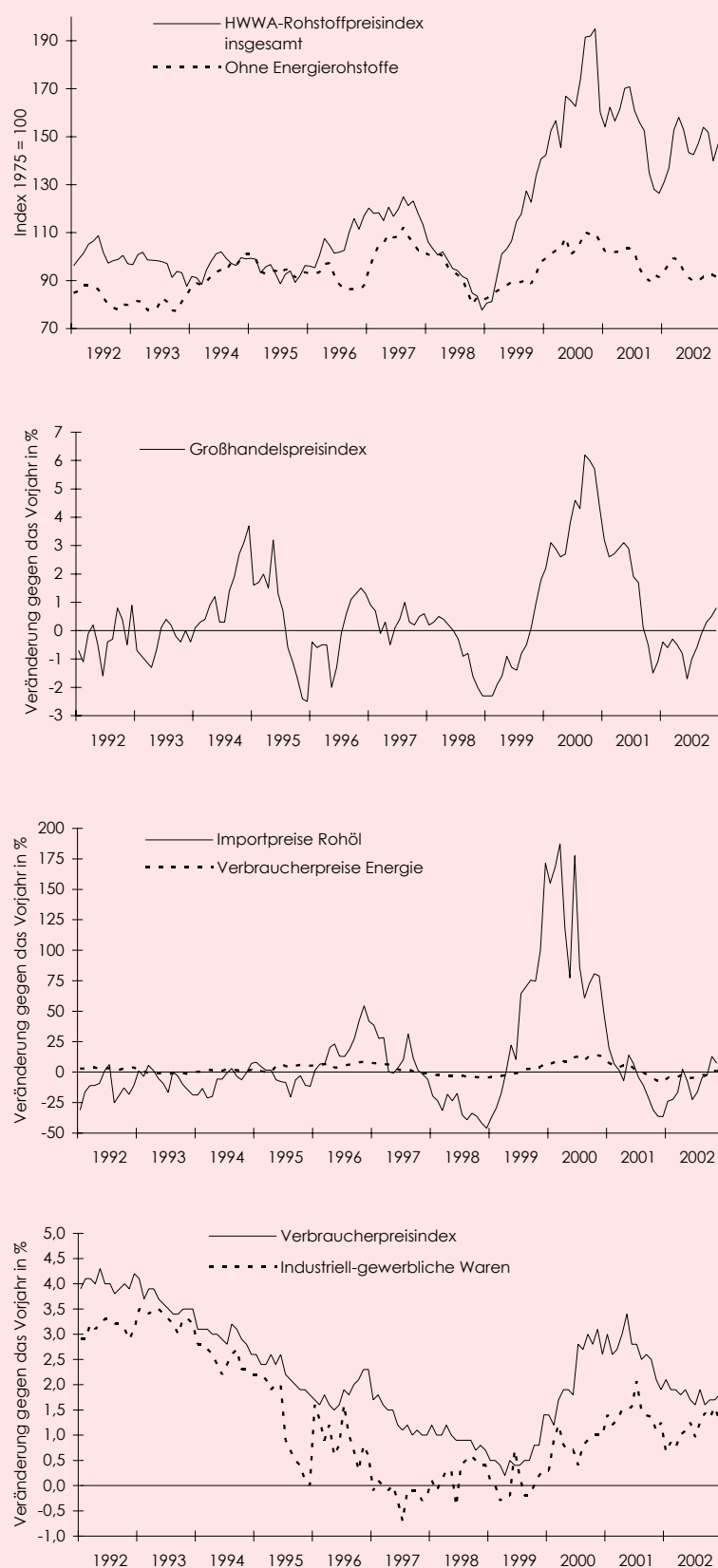
Ähnlich wie im Euro-Währungsgebiet bestimmen in Österreich der Verlauf der Rohstoffpreise, insbesondere der Rohölpreise, sowie die Entwicklung der Lohnkosten – und zwar sowohl in den Haupthandelspartnern als auch in Österreich selbst – von der Kostenseite her den Preisauftrieb. Allerdings wird der Gleichlauf der Entwicklung durch die je nach Land unterschiedliche Veränderung der indirekten Steuern und administrativer Preise erheblich gelockert. Ein Beispiel hierfür sind die Anhebung bzw. Einführung einiger Gebühren in Österreich im Jahr 2001 und das Auslaufen dieser Teuerungseffekte in der Berechnung der Inflationsrate im Jahr 2002: Nachdem die Preise institutioneller Dienstleistungen 2001 um 4,0% erhöht worden waren und einen erheblichen Beitrag zur Teuerungsrate in diesem Jahr geliefert hatten, betrug die Steigerungsrate dieser Preise im Jahr 2002 nur mehr 2,7% (unter Berücksichtigung der

Merklicher Rückgang der Teuerungsrate in Österreich

²¹⁾ Siehe dazu Pollan, W., "Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(12), http://titian.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23245.

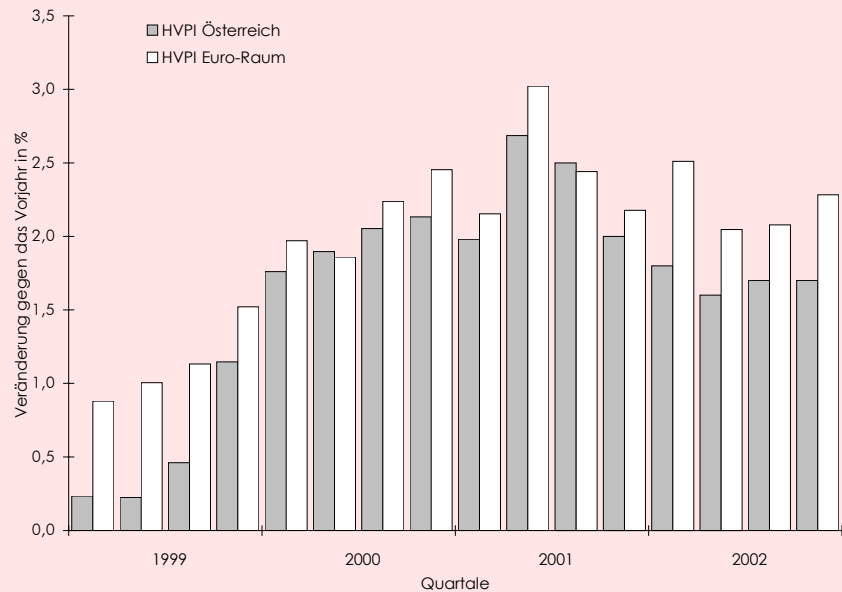
Einführung der Studiengebühren, welche die gesamte Inflationsrate 10 Monate lang um 0,2 Prozentpunkte erhöhte).

Abbildung 10: Entwicklung der Rohstoffpreise



Q: HWWA, Statistik Austria.

Abbildung 11: Verbraucherpreistrends in Österreich und im Euro-Raum



Q: OECD, Statistik Austria.

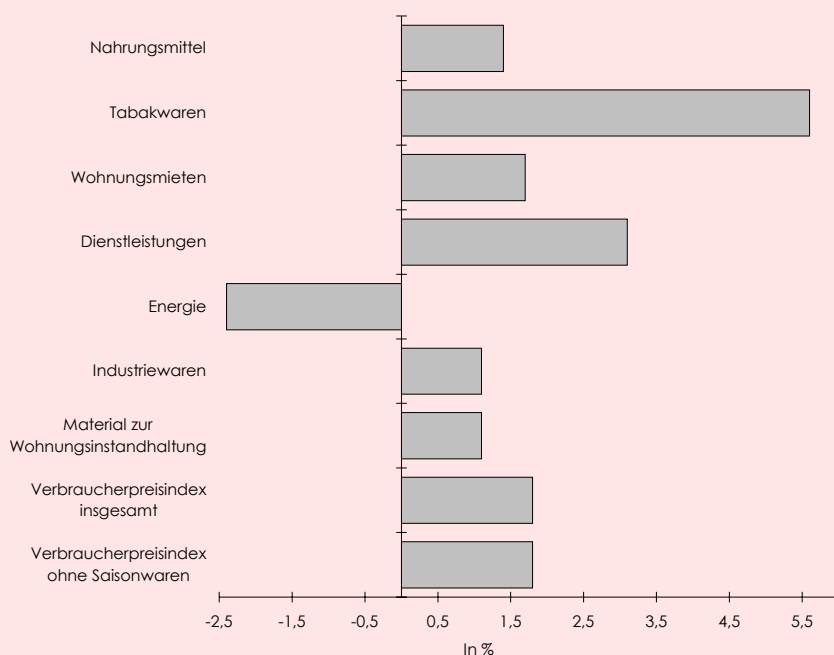
Übersicht 26: Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1992/2002 Jährliche Veränderung in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	.	+ 2,3	+ 1,7
Kerninflationsrate ¹⁾	.	+ 2,3	+ 2,0
Nationaler Verbraucherpreisindex	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,8
Saisonwaren	+ 2,3	+ 7,4	+ 4,3
Verbraucherpreisindex ohne Saisonwaren	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,7
Verbraucherpreisindex ohne Energie	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,1
Verbrauchsgruppen			
Ernährung und Getränke	+ 1,4	+ 3,3	+ 1,8
Tabakwaren	+ 3,2	+ 4,9	+ 5,6
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+ 3,4	+ 2,9	+ 1,9
Beleuchtung und Beheizung	+ 1,6	+ 3,2	- 2,1
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,9
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,1
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+ 1,7	+ 2,3	+ 3,3
Körper- und Gesundheitspflege	+ 2,8	+ 4,4	+ 2,4
Freizeit und Bildung	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,3
Verkehr	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,8
Gliederung nach Warenart			
Nahrungsmittel	+ 1,0	+ 3,1	+ 1,4
Tabakwaren	+ 3,2	+ 4,9	+ 5,6
Industrielle und gewerbliche Waren	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,1
Dienstleistungen	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1
Persönliche Dienstleistungen	.	+ 2,7	+ 3,6
Institutionelle Dienstleistungen ²⁾	.	+ 4,0	+ 2,7
Energie	+ 1,9	+ 0,5	- 2,4
Mieten	+ 4,0	+ 2,8	+ 1,7
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung ³⁾	.	+ 3,8	+ 1,3

¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Einschließlich Abgaben (Gebühren für Wasser, Kanal, Müllabfuhr und Rauchfangkehrer). – ³⁾ Ohne Abgaben.

Abweichungen von der Preisentwicklung im Euro-Währungsgebiet, die zur Dämpfung der Teuerungsrate beitrugen, ergeben sich auch im Bereich der Energiepreise (–2,4%) und der Preise von industriellen und gewerblichen Waren (+1,1%).

Abbildung 12: Teuerungsraten in den wichtigsten Verbrauchsgruppen im Jahr 2002



Q: Statistik Austria.

Seit nahezu zwei Jahren wird die Frage diskutiert, welche Auswirkungen die Einführung des Euro als Bargeld auf die Preise haben könnte. Dahinter stehen die von den Konsumenten geäußerten Befürchtungen, dass der Wechsel von der nationalen Währung zum Euro zum Anlass für Preiserhöhungen genommen werden könnte.

Die Untersuchungen des WIFO²²⁾ zeigen jedoch, dass von einem Preisschub auf breiter Front als Folge der Bargeldumstellung nicht gesprochen werden kann. In einzelnen Bereichen dürfte die Einführung des Euro allerdings zu besonderen Preiserhöhungen genutzt worden sein. Die Gastronomie war eine jener Branchen, welche die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zogen. Anders als in Deutschland und anderen Ländern des Euro-Währungsgebietes gibt es keine Hinweise darauf, dass der Jahreswechsel 2001/02 in Österreich dazu verwendet wurde, die Preise anzuheben. Erst im Sommer und Herbst 2002 traten Preiserhöhungen in Kraft, die als Euro-bedingte Nachzieheffekte interpretiert werden können.

In anderen Dienstleistungsbereichen ähnelte die Entwicklung in Österreich allerdings jener in der Euro-Zone. So wurden die Preise im Friseurgewerbe, von Autoreparaturen und von Installationsdienstleistungen verhältnismäßig stark angehoben; allerdings blieben die Jahresveränderungsraten vorwiegend unter der Marke von 5%.

Besonderes Interesse beansprucht auch die Preisentwicklung der großen Gruppe von Industrieerzeugnissen. Hier war insgesamt zu Beginn des Jahres 2002 eine stabile Entwicklung zu beobachten; die Preissteigerungen blieben um gut ½ Prozentpunkt unter jenen in Deutschland. Dieser Unterschied verkehrte sich in den letzten Monaten des Jahres in das Gegenteil, und die Teuerungsrate lag um ½ Prozentpunkt über jener in Deutschland, allerdings noch immer deutlich unter dem Durchschnitt für das Euro-Währungsgebiet. Diese Entwicklung könnte zum Teil eine verzögerte Reaktion auf die Zurückhaltung in der Preisgestaltung unmittelbar nach der Einführung des Euro als Bargeld gedeutet werden.

Preisentwicklung und die Einführung des Euro

Die Bargeldumstellung von Schilling auf Euro hatte in Österreich keine Teuerungswelle zur Folge.

²²⁾ Pollan, W., "Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(10), http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22883; Pollan, W., "Preisentwicklung und die Einführung des Euro", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(12), http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20965.

Gedämpftes Wachstum und getrübe Konjunkturaussichten drücken Lohnabschlüsse 2002

Die schleppende Erholung der Konjunktur und die anhaltend trüben Aussichten für ganz Europa schlugen sich bei mäßigem Preisauftrieb in der Herbstlohnrunde 2002 deutlich nieder. Die Lohnabschlüsse lagen im Durchschnitt rund $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte unter denen des Vorjahres. Nach dem konjunkturbedingten Verdiensteinbruch und Reallohnneinbußen im Jahr 2001 erreichten 2002 die Arbeitnehmer mit einem Zuwachs der Pro-Kopf-Einkommen wieder leichte Reallohnsteigerungen.

Im Herbst 2001 standen die Lohnverhandlungen unter dem Eindruck hoher Inflationsraten einerseits, andererseits einer nach den Terroranschlägen in den USA labilen Weltkonjunktur und forcierter Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte zur Erreichung des "Nulldefizits".

In diesem schwierigen Umfeld vereinbarten die Tarifparteien für die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie sowie der Elektro- und Elektronikindustrie (die erstmals getrennt verhandelten) eine Anhebung der tarifvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter um 3,0% und der Ist-Löhne und -Gehälter um 2,9%. Für das Metallgewerbe wurden um 3,0% höhere Kollektivvertrags- und um 2,7% höhere Ist-Löhne festgelegt.

Im Handel einigten sich die Tarifparteien auf eine durchschnittliche Erhöhung um 2,51%; für den öffentlichen Dienst wurde schon im Gehaltsgesetz von 2001 für 2002 eine Anhebung der Gehälter um 0,8% beschlossen. Die Abschlüsse der Telekommunikationsanbieter und der Kreditinstitute sahen eine Steigerung um rund 2½% sowie Einmal- bzw. Fixbeträge vor.

Übersicht 27: Lohnrunde 2002

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss Mindestlöhne ¹⁾ Veränderung in %	Ist-Löhne Veränderung in %
Bedienstete			
Öffentlicher Dienst	Jänner	+ 1,1	
Arbeiter			
Metallgewerbe	Jänner	+ 3,0	+ 2,7
Erdölverarbeitung	Februar	+ 2,9	
Druck und Grafik	April	+ 2,9	
Textilindustrie	April	+ 2,6	+ 2,2
Stein- und keramische Industrie	Mai	+ 2,7	+ 2,1
Bauwirtschaft	Mai	+ 2,9	
Bauneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+ 2,6	
Holz- und Sägeindustrie	Mai	+ 2,6	+ 2,4
Chemische Industrie	Mai	+ 3,0	+ 3,0
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+ 2,0	
Glasindustrie	Juni	+ 3,0 ²⁾	
Metallindustrie	November	+ 2,3	+ 2,2 ³⁾
Angestellte			
Handel	Jänner	+ 2,5	
Banken	Februar	+ 2,6	
Holz- und Sägeindustrie	April	+ 2,6	
Versicherungen	April	+ 2,9	
Textilindustrie	April	+ 2,6	+ 2,2
Papierindustrie	November	+ 2,5	+ 2,4 ⁴⁾
Glasindustrie	November	+ 2,0	+ 2,0
Chemische Industrie	November	+ 1,3	+ 1,3 ⁵⁾
Metallindustrie	November	+ 2,3	+ 2,2 ³⁾
Stein- und keramische Industrie	November	+ 2,0	+ 2,0
Papierverarbeitung	November	+ 2,3	+ 2,3

Q: Statistik Austria; Gewerkschaften. – ¹⁾ Laut Tariflohnindex. – ²⁾ Jänner +0,3%, Juni +2,7%. – ³⁾ Einmalzahlung von 110 €, Verteilungsoption: 0,6% der betrieblichen Gehaltssumme, tatsächliches Gehalt mindestens +1,9%. – ⁴⁾ Verteilungsoption: 0,3% der betrieblichen Gehaltssumme, tatsächliches Gehalt mindestens +2,15% oder +40 €. – ⁵⁾ Einmalzahlung von 50 €.

Auch die Abschlüsse seit Jahresbeginn 2002 folgten im Wesentlichen der im Herbst vorgegebenen Linie; die Kollektivverträge der Mineralölindustrie, der Tages- und Wochenzeitungen sowie der Versicherungswirtschaft richteten sich mit Steigerungssätzen zwischen 2,9% und knapp 3,0% eher nach den Vereinbarungen der Industrie.

Für die Angestellten der Sozialversicherungen kam nach schwierigen Verhandlungen Mitte Februar ein mit Jahresbeginn rückwirkender Abschluss von +2,76% für 2002 und +0,9% ab 1. Jänner 2003 zustande; im Jahr 2004 soll die Veränderung der Inflationsrate berücksichtigt werden. Mit 1. April traten neue Kollektivverträge für die An-

gestellten des graphischen Gewerbes (+2,7%) und der Speditionen (+2,5%) in Kraft²³⁾.

Im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft stiegen laut Tariflohnindex 2002 die tariflichen Mindestlöhne mit +2,4% um ¼ Prozentpunkt schwächer als im Jahr 2001. Am niedrigsten war die Steigerung im öffentlichen Dienst (+1,1%). In der Privatwirtschaft nahmen sowohl die Löhne der Arbeiter als auch die Gehälter der Angestellten um 2,7% zu; in der Industrie und in der Geld- und Versicherungswirtschaft stiegen die Mindestlöhne und -gehälter leicht und im Verkehrswesen, dessen Einkommensentwicklung im Vorjahr deutlich zurückgeblieben war, weit überdurchschnittlich (+3,6%). Im Gewerbe und im Handel erhöhten sich die Tariflöhne 2002 mit +2,5% etwa im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, im Tourismussektor (+2,2%) und für die Angestellten der freien Berufe um 2%.

Übersicht 28: Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,5 ¹⁾	+ 2,2 ¹⁾	+ 2,7	+ 2,4
Ohne öffentlichen Dienst	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,7 ¹⁾	+ 2,7 ¹⁾	+ 2,8	+ 2,7
Gewerbe	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5
Baugewerbe	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,8
Industrie	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,9
Handel	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,5
Verkehr	+ 2,1	+ 3,0	+ 1,9 ¹⁾	+ 3,7 ¹⁾	+ 1,9	+ 3,6
Tourismus	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,2
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,8
Freie Berufe	.	.	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,0
Land- und Forstwirtschaft	+12,4 ²⁾	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,7	+ 8,9	+ 2,7
Öffentlicher Dienst	.	.	+ 2,3 ³⁾	+ 1,1 ³⁾	+ 2,3	+ 1,1

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Angestellte und Bedienstete. – ²⁾ Die Entlohnungsmodalitäten wurden im Zuge der Ausgliederung verändert. Kollektivvertragslöhne der Bundesforste 2001 +2,3%. – ³⁾ Bedienstete.

Der Konjunkturunbruch im Jahr 2001 und die zögerliche Erholung im Jahr 2002 spiegeln sich in Form einer negativen Lohndrift in der Einkommensentwicklung: Mit einem Zuwachs von nur 1,4% im Jahr 2001 und 2,2% im Jahr 2002 blieben nach den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Effektivverdienste pro Kopf merklich hinter der Tariflohnentwicklung zurück. Die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme dürfte nach +3¼% im Jahr 2000 in den letzten zwei Jahren um nur rund 2,0% gewachsen sein; die öffentliche Lohnsumme blieb durch Personaleinsparungen und niedrigere Gehaltszuwächse beträchtlich hinter der Entwicklung in der Privatwirtschaft zurück. Trotzdem ergeben vorläufige Schätzungen für die Bruttoreallöhne pro Kopf nach einem Rückgang von rund ½% im Vorjahr 2002 wieder eine leichte Steigerung (+0,3%); die für die Kaufkraft entscheidenden Nettoverdienste dürften aber sowohl 2001 (–1%) als auch 2002 (–½%) gesunken sein.

Im gesamten produzierenden Bereich laut ÖNACE-Gliederung stiegen die Monatsverdienste in beiden Jahren um 2,7%; 2002 fiel der Anstieg in der Sachgütererzeugung und in der Industrie laut Fachverbandsgliederung etwas geringer aus (+2,6%), in der Bauwirtschaft trotz sehr schwacher Baukonjunktur um ½ Prozentpunkt stärker (+3,1%). Mit Ausnahme der Bauwirtschaft wurde aber die Arbeitszeit deutlich reduziert, sodass im übrigen produzierenden Bereich die Stundenverdienste um 3¼% zunahmen.

²³⁾ Eine detaillierte Beschreibung der Kollektivvertragsabschlüsse im Herbst 2001 und im Frühjahr 2002 findet sich in Guger, A., Pollan, W., "Verlangsamung der Inflation im Jahr 2001", in Scheiblecker, M., et al., "Wachstum im Jahresverlauf stetig verlangsamt. Österreichs Wirtschaft im Jahr 2001", WIFO-Monatsberichte, 2001, 75(4), S. 238-239, http://titans.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21738.

Übersicht 29: Effektivverdienste

	2000 In €	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
ÖNACE			
Produzierender Bereich			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.479,40	+ 2,7	+ 2,7
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	14,82	+ 2,7	+ 3,2
Sachgüterproduktion			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.495,91	+ 2,7	+ 2,6
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	14,94	+ 2,8	+ 3,3
Bauwesen			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.240,63	+ 2,8	+ 3,1
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	13,40	+ 2,7	+ 3,0
Industrie (Fachverbandsgliederung)			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.676,01	+ 2,6	+ 2,6
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	15,91	+ 2,8	+ 3,2

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik.

Massenkaufkraft stagniert

Der dämpfende Effekt der Konjunkturschwäche auf die Einkommensentwicklung der letzten zwei Jahre wurde durch Einschränkungen der Sozialtransfers im Gefolge der Budgetkonsolidierung verstärkt: Nachdem im Jahr 2000 die Nettomasseneinkommen vor allem durch eine Steuersenkung und ein umfangreiches "Familienpaket" um 4½% gestiegen waren, nahmen sie in den letzten zwei Jahren aufgrund der geringeren Zuwächse von Löhnen und Transferleistungen um nur 2% pro Jahr zu, sodass nach Berücksichtigung der Inflation die reale Massenkaufkraft 2001 und 2002 stagnierte.

Übersicht 30: Löhne und Einkommen

	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer			
Brutto nominell	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2
Brutto real ¹⁾	+ 0,9	- 0,6	+ 0,3
Löhne und Gehälter insgesamt, brutto	+ 3,8	+ 2,1	+ 1,9
Masseneinkommen, netto²⁾			
Nominell	+ 4,5	+ 1,9	+ 1,9
Real ¹⁾	+ 2,9	- 0,1	+ 0,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Deflationiert mit dem Deflator der Konsumausgaben der privaten Haushalte. – ²⁾ Vorläufige Berechnung.

Herbstlohnrunde 2002

Die Rahmenbedingungen der Herbstlohnrunde 2002 waren durch eine anhaltend schwache Konjunktur mit steigender Arbeitslosigkeit und steigenden Energiepreisen sowie durch hohe Unsicherheit auf den internationalen Finanz- und Energiemärkten und gedrücktes Vertrauen der Konsumenten und Investoren gekennzeichnet.

Wie im Vorjahr verhandelte die Elektro- und Elektronikindustrie getrennt von den anderen Mitgliedern der Tarifgemeinschaft der Metallindustrie und erzielte den ersten Abschluss im Herbst 2002 mit einer Tariflohnsteigerung von 2,3% und einer Ist-Lohnsteigerung von 2,2% sowie einer Einmalzahlung von 85 € (entspricht ¼ Prozentpunkt) und einer Verteiloption, die eine Ist-Lohnerhöhung um 2% vorsieht, wenn in Absprache mit dem Betriebsrat 0,5% der Lohnsumme für individuelle Leistungsanreize verwendet werden. Die Metallindustrie und der Bergbau vereinbarten dieselbe Steigerungsrate mit einer Einmalzahlung von 110 € und einer Verteilungsoption von 0,6% der Lohnsumme. Beide Kollektivverträge wurden für 12 Monate abgeschlossen und traten mit 1. November in Kraft.

Auch für die Angestellten der papierverarbeitenden Industrie wurde eine Erhöhung der tariflichen Mindestgehälter um 2,3% beschlossen, aber für 16 Monate; am 1. März 2004 soll dann ein gemeinsamer Kollektivvertrag mit den Arbeitern der papierverarbeitenden Industrie wirksam werden. Die Arbeiter und Angestellten der Pa-

pierindustrie erzielten für die Mindestlöhne und -gehälter eine Anhebung um 2,45%, für die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter um 2,35%, aber mindestens 40 €; in der Nahrungsmittelindustrie beträgt die Steigerungsrate 2,1% für Tarif- und Ist-Löhne. Anfang November kam für die Brauereibeschäftigten ein Abschluss zustande, der rückwirkend ab 1. September eine Erhöhung der Kollektivvertrags- und der Ist-Löhne um 2,2% sowie eine Einmalzahlung von 125 € vorsieht.

Mit Jahresbeginn 2003 trat ein neuer Kollektivvertrag für die Handelsangestellten mit einer Gehaltssteigerung um 2,1% in Kraft. Noch vor der Nationalratswahl wurde Ende Oktober ein Gehaltsabkommen mit den Bundesbediensteten abgeschlossen. Demnach erhalten die Bundesbediensteten und die Wiener Gemeindebediensteten ab Jahresbeginn 2003 um 2,1% höhere Gehälter (mindestens +30 €), für die anderen Landes- und Gemeindebediensteten gilt eine Rate von +1,8%.

Der Kollektivvertrag der Bediensteten der Geldinstitute sieht ab Februar 2003 um 1,9% plus 6 € höhere Gehälter vor, das entspricht einer Gehaltssteigerung um durchschnittlich 2,23%. Die Mindestlöhne und -gehälter der Elektroversorgungsunternehmen wurden nach Höhe gestaffelt um 2,1% bis 2,3% und die tatsächlichen Sätze um 2,1% angehoben mit einer Einmalzahlung von 170 €; der Kollektivvertrag sieht auch eine Verteilungsoption vor.

Die Tariflöhne der Arbeiter wurden in der papierverarbeitenden Industrie mit März 2003 um 2,12% und im Gewerbe ab April bei absolut unveränderter Überzahlung um 2,05% angehoben. Im April traten auch für den Außendienst der Versicherungswirtschaft um 2,2% höhere Tarifgehälter und für die Arbeiter und Angestellten der Textilindustrie um 2,1% höhere Mindest- und 1,9% höhere Ist-Sätze in Kraft.

Mit 1. Mai 2003 werden für die Holzindustrie sowie das Bauhilfs- und Baunebengewerbe zweijährige Kollektivverträge wirksam; sie sehen sowohl für heuer als auch für 2004 jeweils mit 1. Mai eine Steigerung der Mindestlöhne um 2,1%, in der Holzindustrie eine Steigerung der Ist-Löhne um 2,0% vor.

Alois Guger (Alois.Guger@wifo.ac.at),
Wolfgang Pollan (Wolfgang.Pollan@wifo.ac.at)
Statistik: Eva Latschka (Eva.Latschka@wifo.ac.at),
Annamaria Rammel (Annamaria.Rammel@wifo.ac.at)

Im Gefolge der 2002 anhaltend schwachen Konjunktur sank die Beschäftigung erstmals seit 1996. Die Zahl der unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse (aktiv Beschäftigte, d. h. ohne Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeldbezug und Präsenzdienst) betrug im Jahresdurchschnitt 3.063.500 und war damit um 14.600 oder –0,5% niedriger als 2001. Dieser Rückgang resultierte aus der rückläufigen Beschäftigung von Männern (–16.700 oder –1,0%), während jene von Frauen geringfügig stieg (+2.100 oder +0,2%).

Die Zahl der selbständig Erwerbstätigen (einschließlich Mithelfende) erhöhte sich mit +3.400 relativ stark (+0,9%). Ein Hauptgrund dafür liegt neben der stetigen Zunahme der gewerblichen und freiberuflichen Selbständigkeit in der mäßigen Verringerung der Selbständigenzahl in der Landwirtschaft: Aufgrund der schlechten Beschäftigungsaussichten verbleiben mehr Personen in landwirtschaftlichen Tätigkeiten als bei besseren Arbeitsplatzchancen.

Während die Zahl der aktiv Beschäftigten zurückging, stieg die Zahl der beim Arbeitsmarktservice registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt auf 232.400 und damit um über 28.500. Männer waren davon mit +19.100 oder +16,5% stärker betroffen als Frauen, im Gegensatz zu 2001 nahm jedoch auch die Frauenarbeitslosigkeit kräftig zu (+9.500 oder +10,7%). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich damit von 2001 auf 2002 um 0,8 Prozentpunkte auf 6,9% (Frauen +½ Prozentpunkt auf 6,4%, Männer +1 Prozentpunkt auf 7,2%)²⁴⁾.

Stark zunehmende Arbeitslosigkeit bei sinkendem Beschäftigungsniveau

Die anhaltend schwache Konjunktur des Jahres 2002 zog einen kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Rückgang der aktiven Beschäftigung (bereinigt um Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienern) nach sich. Zudem war die Arbeitsmarktentwicklung durch die Auswirkungen der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes und der Erhöhung des Eintrittsalters für die vorzeitige Alterspension gekennzeichnet.

²⁴⁾ Nach nationaler Definition (registrierte Arbeitslose in Relation zur Summe der unselbständigen Beschäftigung und der registrierten Arbeitslosen).

Übersicht 31: Der Arbeitsmarkt im Überblick

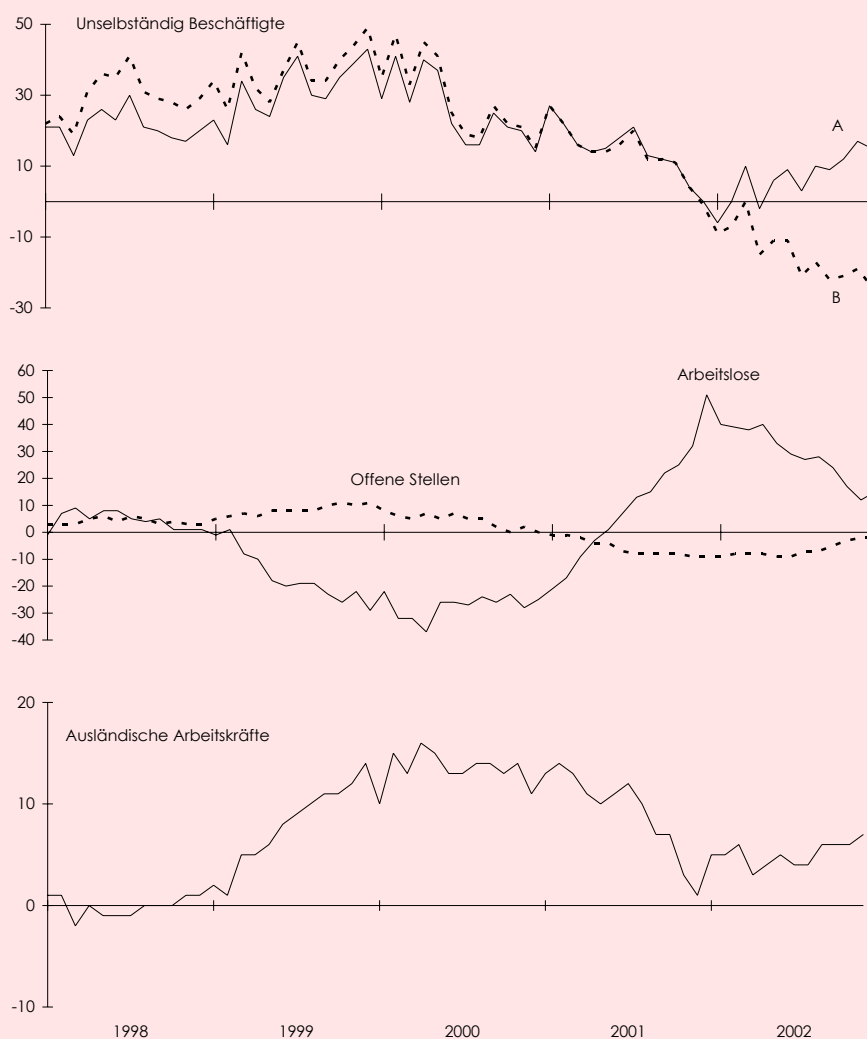
	1998	1999	2000	2001	2002
Erwerbstätige	3,446.600	3,478.800	3,506.500	3,522.500	3,532.900
Männer	1,974.000	1,985.200	1,988.100	1,978.400	1,963.800
Frauen	1,472.600	1,493.600	1,518.400	1,544.000	1,569.100
Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	3,076.700	3,107.900	3,133.700	3,148.200	3,155.200
Männer	1,744.400	1,754.800	1,757.000	1,747.700	1,731.100
Frauen	1,332.300	1,353.100	1,376.700	1,400.400	1,424.100
Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst ¹⁾	2,998.300	3,035.500	3,064.500	3,078.100	3,063.500
Männer	1,732.300	1,742.600	1,744.700	1,735.200	1,718.400
Frauen	1,266.000	1,292.900	1,319.700	1,342.900	1,345.100
Selbständige und Mithelfende ²⁾	369.900	370.900	372.800	374.300	377.700
Männer	229.600	230.400	231.100	230.700	232.700
Frauen	140.300	140.500	141.700	143.600	145.000
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	237.800	221.700	194.300	203.900	232.400
Männer	129.400	121.500	107.500	115.300	134.400
Frauen	108.400	100.200	86.800	88.600	98.000
Erwerbspersonen	3,684.400	3,700.500	3,700.900	3,726.300	3,765.300
Männer	2,103.400	2,106.700	2,095.600	2,093.700	2,098.100
Frauen	1,580.900	1,593.800	1,605.200	1,632.600	1,667.100
In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)					
Erwerbsquote ⁴⁾	67,6	67,6	67,3	67,5	67,9
Männer	76,6	76,5	75,7	75,3	75,2
Frauen	58,5	58,7	58,8	59,5	60,5
Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst ¹⁾	66,1	66,3	66,1	66,2	66,2
Männer	76,1	76,0	75,3	74,8	74,7
Frauen	56,0	56,4	56,7	57,4	57,6
Beschäftigungsquote ⁵⁾	63,2	63,6	63,8	63,8	63,7
Männer	71,9	72,0	71,8	71,1	70,3
Frauen	54,5	55,0	55,7	56,3	56,9
Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst ¹⁾	61,8	62,3	62,5	62,5	62,0
Männer	71,4	71,6	71,4	70,7	69,9
Frauen	52,0	52,7	53,5	54,2	54,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen					
Arbeitslosenquote ³⁾	7,2	6,7	5,8	6,1	6,9
Männer	6,9	6,5	5,8	6,2	7,2
Frauen	7,5	6,9	5,9	5,9	6,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Erwerbspersonen. – ⁵⁾ Erwerbstätige.

Dieser Anstieg der Arbeitslosigkeit ist neben Konjunkturfaktoren auch auf die Ausweitung des Arbeitskräftepotentials zurückzuführen: Das Arbeitskräfteangebot stieg (ohne Karenz- und Kinderbetreuungsgeldbezug sowie Präsenzdienster) um 17.300 (Frauen +13.000, Männer +4.300). Sowohl die Zahl der unselbständig beschäftigten (+5.100 oder +1,6%) als auch jene der arbeitslosen (+5.500 oder +18,0%) Ausländerinnen und Ausländer nahmen im Jahr 2002 weiter zu. Damit trugen ausländische Arbeitskräfte über ein Viertel der Zunahme des Arbeitskräfteangebotes.

Abbildung 13: Der Arbeitsmarkt seit 1998

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



A ... einschließlich Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienner, B ... ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienner. Die Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung wurde durch die Effekte der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes anstelle des Karenzgeldes und der damit verbundenen Ausweitung des Bezugszeitraums überlagert. Die tatsächliche Entwicklung der aktiven Beschäftigung wird durch den Verlauf der Linie B ersichtlich.

Das Arbeitskräfteangebot einschließlich Bezieherinnen und Bezieher von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienner nahm im Jahr 2002 um knapp 39.000 zu. Diese Entwicklung ist jedoch insofern verzerrt, als sie zuvor unselbständig erwerbstätige Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld einbezieht, die für die Dauer des Bezugs jedoch dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen²⁵; Ihre Zahl stieg mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (Anfang 2002) und der damit verbundenen Verlängerung der höchstmöglichen Bezugsdauer erheblich (+21.700 oder +37%). Wird das Arbeitskräfteangebot um Karenz- und Kinderbetreuungsgeldbezug sowie um Präsenzdienner bereinigt, so beträgt die Zunahme der Erwerbspersonen von 2001 auf 2002 lediglich 17.300 und ist damit etwas schwächer als im Jahr davor.

Während die bis Ende 2002 laufende Erhöhung des Zugangsalters zur vorzeitigen Alterspension in einem Anstieg des Arbeitskräfteangebotes resultierte, dämpfte die

Arbeitsangebotseffekte durch Anhebung des Pensionsantrittsalters und Ausweitung der Bezugsdauer für Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld

²⁵ Sind Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, gleichzeitig über der Geringfügigkeitsgrenze beschäftigt, so werden sie sowohl als Beschäftigte als auch als Bezieher bzw. Bezieherinnen von Kinderbetreuungsgeld gezählt.

Ausweitung der Bezugsdauer von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld die Entwicklung des für den Arbeitsmarkt tatsächlich verfügbaren Arbeitskräfteangebotes von Frauen deutlich. Das Arbeitskräfteangebot der Männer wuchs nach dem Rückgang in den letzten zwei Jahren 2002 wieder (+4.300), die Steigerung der Erwerbsbeteiligung der Frauen schwächte sich hingegen beträchtlich ab (2001 +26.800, 2002 +13.000). Damit stagnierte die Erwerbsquote der Männer bei knapp 75%, und jene der Frauen stieg leicht auf knapp 58% (ohne Bezug von Kinderbetreuungsgeld und Präsenzdienst).

Übersicht 32: Der Arbeitsmarkt der Unselbständigen 2002

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1998	3,076.700	+ 21.100	66.800	237.800	+ 4.400	23.100	+ 4.100
Ø 1999	3,107.900	+ 31.200	61.000	221.700	- 16.100	31.200	+ 8.100
Ø 2000	3,133.700	+ 25.800	58.000	194.300	- 27.400	35.500	+ 4.300
Ø 2001	3,148.200	+ 14.400	58.600	203.900	+ 9.600	29.700	- 5.800
Ø 2002	3,155.200	+ 7.000	80.300	232.400	+ 28.500	23.200	- 6.500
2002, Ø I. Quartal	3,091.600	+ 1.500	65.000	278.000	+ 38.900	22.900	- 8.300
Ø II. Quartal	3,155.500	+ 4.400	75.700	210.200	+ 33.800	25.000	- 8.600
Ø III. Quartal	3,224.600	+ 7.200	85.700	197.000	+ 26.600	23.500	- 6.500
Ø IV. Quartal	3,148.900	+ 15.000	94.900	244.400	+ 14.800	21.400	- 2.500

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. Unselbständig Beschäftigte einschließlich Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Präsenzdienster.

Für 55- bis 56-jährige Männer und Frauen ergab sich eine kräftige Zunahme der Erwerbsquote (Frauen von 16,0% im Jahr 2001 auf 18,6% 2002, Männern von 39,1% auf 41,5%). Insgesamt erhöhte sich die Erwerbsquote der Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren dadurch von 27,2% auf 29,8%.

Ein markanter Rückgang der Erwerbsbeteiligung war hingegen für Frauen zwischen 25 und 35 Jahren zu beobachten: Ohne Berücksichtigung von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeldbezug (d. h. ohne gleichzeitige aktive Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit) sank die Erwerbsquote von 68,4% auf 66,3%. Diese Verringerung der Erwerbsbeteiligung jüngerer Frauen bedeutet eine Umkehr des Trends der letzten Jahre und ist im Zusammenhang mit der zunehmenden Dauer von Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit während des Bezugs von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld zu sehen²⁶⁾, die die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit kleinen Kindern bremst.

Hatten sich die Beschäftigungsverluste 2001 auf wenige Wirtschaftsbereiche konzentriert, so bauten im Gefolge der anhaltenden Konjunkturschwäche im Jahr 2002 bereits weite Teile der Wirtschaft Beschäftigung ab. Bei erstmals seit 1996 sinkender Beschäftigtenzahl verzeichneten nicht nur die Sachgütererzeugung und die Bauwirtschaft Arbeitsplatzverluste (lediglich die Chemieindustrie hielt ihren Beschäftigtenstand konstant), sondern auch der Handel (-3.000 Beschäftigungsverhältnisse, -0,6%). In den Dienstleistungsbereichen "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" (-4.000 bzw. -1,8%) und "öffentliche Verwaltung" (-4.800 bzw. -1,0%) ergab sich wie 2001 ein Beschäftigungsrückgang, der wesentlich auf die Strukturanpassung und Privatisierung im Bereich der Postdienste und auf Konsolidierungsmaßnahmen und Verwaltungsreformschritte der öffentlichen Hand zurückzuführen war. Die größten Arbeitsplatzgewinne wurden 2002 in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen (+10.300 bzw. +3,8%), im Gesundheits- und Sozialwesen (+3.700 bzw. +2,3%), im Gaststättenwesen (+2.700 bzw. +1,8%) und im Unterrichtswesen (+1.700 bzw. +1,3%) verzeichnet. In den beiden am stärksten wachsenden Branchen verlangsamte sich jedoch die Wachstumsdynamik gegenüber den letzten Jahren markant, wogegen besonders die Beschäftigung im Gaststättenwesen rascher wuchs als im Jahr 2001.

²⁶⁾ Lutz, H., "Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(3), S. 213-227, http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23661.

Beschäftigungsverluste auch in Dienstleistungsbranchen

Übersicht 33: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen

Jahresdurchschnitt 2002

	Männer			Frauen			Insgesamt		
	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %	Stand Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	16.491	+ 237	+ 1,5	9.369	+ 164	+ 1,8	25.860	+ 401	+ 1,6
Bergbau, Industrie und Gewerbe	674.736	-16.087	- 2,3	205.054	- 7.002	- 3,3	879.789	-23.088	- 2,6
Bergbau, Steine und Erden	11.636	- 186	- 1,6	1.642	+ 48	+ 3,0	13.278	- 137	- 1,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	39.778	- 210	- 0,5	34.079	- 637	- 1,8	73.857	- 847	- 1,1
Textilien, Bekleidung, Leder	13.355	- 972	- 6,8	22.064	- 1.830	- 7,7	35.419	- 2.801	- 7,3
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	58.701	- 953	- 1,6	20.415	- 538	- 2,6	79.116	- 1.491	- 1,8
Chemie, Recycling	42.596	+ 22	+ 0,1	17.760	+ 27	+ 0,2	60.356	+ 49	+ 0,1
Stein- und Glaswaren	22.517	- 748	- 3,2	6.595	- 293	- 4,3	29.112	- 1.041	- 3,5
Erzeugend und Verarbeitung von Metallen	223.565	- 4.192	- 1,8	56.752	- 2.273	- 3,9	280.316	- 6.466	- 2,3
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	29.691	- 1.759	- 5,6	10.731	- 716	- 6,3	40.422	- 2.475	- 5,8
Energie- und Wasserversorgung	23.133	- 1.013	- 4,2	4.471	- 32	- 0,7	27.604	- 1.045	- 3,6
Bauwesen	209.764	- 6.076	- 2,8	30.545	- 758	- 2,4	240.309	- 6.834	- 2,8
Dienstleistungen	1.027.219	- 885	- 0,1	1.130.643	+ 8.977	+ 0,8	2.157.862	+ 8.092	+ 0,4
Handel, Reparatur	240.135	- 2.871	- 1,2	255.377	- 85	- 0,0	495.513	- 2.955	- 0,6
Gaststättenwesen	59.484	+ 1.618	+ 2,8	93.680	+ 1.089	+ 1,2	153.164	+ 2.707	+ 1,8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	172.231	- 3.285	- 1,9	47.818	- 746	- 1,5	220.050	- 4.030	- 1,8
Kredit- und Versicherungswesen	56.676	- 470	- 0,8	53.681	+ 683	+ 1,3	110.357	+ 213	+ 0,2
Unternehmensnahe Dienstleistungen	136.266	+ 5.764	+ 4,4	141.286	+ 4.519	+ 3,3	277.552	+10.283	+ 3,8
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	225.624	- 3.435	- 1,5	239.200	- 1.374	- 0,6	464.824	- 4.809	- 1,0
Unterrichtswesen	43.307	+ 254	+ 0,6	83.104	+ 1.399	+ 1,7	126.410	+ 1.652	+ 1,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	37.279	+ 1.095	+ 3,0	122.419	+ 2.557	+ 2,1	159.698	+ 3.652	+ 2,3
Sonstige öffentliche und private Dienste, extraterritoriale Organisationen	55.897	+ 459	+ 0,8	90.721	+ 1.102	+ 1,2	146.618	+ 1.561	+ 1,1
Private Haushalte	320	- 14	- 4,2	3.357	- 167	- 4,7	3.676	- 182	- 4,7
Präsenzdiener	11.321	- 95	- 0,8	-	-	-	11.321	- 95	- 0,8
Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld	1.301	+ 182	+16,3	79.028	+21.513	+ 37,4	80.329	+21.696	+ 37,0
Insgesamt	1.731.068	-16.646	- 1,0	1.424.094	+23.654	+ 1,7	3.155.161	+ 7.006	+ 0,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Die wachsende Bedeutung des Dienstleistungsbereichs als Arbeitgeber lässt die Nachfrage nach Arbeitskräften in Berufen steigen, die häufig von Frauen ausgeübt werden (z. B. Gesundheitsberufe). Diese Entwicklung begünstigt die zunehmende Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung. Der Anteil der Teilzeitarbeit an allen Beschäftigungsverhältnissen (nach Lebensunterhaltskonzept)²⁷⁾ betrug im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2002 laut Mikrozensus 15,1% (2001 14,4%). Dieser Zuwachs wird weitgehend von einer Zunahme der Teilzeitbeschäftigung von Frauen getragen, deren Teilzeitquote sich von 30,8% auf 31,8% erhöhte (Durchschnitt I. bis III. Quartal 2002).

Ebenfalls weiter gestiegen ist die Zahl der geringfügig Beschäftigten. Im Juli 2002 waren knapp 200.000 Personen geringfügig beschäftigt (+5,9% gegenüber 2001), fast drei Viertel davon Frauen. Rund die Hälfte der geringfügig Beschäftigten bezieht zusätzlich ein voll sozialversicherungspflichtiges Einkommen oder eine Transferleistung aus dem Sozialversicherungssystem (insbesondere wegen Arbeitslosigkeit oder Pension), die anderen gehen nur der geringfügigen Beschäftigung nach und verfügen damit über keine sonstige eigenständige sozialversicherungsrechtliche Absicherung.

Zunahme von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung

²⁷⁾ Erwerbstätigkeit mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Stunden pro Woche.

Übersicht 34: Geringfügig Beschäftigte

Stichtag 1. Juli

	2000 Absolut	2001 Absolut	2002 Absolut	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Männer	50.393	52.269	56.955	+ 3,2	+ 3,7	+ 9,0
Nur geringfügig beschäftigt	18.517	19.805	21.752	- 3,7	+ 7,0	+ 9,8
Eine geringfügige Beschäftigung	18.105	19.396	21.261	- 3,7	+ 7,1	+ 9,6
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	412	409	491	- 4,8	- 0,7	+ 20,0
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	31.876	32.464	35.203	+ 7,7	+ 1,8	+ 8,4
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	15.836	15.395	16.062	- 4,1	- 2,8	+ 4,3
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	4.332	4.444	5.621	+ 101,5	+ 2,6	+ 26,5
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	250	239	258	+ 20,2	- 4,4	+ 7,9
Eigenpension	11.191	12.152	13.001	+ 6,3	+ 8,6	+ 7,0
Mehrere Versicherungsverhältnisse	267	234	261	+ 27,8	- 12,4	+ 11,5
Frauen	131.094	136.182	142.691	+ 2,8	+ 3,9	+ 4,8
Nur geringfügig beschäftigt	73.625	77.790	80.981	- 0,7	+ 5,7	+ 4,1
Eine geringfügige Beschäftigung	69.951	74.072	77.058	- 0,4	+ 5,9	+ 4,0
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	3.674	3.718	3.923	- 5,7	+ 1,2	+ 5,5
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	57.469	58.392	61.710	+ 7,6	+ 1,6	+ 5,7
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	27.464	27.592	28.189	- 3,7	+ 0,5	+ 2,2
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	13.772	13.890	16.068	+ 44,5	+ 0,9	+ 15,7
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	650	716	706	+ 1,2	+ 10,2	- 1,4
Eigenpension	15.171	15.759	16.192	+ 5,9	+ 3,9	+ 2,7
Mehrere Versicherungsverhältnisse	412	435	555	+ 15,7	+ 5,6	+ 27,6
Insgesamt	181.487	188.451	199.646	+ 2,9	+ 3,8	+ 5,9
Nur geringfügig beschäftigt	92.142	97.595	102.733	- 1,3	+ 5,9	+ 5,3
Eine geringfügige Beschäftigung	88.056	93.468	98.319	- 1,1	+ 6,1	+ 5,2
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	4.086	4.127	4.414	- 5,6	+ 1,0	+ 7,0
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	89.345	90.856	96.913	+ 7,7	+ 1,7	+ 6,7
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	43.300	42.987	44.251	- 3,9	- 0,7	+ 2,9
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	18.104	18.334	21.689	+ 55,0	+ 1,3	+ 18,3
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	900	955	964	+ 5,9	+ 6,1	+ 0,9
Eigenpension	26.362	27.911	29.193	+ 6,1	+ 5,9	+ 4,6
Mehrere Versicherungsverhältnisse	679	669	816	+ 20,2	- 1,5	+ 22,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Weiterer kräftiger Anstieg der Arbeitslosigkeit

Nachdem die Arbeitslosigkeit 2001 bereits um 9.600 gestiegen war, wurde im Jahresdurchschnitt 2002 ein weiterer und wesentlich höherer Anstieg um 28.500 (+14%) registriert. Die Arbeitslosenquote erreichte damit 6,9%; jene der Frauen betrug 6,4%²⁸⁾, die der Männer 7,2%.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit betraf Arbeitskräfte aller Branchen. Überdurchschnittlich stieg die Arbeitslosigkeit in den Altersgruppen der über 55-Jährigen und der unter 25-Jährigen. Unter den Männern ab 60 Jahren erhöhte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 2001 auf 2002 um 42,1% (+1.100), unter den Frauen ab 55 Jahren um 42,9% (+2.100). Diese Altersgruppen waren durch die Anhebung des Eintrittsalters für die vorzeitige Alterspension um 1,5 Jahre (Anpassungszeitraum bis Ende 2002) betroffen. Die Arbeitslosenquote der Männer ab 60 Jahren erreichte 11,4%, jene der Frauen zwischen 55 und 59 Jahren 10,8% und lag damit jeweils an der Spitze aller Altersgruppen.

Während der kräftige Zuwachs der Arbeitslosigkeit Älterer mit den Veränderungen im Pensionssystem zusammenhängt, dürfte sich die konjunkturbedingte Verschlechterung der Zugangschancen zum Arbeitsmarkt besonders für Jugendliche ausgewirkt haben, die noch eine geringe Arbeitsmarktbindung aufweisen: Die Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen nahm um 18,4% zu (+5.700). Besonders betroffen war die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen – die Arbeitslosenquoten der 20- bis 24-jährigen Frauen erreichte 7,5%, jene der Männer sogar 9,5%.

Relativ schwach stieg die Arbeitslosigkeit in den Altersgruppen unmittelbar unter jenen, die von der Anhebung des Eintrittsalters für die vorzeitige Alterspension betroffen waren (Frauen zwischen 50 und 54 Jahren +0,7%, Männer zwischen 55 und 59 Jahren +6,8%). Deutlich weniger ungünstig als im Durchschnitt entwickelte sich

²⁸⁾ Ohne Berücksichtigung von Karenz- und Kinderbetreuungsgeldbezug in der Beschäftigung 6,8%.

auch die Arbeitslosigkeit von Frauen zwischen 25 und 29 Jahren (+3,0%) sowie zwischen 30 und 39 Jahren (+7,6%). In diesen Altersgruppen wirkte sich der Rückgang des Arbeitskräfteangebots durch die Neuregelung des Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeldes aus.

Übersicht 35: Ausländische Arbeitskräfte

	Stand	Insgesamt		Anteile an der Gesamt- beschäftigung In %	Vorgemerkte arbeitslose Ausländer		
		Veränderung gegen das Vorjahr			Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
		Absolut	In %			Absolut	In %
Ø 1998	298.600	– 200	– 0,1	9,7	28.500	+ 900	+ 3,4
Ø 1999	306.400	+ 7.800	+ 2,6	9,9	27.200	– 1.300	– 4,4
Ø 2000	319.900	+ 13.400	+ 4,4	10,2	25.800	– 1.500	– 5,3
Ø 2001	329.300	+ 9.500	+ 3,0	10,5	30.600	+ 4.800	+ 18,8
Ø 2002	334.400	+ 5.100	+ 1,6	10,6	36.100	+ 5.500	+ 18,0
2002, Ø I. Quartal	322.400	+ 5.400	+ 1,7	10,4	46.900	+ 8.500	+ 22,0
Ø II. Quartal	336.400	+ 4.000	+ 1,2	10,7	31.900	+ 6.400	+ 25,2
Ø III. Quartal	347.700	+ 4.700	+ 1,4	10,8	26.400	+ 4.600	+ 21,0
Ø IV. Quartal	331.200	+ 6.400	+ 2,0	10,5	39.400	+ 2.600	+ 7,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

Personen ohne Berufsausbildung (d. h. höchstens mit Pflichtschulabschluss) stellen weiterhin 45% der Arbeitslosen. Obwohl die anhaltende Schwäche der Arbeitskräftenachfrage im Jahr 2002 zunehmend auch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit Höherqualifizierter zur Folge hatte, bleiben die Strukturprobleme in der Arbeitslosigkeit erhalten: Während in vielen Bereichen zunehmend Arbeitskräfte mit höherer Qualifikation gesucht werden, haben Arbeitslose überwiegend eine geringe Qualifikation.

Weitere 38% der Arbeitslosen weisen als höchste abgeschlossene Ausbildung einen Lehrabschluss auf. Ihre Arbeitsmarktsituation ist häufig durch den raschen Strukturwandel der Wirtschaft von der Sachgüterproduktion und der Bauwirtschaft (für die ihre Ausbildung adäquat war) hin zu neuen Dienstleistungen beeinträchtigt. Dem Abbau dieser Strukturprobleme muss in den Strategien zur Reduktion der Arbeitslosigkeit besondere Bedeutung zukommen.

Unter den derzeitigen Bedingungen einer gedämpften Wirtschaftsentwicklung werden die Möglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit jedoch vor allem durch das Fehlen von Nachfrage nach Arbeitskräften beschränkt: Wie 2001 nahm die Zahl der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten offenen Stellen 2002 massiv ab (–6.500 oder –22%). Damit kam im Jahresdurchschnitt auf zehn registrierte Arbeitslose eine offene Stelle.

Im Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung (NAP) legt die österreichische Bundesregierung seit 1998 ihre beschäftigungspolitische Strategie fest, die sich an den Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU orientiert. Der österreichische NAP enthält eine breite Palette von Vorhaben und Zielen; für einige Ziele wurden quantitative Indikatoren der Zielerreichung formuliert, die teilweise auch für die Steuerung der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine wesentliche Rolle spielen. Für das Jahr 2002 war die Realisierung der quantitativen Zielvorgaben des NAP vorgesehen.

Folgende Zielvorgaben wurden im NAP festgelegt:

- Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen bis 2002 im Vergleich mit dem Stand 1997,
- Senkung der Arbeitslosenquote auf 3,5% (nach Eurostat),
- Halbierung der Übertrittsquoten²⁹⁾ von Jugendlichen in Langzeitarbeitslosigkeit (über 6 Monate) und jener von Erwachsenen in Langzeitarbeitslosigkeit (über ein Jahr),

Anhaltende Strukturprobleme in der Arbeitslosigkeit bei sinkender Nachfrage nach Arbeitskräften

Aktive Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP)

²⁹⁾ Die Übertrittsquote in Langzeitarbeitslosigkeit weist den Anteil jener Personen aus, die 6 Monate bzw. 1 Jahr nach Eintritt der Arbeitslosigkeit immer noch als arbeitslos vorgemerkt sind.

- Steigerung der Zahl der in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen integrierten Personen auf durchschnittlich 20% der Arbeitslosen (einschließlich Maßnahmenteilnehmer).

Mit dem EU-Beitritt Österreichs und seit dem Wirksamwerden des NAP im Jahr 1999 wurde eine "Aktivierung" der Arbeitsmarktpolitik erreicht. Die Mittelausstattung der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurde verbessert, und die Zahl der Maßnahmen für Arbeitslose nahm zu. Allein die Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Förderungsmaßnahmen schlägt sich seither positiv in den Zielindikatoren des NAP nieder:

Übersicht 36: Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung – Indikatoren für die Arbeitsmarktpolitik

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Zielwert 2002
Anteile in %								
Übertrittsquoten Jugendlicher (15 bis 24 Jahre) in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 6 Monate)								
Insgesamt	9,0	8,7	7,9	4,6	3,5	2,7	3,4	4,5
Männer	7,9	7,7	6,9	4,1	3,2	2,6	3,4	4,3
Frauen	10,5	10,0	9,2	5,2	3,9	2,9	3,5	4,7
Übertrittsquoten Erwachsener (ab 25 Jahre) in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr)								
Insgesamt	6,9	7,4	6,6	4,7	3,8	3,4	3,5	3,5
Männer	5,9	6,5	5,9	4,4	3,6	3,5	3,5	3,2
Frauen	8,3	8,6	7,6	5,1	4,1	3,3	3,5	3,7
Maßnahmenquoten								
Maßnahmenindikator								
Leitlinie 3 insgesamt	10,1	13,6	13,7	17,7	19,8	20,2	19,1	20,0
Leitlinie 3 Männer	9,0	12,0	12,0	15,1	16,8	17,2	16,7	18,0
Leitlinie 3 Frauen	11,4	15,6	15,6	20,6	23,2	23,8	22,2	22,8

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Im Jahr 2001 wurden bereits knapp mehr als 20% der Arbeitslosen³⁰⁾ in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfasst. Mit dem raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit und der nur langsam zunehmenden Ausweitung der Maßnahmen sank diese Quote 2002 auf 19,1% und blieb damit etwas unter dem Zielwert von 20%.

Obwohl durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit die Übertrittsquoten in Langzeitarbeitslosigkeit wieder zu steigen begannen, blieben sie sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene unter den Zielwerten für 2002 (sodass die Zielvorgaben erreicht wurden). Lediglich für erwachsene Männer konnte die Übertrittsquote des Jahres 1997 bis 2002 nicht halbiert werden.

Auch das Ziel, die Arbeitslosenquote (laut Eurostat) auf 3,5% zu senken, wurde nicht erreicht: Sie stieg 2002 im Vorjahresvergleich deutlich von 3,6% auf 4,3%. Wider Erwarten wurde auch das Beschäftigungsziel, im Vergleich zum Stand 1997 100.000 Arbeitsplätze zu schaffen, nicht realisiert. Weil die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten 2002 um 14.600 sank, beträgt der kumulierte Zuwachs der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse gegenüber dem Stand von 1997 nun lediglich 95.000. Zudem hat sich die Teilzeitquote seit 1997 von 26,1% auf voraussichtlich 31,8% im Jahr 2002 erhöht. Dem Beschäftigungsanstieg steht somit ein Rückgang geleisteten Arbeitszeit pro Arbeitsplatz gegenüber.

Sehr allgemeine Ziele wie jenes der Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen innerhalb von fünf Jahren hängen jedoch auch stark vom Konjunkturverlauf ab, sodass ihre Erreichung oder Nichterreichung kaum dem Erfolg oder Misserfolg politischer Handlungen zugeschrieben werden kann. Hier müsste die Zahl der entstandenen Arbeitsplätze gegenüber einer Vergleichssituation ohne Konjunkturfälle beurteilt werden.

³⁰⁾ Arbeitslose einschließlich Lehrstellensuchende sowie Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Übersicht 37: Die Arbeitslosigkeit 2002

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1998	129.400	+ 900	108.400	+ 3.600	237.800	+ 4.400
Ø 1999	121.500	- 7.900	100.200	- 8.100	221.700	- 16.100
Ø 2000	107.500	- 14.000	86.800	- 13.400	194.300	- 27.400
Ø 2001	115.300	+ 7.800	88.600	+ 1.800	203.900	+ 9.600
Ø 2002	134.400	+ 19.100	98.000	+ 9.500	232.400	+ 28.500
2002, Ø I. Quartal	178.000	+ 25.300	100.000	+ 13.700	278.000	+ 38.900
Ø II. Quartal	114.500	+ 21.500	95.700	+ 12.300	210.200	+ 33.800
Ø III. Quartal	104.100	+ 17.700	92.900	+ 9.000	197.000	+ 26.600
Ø IV. Quartal	140.900	+ 11.800	103.600	+ 3.000	244.400	+ 14.800

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die im NAP festgelegten quantitativen Zielerreichungsindikatoren wären sowohl auf ihre Aussagekraft als auch auf ihre Wirkung auf den Maßnahmeneneinsatz hin zu hinterfragen. So misst die Übertrittsquote in Langzeitarbeitslosigkeit lediglich die Unterbrechung einer Arbeitslosigkeitsepisode, nicht jedoch ob die Integration in den Arbeitsmarkt verbessert wurde oder ob der Mitteleinsatz für die Maßnahmen effizient war. Die Übertrittsquote ist zudem direkt von der Umsetzung und nicht nur vom Erfolg arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beeinflusst: Schon eine längere Unterbrechung der Arbeitslosigkeit durch eine Maßnahmenteilnahme wird als Verhinderung des Übertritts in Langzeitarbeitslosigkeit erfasst.

Eine stärkere Ausrichtung der Indikatoren für die Erreichung beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Ziele auf die Wirkungen der Maßnahmen könnte nicht nur die Erfassung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt verbessern, sondern auch eine stärkere Orientierung der mit der Maßnahmenumsetzung betrauten Institutionen an den Effekten der Maßnahmen ermöglichen. In der Diskussion zur Reform der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland kritisiert das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)³¹⁾: "... es genügt nicht, den 'Erfolg' einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme danach zu bewerten, wie viele Personen das jeweilige Projekt durchlaufen und wie viele von ihnen danach (vorübergehend) Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt gefunden haben. Damit wird nur ein fundamentales Missverständnis des zugrunde liegenden Evaluationsproblems offenbart: ... Angestrebt wird eine an den Wirkungen und an der Effizienz orientierte Beurteilung der arbeitsmarktpolitischen Interventionen, die zudem eine enge Rückkoppelung mit den Planungs- und Umsetzungsprozessen der Maßnahmen aufweist.

Helmut Mahringer (Helmut.Mahringer@wifo.ac.at)
Statistik: Christine Braun (Christine.Braun@wifo.ac.at)

In der Sachgütererzeugung hat sich im Jahr 2002 der Konjunkturabschwung von 2001 weiter verschärft. Wesentlicher Auslöser war das Ausbleiben von Nachfrage wichtiger Handelspartner im Ausland. Nach Zuwachsraten zwischen 5% und 17% in den Jahren davor stiegen die Exporte zuletzt um nur 3% und konnten die fehlende Dynamik der Inlandsnachfrage nicht mehr kompensieren. Der anhaltende Konjunkturreinbruch wirkte sich negativ auf Produktion und Beschäftigung sowie Cash-Flow und Investitionsbereitschaft der Unternehmen aus.

Mit einer realen Steigerung der Produktion von 0,1% fiel im Jahr 2002 die Entwicklung der Sachgütererzeugung hinter das geringe gesamtwirtschaftliche Wachstum zurück. War im Jahr davor trotz schwacher Konjunktur (Produktion +1,2%) der Mitarbeiterstand noch gehalten worden, so veranlasste die überraschend lang andauernde Nachfrageschwäche die Unternehmen nunmehr dazu, ihre Belegschaft zu verringern. Bei einem Wachstum der Stundenproduktivität um 3,6% gingen die Zahl der Beschäftigten um 2,5% und die geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten um 0,9% zu-

Konjunkturreinbruch in der Sachgüter- erzeugung

³¹⁾ IZA, "Reform der aktiven Arbeitsmarktpolitik – Evaluation unverzichtbar", IZA Compact, 2001.

rück. Insgesamt wurde mit knapp 600.000 Beschäftigten eine nominelle Wertschöpfung von 42 Mrd. € produziert. Die durchschnittliche Wertschöpfung je Mitarbeiter erreichte 70.000 €. Der Anteil der Sachgütererzeugung an der Entstehung des Bruttoinlandsproduktes betrug nominell 20,6%, an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung 19,0%.

Übersicht 38: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Abteilungen nach ÖNACE 2002

	Produktion je Arbeitstag		Beschäftigung		Produktivität ¹⁾		Bruttolohn- und -gehaltssumme		Arbeitskosten ²⁾	
	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke	124,5	+ 3,1	60.775	- 0,4	128,8	+ 3,5	1.593,8	+ 1,8	84,6	- 1,2
Tabakverarbeitung	209,3	+ 30,2	1.125	+ 5,5	212,1	+ 23,4	57,3	+ 11,9	60,2	- 14,1
Textilien und Textilwaren	95,3	+ 0,0	16.225	- 5,6	121,5	+ 5,9	441,7	- 2,6	98,9	- 2,6
Bekleidung	49,2	- 6,8	8.202	- 8,9	84,2	+ 2,3	162,4	- 6,5	138,6	+ 0,4
Ledererzeugung und -verarbeitung	93,3	- 15,5	5.694	- 2,5	113,1	- 13,3	116,2	+ 1,4	104,0	+ 20,0
Be- und Verarbeitung von Holz	138,1	+ 3,0	26.714	- 2,4	163,9	+ 5,5	686,3	+ 0,6	73,5	- 2,3
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	120,1	+ 3,7	17.361	+ 0,9	124,4	+ 2,8	627,7	+ 3,7	98,0	- 0,0
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	145,9	+ 0,4	21.321	- 3,9	146,1	+ 4,5	812,7	+ 0,6	83,1	+ 0,2
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	99,9	- 13,7	2.202	- 1,4	143,2	- 12,5	155,4	- 1,6	88,1	+ 14,0
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	144,0	+ 5,7	23.535	+ 3,2	150,1	+ 2,4	906,3	+ 4,6	76,8	- 1,0
Gummi- und Kunststoffwaren	125,2	- 2,9	25.615	- 5,1	117,2	+ 2,4	797,5	- 0,1	102,5	+ 2,9
Glas, Waren aus Steinen und Erden	101,0	- 4,8	32.112	- 0,6	104,3	- 4,2	1.061,6	+ 1,5	105,4	+ 6,6
Metallerzeugung und -bearbeitung	134,5	- 0,9	31.307	- 1,9	141,0	+ 1,0	1.143,4	- 1,5	83,6	- 0,6
Metallerzeugnisse	136,6	- 1,4	54.919	- 2,0	124,1	+ 0,6	1.678,7	+ 0,7	96,0	+ 2,2
Maschinenbau	173,8	+ 13,7	70.465	+ 3,5	158,0	+ 9,9	2.431,3	+ 4,6	75,7	- 8,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	659,8	- 5,6	841	+ 10,9	311,5	- 14,9	23,6	+ 19,2	29,6	+ 26,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	203,0	- 14,8	26.294	- 0,8	220,1	- 14,1	880,1	+ 1,9	55,3	+ 19,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	116,3	- 10,6	25.077	- 12,9	140,3	+ 2,6	1.103,6	- 11,0	87,4	- 0,4
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	164,9	+ 6,5	11.733	+ 1,6	171,1	+ 4,8	397,9	+ 10,7	77,5	+ 3,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile	203,9	- 2,1	28.245	- 1,8	166,8	- 0,2	987,8	+ 2,3	74,1	+ 4,4
Sonstiger Fahrzeugbau	179,6	+ 44,7	5.800	+ 11,3	145,7	+ 30,1	234,4	+ 14,2	76,3	- 21,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	115,5	- 8,1	33.480	- 5,6	145,0	- 2,7	842,8	- 1,8	86,3	+ 6,9
Sachgütererzeugung	137,9	- 0,1	529.041	- 1,7	143,2	+ 1,7	17.142,5	+ 0,9	83,5	+ 1,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Produktion je Beschäftigten. – ²⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme je Produktionseinheit.

Der Konjunkturverlauf ließ zu Jahresbeginn optimistische Erwartungen über eine rasche Konjunkturerholung zu. Als bis Mitte des Jahres diese Erwartungen nicht erfüllt wurden, wechselte die Stimmung und wird seither von zögerndem Zuwarten geprägt. Am deutlichsten zeigt sich diese Unsicherheit in den Investitionsplänen der Unternehmen. Nach jüngsten Hochschätzungen im Rahmen der WIFO-Investitions-erhebung lagen die Bruttoanlageinvestitionen in der Sachgütererzeugung 2002 um 9,6% unter dem Vorjahresergebnis. Daraus resultiert für das Jahr 2002 ein Niveau von 6,6 Mrd. €. Obwohl die derzeit bekannten Pläne für das Jahr 2003 einen Zuwachs von 5,7% anzeigen, bleiben die meisten Unternehmen noch sehr zurückhaltend. Ohne Berücksichtigung einzelner Großprojekte in der Kfz-Branche ergäbe sich für das laufende Jahr ein weiterer Rückgang um 1,8%.

In Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen war das Jahr 2002 von rückläufigen Rohstoffpreisen und einem Rückgang der Lohnstückkosten charakterisiert. Der Preisindex der Industrierohstoffe (auf Euro-Basis) sank 2002 um 7,6%. Die relativen Lohnstückkosten verringerten sich gegenüber den Handelspartnern um 1,1%. Absolut gingen sie um 0,2% zurück. Der Index des real-effektiven Wechselkurses stieg etwas (+0,8%), d. h. gegenüber den Handelspartnern ergab sich eine leichte Aufwertung. Die Konjunktursituation beeinträchtigte aber auch die Entwicklung der Selbstfinanzierungskraft in der Sachgütererzeugung, die sich nach jüngsten Schätzungen 2002 mit einer durchschnittlichen Cash-Flow-Quote von 9,8% merklich verschlechterte. Im Jahr 2001 war die Ertragslage trotz des Konjunktüreintrucks mit ei-

ner Cash-Flow-Quote von 11,3% noch ungewöhnlich günstig gewesen, sodass sich insgesamt ein markanter Rückgang um 1,5 Prozentpunkte ergibt.

Übersicht 39: Subjektive Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit

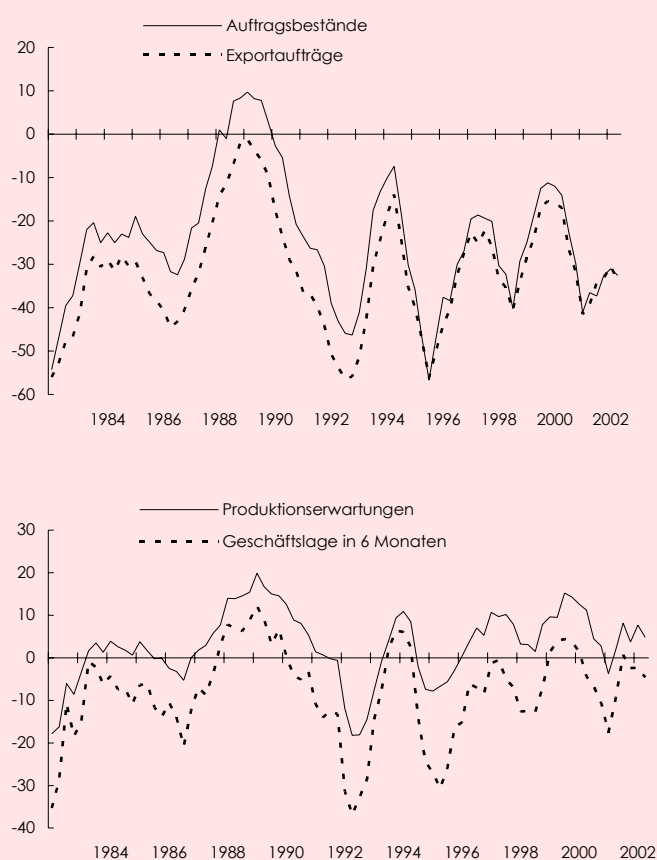
Nach ÖNACE-Obergruppen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Salden aus positiven und negativen Antworten in Prozentpunkten Auf Märkten außerhalb der EU					
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 7,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 11,2	+ 5,9	+ 3,7
Vorprodukte	+ 9,6	+ 3,3	+ 1,4	+ 12,5	+ 6,3	+ 3,9
Kraftfahrzeuge	+ 3,7	+ 5,9	- 3,1	+ 2,6	+ 3,5	- 8,1
Investitionsgüter	+ 8,5	+ 6,4	+ 2,0	+ 13,0	+ 7,9	+ 7,1
Dauerhafte Konsumgüter	+ 9,3	+ 4,6	+ 1,3	+ 12,5	+ 0,7	- 1,2
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,8	+ 2,5	- 0,5	+ 5,3	+ 3,7	+ 6,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 1,8	- 0,5	- 2,3	+ 8,6	+ 4,8	+ 0,4
	Auf dem EU-Markt					
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 3,9	+ 4,8	+ 0,8	+ 9,1	+ 3,5	+ 1,1
Vorprodukte	+ 5,5	+ 3,0	- 0,3	+ 9,6	+ 2,0	+ 1,4
Kraftfahrzeuge	+ 10,4	+ 16,8	+ 7,8	+ 15,5	+ 4,7	- 10,4
Investitionsgüter	+ 1,9	+ 7,8	+ 5,7	+ 13,4	+ 8,0	+ 5,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,2	+ 3,8	+ 2,7	+ 5,7	+ 0,6	- 2,7
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 7,9	+ 8,1	+ 4,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 1,6	+ 6,8	- 3,3	+ 3,2	+ 1,3	- 4,3

Q: WIFO-Konjunkturtest.

Abbildung 14: Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

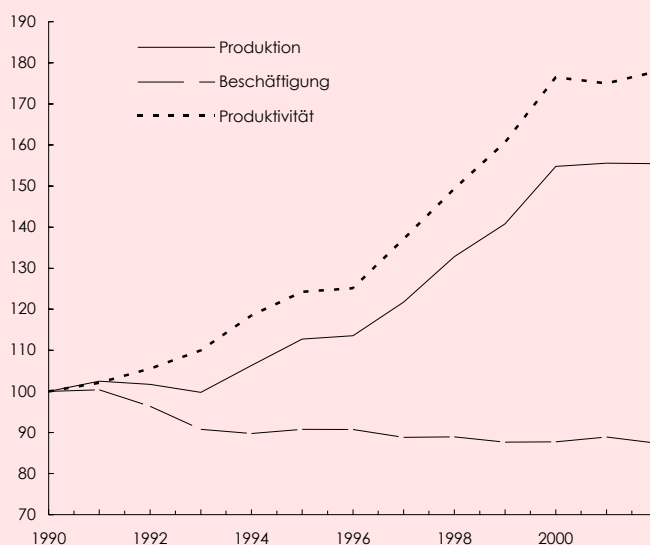
Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen positiver und negativer Meldungen



Q: WIFO-Konjunkturtest.

In der subjektiven Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit war der Saldo aus optimistischen und pessimistischen Antworten 2002 insgesamt noch positiv. Das gilt sowohl für den EU-Markt – hier nahm der Saldo in den letzten zwei Jahren aber beträchtlich ab – als auch auf Märkten außerhalb der EU, für die trotz rückläufiger Tendenz die optimistischen Antworten deutlich überwiegen. Vor allem die Hersteller von Investitionsgütern sowie von Nahrungs- und Genussmitteln sind optimistisch, während sich die Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Kraftfahrzeughersteller und Produzenten dauerhafter Konsumgüter auf beiden Märkten von einem positiven in einen negativen Saldo gedreht hat. Auf dem EU-Markt gilt das auch für die Erzeuger nichtdauerhafter Konsumgüter.

Abbildung 15: Produktion, Beschäftigung und Produktivität im Sachgüterbereich
Gleitender Vierquartalsdurchschnitt, 1995 = 100



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 40: Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Produktion real ¹⁾	+ 5,8	+ 1,6	+ 4,3	+ 4,8	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 0,1
Beschäftigte ²⁾	.	- 3,0	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5
Stundenproduktivität ³⁾	+ 5,7	+ 4,3	+ 5,9	+ 4,6	+ 4,5	+ 6,6	+ 1,4	+ 3,6
Relative Lohnstückkosten ⁴⁾	+ 3,0	- 1,7	- 4,8	- 1,2	- 2,1	- 5,4	- 0,2	- 1,1
Warenexporte (SITC 5 bis 8)	+ 13,2	+ 5,2	+ 16,9	+ 8,8	+ 6,3	+ 14,8	+ 6,1	+ 3,0

Q: WIFO-Prognose, März 2003; WIFO-Datenbank. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, real. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁴⁾ In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Michael Peneder (Michael.Peneder@wifo.ac.at)

Statistik: Dagmar Guttmann (Dagmar.Guttmann@wifo.ac.at)

Leichte Stabilisierung in der Bauwirtschaft

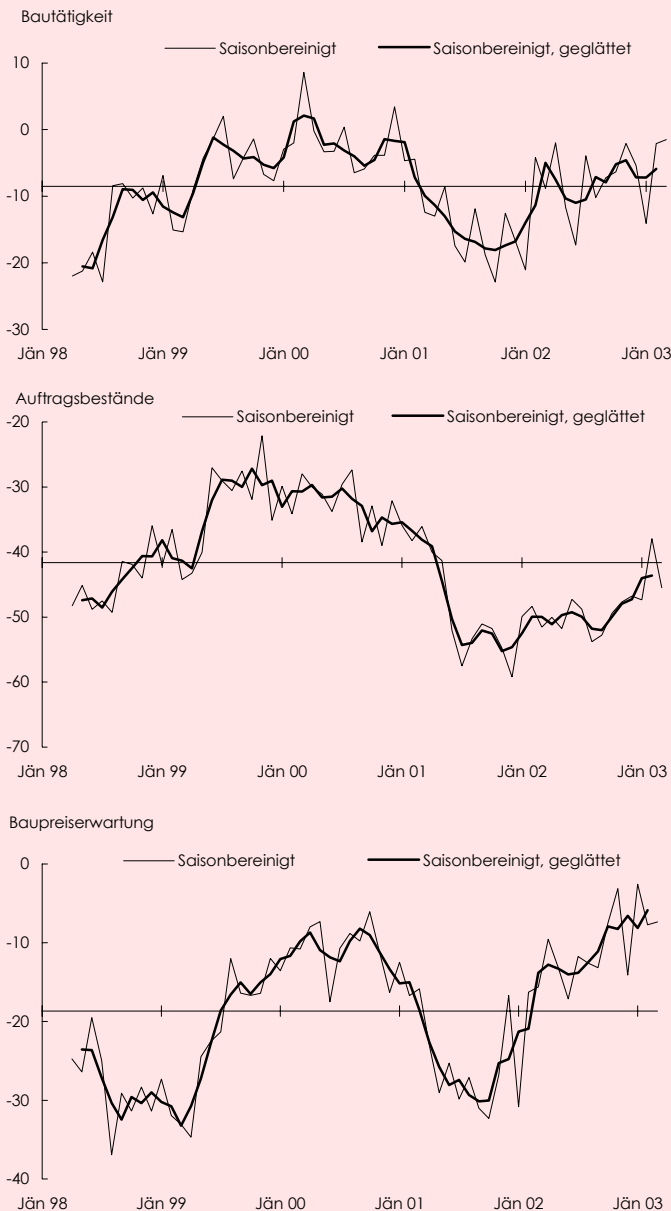
Nach dem starken Rückgang im Jahr 2001 hat sich die reale Wertschöpfung der Bauwirtschaft 2002 stabilisiert, sie stieg im Jahresdurchschnitt um 0,2%. Der Konjunkturverlauf war dabei sehr unterschiedlich: Zu Jahresbeginn ging die reale Bauproduktion zurück, in den Sommermonaten trat eine Erholung ein, die allerdings durch die Hochwasserkatastrophe im III. Quartal unterbrochen wurde. Gegen Ende des Jahres 2002 zeichnete sich eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau ab. Der Tiefbau entwickelte sich aufgrund der verstärkten Infrastrukturmaßnahmen deutlich besser als der Hochbau – die Wohnungsneubautätigkeit war gering, der Industrie- und Ingenieurbau schrumpfte bedingt durch die Schwäche der Gesamtwirtschaft. Auch

das Baunebengewerbe, insbesondere das Aufbaugewerbe, erlitt beträchtliche Produktionseinbußen.

Die schwache Baukonjunktur verschärfte die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter. Die Zahl der Baubeschäftigten sank im Jahresdurchschnitt 2002 um rund 7.000, nach -10.000 im Jahr 2001. Im Jahresmittel waren rund 43.000 Bauarbeiter arbeitslos, um 8% mehr als im vorangegangenen Jahr.

Die Bauwirtschaft war 2002 von einem ungleichmäßigen Konjunkturverlauf geprägt: Nach dem Rückgang zu Jahresbeginn zeichnete sich in der zweiten Jahreshälfte eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau ab. Der Tiefbau entwickelte sich dank der verstärkten Infrastrukturaufträge der öffentlichen Hand besser als der Hochbau. Die Wohnbautätigkeit war weiterhin schwach, das Baunebengewerbe erlitt beträchtliche Einbußen.

Abbildung 16: Konjunktureinschätzung in der Bauwirtschaft



Q: WIFO-Konjunkturtest in Kooperation mit der EU (DG II/4). Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen positiver und negativer Meldungen der Unternehmen. Gleitender Durchschnitt ... Monatsdurchschnitt.

Der WIFO-Konjunkturtest spiegelt die unbefriedigende Entwicklung der Bautätigkeit im vergangenen Jahr wider. Nach den Meldungen der Bauunternehmen stabilisierte sich die Bautätigkeit gegen Jahresende etwas. Der starke Beschäftigungsabbau dürfte im vergangenen Jahr zu Ende gegangen sein, die Bauunternehmen planen im Laufe des Jahres 2003 keine vergleichbare Verringerung ihrer Belegschaft.

Die Zulieferindustrie und die Baustoffproduktion litten 2002 unter dem konjunkturbedingten Nachfrageausfall. Der reale Produktionswert der Stein- und keramischen In-

dustrie sank im Jahresdurchschnitt um 0,2%. Die Holzverarbeitende Industrie schrumpfte um 4,4% und die Glasindustrie um 0,2%.

Übersicht 41: Produktionswert des Bauwesens

	2001	2002	2002			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bauwesen insgesamt, laut ÖNACE ¹⁾	- 2,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	- 0,7
Hoch- und Tiefbau	- 4,4	+ 3,7	+ 1,6	+ 6,5	+ 1,5	+ 4,5
Baunebengewerbe ²⁾	- 0,2	- 3,3	+ 1,1	- 0,1	- 4,2	- 7,1
Laut GNACE ³⁾	- 2,9	+ 1,7	+ 0,6	+ 6,4	+ 0,6	- 0,6
Hochbau	- 4,0	- 0,6	- 1,9	+ 5,7	+ 1,0	- 6,5
Wohnhaus- und Siedlungsbau	- 9,7	- 1,8	+ 2,6	- 0,3	+ 1,1	- 8,8
Nichtwohnbau ⁴⁾	+ 1,6	+ 0,2	- 6,7	+ 12,0	+ 1,5	- 6,1
Adaptierungen im Hochbau	- 4,8	± 0,0	+ 0,5	+ 3,6	- 0,1	- 3,4
Tiefbau	- 1,4	+ 5,7	+ 5,5	+ 7,8	+ 0,8	+ 9,0
Straßen-, Brücken- und Tunnelbau	+ 1,1	+ 9,6	+ 22,5	+ 13,7	- 1,0	+ 14,4
Spezialbau und sonstiger Tiefbau	- 1,6	+ 4,7	+ 6,7	+ 3,1	+ 2,0	+ 7,9

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Klassifikation laut EU. Wert der abgesetzten Produktion. – ²⁾ Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – ³⁾ Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Spartengliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – ⁴⁾ Industrie- und Ingenieurbau, sonstiger Hochbau.

Nach den jüngsten Konjunkturtestmeldungen vom März 2003 dürfte sich zwar die Auftragslage in der Bauwirtschaft gebessert haben, die laufende Bautätigkeit wird aber weiter als sehr schwach eingeschätzt. Mit Beginn der Bausaison 2003 wird mit einer leichten Belebung gerechnet. Die Investitionsbereitschaft ist allerdings vor dem Hintergrund der fehlenden Konjunkturdynamik und des Irak-Kriegs vor allem im Industrie- und Gewerbebau sehr gering, und auch im privaten Wohnbau wird zurückhaltend geplant. Die Verschuldungsbereitschaft, insbesondere für den Wohnbau, ist aufgrund der unsicheren allgemeinen Wirtschaftslage sehr gedämpft.

Übersicht 42: Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt

Zu Preisen von 1995

	Bauwesen	Bruttoinlandsprodukt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1998	+ 3,9	+ 3,9
1999	+ 1,3	+ 2,7
2000	+ 1,2	+ 3,5
2001	- 4,8	+ 0,7
2002	+ 0,2	+ 1,0
2003	+ 1,2	+ 1,1
2004	+ 1,5	+ 1,7

Q: WIFO-Prognose vom März 2003.

Umsätze in der Bauwirtschaft leicht gestiegen

Die nominellen Umsätze der Bauwirtschaft erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2002 laut Konjunkturstatistik GNACE um 1,7%, laut ÖNACE um 0,8% (Statistik Austria). Besonders große Einbußen erlitt das Baunebengewerbe. Die Umsätze sanken in dieser Bausparte um 3,3%; das war der stärkste Rückgang seit 1997.

Die einzelnen Bausparte schnitten gemessen an der technischen Produktion (GNACE) sehr unterschiedlich ab. Der Hochbau war mangels Wohnbaunachfrage und wegen der geringen Bautätigkeit im Industrie- und Gewerbebau mit -0,6% rückläufig. Der Tiefbau erzielte dank der regen Aktivitäten im Tunnelbau, Straßen- und sonstigen Tiefbau einen Umsatzzuwachs von 5,7%. Im Wohnhaus- und Siedlungsbau haben sich die Umsätze im Laufe des Jahres stabilisiert. Im Winter verstärkten sich aber die Schwankungen und Umsatzeinbußen. Der Industrie- und Ingenieurbau wurde durch die allgemeine Konjunkturschwäche und den drohenden Irak-Krieg beein-

trächtig, die nominelle Bauproduktion ging um ein Viertel zurück (knapp –22,2%). Der sonstige Hochbau hingegen setzte um rund 10% mehr um als im Vorjahr. Dies ist vor allem auf die Fertigstellung von Bürohäusern, insbesondere im Raum Wien, zurückzuführen. Die Nachfrage nach Adaptierungsleistungen war im Wohnbau und im Hochbau insgesamt sehr schwach: Das Umsatzwachstum kam im Jahresdurchschnitt zum Stillstand ($\pm 0,0\%$), zum Jahresende war ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen.

Übersicht 43: Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände	Auftragseingänge
	Mio. €	
2001	5.454	15.481
I. Quartal	5.286	3.386
II. Quartal	5.758	4.051
III. Quartal	5.670	4.166
IV. Quartal	5.104	3.879
2002	5.312	15.772
I. Quartal	5.115	3.391
II. Quartal	5.492	4.084
III. Quartal	5.543	4.099
IV. Quartal	5.098	4.197
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
2001	+ 2,0	– 3,7
I. Quartal	+ 0,4	+ 4,9
II. Quartal	+ 3,2	– 4,3
III. Quartal	+ 3,4	– 1,3
IV. Quartal	+ 0,7	– 11,7
2002	– 2,6	+ 1,9
I. Quartal	– 3,2	+ 0,2
II. Quartal	– 4,6	+ 0,8
III. Quartal	– 2,2	– 1,6
IV. Quartal	– 0,1	+ 8,2

Q: Statistik Austria.

Übersicht 44: Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

1996 = 100

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Hochbau	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2
Baumeister	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0
Sonstige Baumeisterarbeiten	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4
Tiefbau	– 1,1	+ 0,2	– 0,1	– 0,3
Straßenbau	– 1,2	+ 0,8	+ 0,6	– 0,3
Brückenbau	– 0,9	+ 0,4	– 0,2	– 0,2
Hoch- und Tiefbau	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8

Q: Statistik Austria.

Im Gegensatz zu den Hochbausparten verbuchte der Tiefbau im vergangenen Jahr insgesamt deutliche Umsatzzuwächse. Im Straßen-, Brücken- und Tunnelbau stieg der nominelle Produktionswert um 9,6%, im Spezial- und sonstigen Tiefbau um 4,7%. Besonders gut entwickelte sich der Eisenbahnoberbau, die Produktion stieg um 35,3%. Im Wasserbau waren die Aktivitäten um 6,9% geringer als 2001.

Diese sehr unterschiedliche Entwicklung im Hoch- und Tiefbau zeigt auch der WIFO-Konjunkturtest. Die Tiefbauunternehmen meldeten im Jahresverlauf ein besseres Konjunkturbild als die Hochbauunternehmen. Nach den jüngsten Meldungen könnte sich die Auftragslage im Tiefbau in den nächsten Monaten beleben, und auch im Hochbau gibt es Anzeichen einer leichten Entspannung der Situation.

Baubeschäftigung auf historischem Tiefstand

Die Schwäche der Baukonjunktur und der Mangel an Aufträgen zogen den Arbeitsmarkt schwer in Mitleidenschaft. Die Zahl der Baubeschäftigten sank im Jahr 2002 auf rund 240.000, den niedrigsten Wert seit 10 Jahren. Der Beschäftigungsabbau erreichte 6.800, nach -10.400 im Jahr 2001. Seit 1997 sind in der Bauwirtschaft rund 26.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich 2002 weiter auf 43.000 – die bisher höchste Marke. Die Zahl der offenen Stellen nahm deutlich ab. Im Jahresdurchschnitt 2002 wurden nur 1.800 Stellen angeboten, um 11% weniger als im vergangenen Jahr und um über die Hälfte weniger als Anfang der neunziger Jahre.

Übersicht 45: Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>		
Ø 1999	262.737	- 0,7
Ø 2000	257.576	- 2,0
Ø 2001	247.143	- 4,1
Ø 2002	240.309	- 2,8
<i>Arbeitsuchende²⁾</i>		
Ø 1999	39.079	- 2,5
Ø 2000	36.085	- 7,7
Ø 2001	39.837	+ 10,4
Ø 2002	43.008	+ 8,0
<i>Offene Stellen</i>		
Ø 1999	2.603	+ 24,7
Ø 2000	2.938	+ 12,9
Ø 2001	2.031	- 30,9
Ø 2002	1.807	- 11,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Baunebengewerbe. – ²⁾ Nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE), zuletzt in einem Baubetrieb beschäftigte Arbeitslose.

Vor dem Hintergrund der Konjunkturschwäche verteuerten sich Bauleistungen im Jahr 2002 nur wenig. Mit +0,8% war der Anstieg der Preise im Hoch- und Tiefbau geringer als 2001 (+1,1%). Billiger als im Vorjahr waren Tiefbauleistungen (-0,3%), während die Preise im Hochbau um 1,3%, im Wohnhaus- und Siedlungsbau um 1,2% angehoben wurden. Im WIFO-Konjunkturtest beurteilten die Bauunternehmen die Preisentwicklung als ungünstig. Allerdings rechnen sie zu Beginn der Bausaison und der erwarteten Belebung der Auftragseingänge mit einem leichten Anstieg der Baupreise.

Übersicht 46: Produktionswert der Zulieferbranchen für die Bauwirtschaft

	Stein- und keramische Industrie	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2001	+ 0,2	+ 11,2	+ 1,0
2002	- 0,2	+ 0,3	- 4,4
I. Quartal	- 1,8	+ 1,8	- 6,5
II. Quartal	+ 2,1	+ 3,5	- 0,6
III. Quartal	- 0,6	- 4,0	+ 5,0
IV. Quartal	- 1,2	+ 0,2	- 13,7

Q: Statistik Austria; ÖNACE: Produktionswert der Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1.

Das WIFO prognostiziert (Konjunkturprognose von Ende März) für das Jahr 2003 eine geringfügige Beschleunigung der realen Produktionsentwicklung in der Bauwirtschaft auf +1,2%. Damit wächst die Bauwirtschaft im Gleichklang der sehr schwachen gesamtwirtschaftlichen Konjunktur.

Margarete Czerny (Margarete.Czerny@wifo.ac.at)
Statistik: Monika Dusek (Monika.Dusek@wifo.ac.at)

Die kurzfristige Entwicklung des Energieverbrauchs wird in Österreich vor allem vom Einfluss der Witterung (gemessen in Heizgradtagen) bestimmt. Ein geringer Rückgang der Zahl der Heizgradtage von 2% wie im Jahr 2002 kann jedoch die anderen Faktoren, die den Verbrauch an Energieträgern jeweils unterschiedlich steigern, nicht kompensieren. Die wichtigsten anderen Einflüsse auf den Verbrauch sind

- die Entwicklung der Energiepreise,
- die technologischen Entwicklungen, die autonome Substitutionsprozesse zwischen Energieträgern bewirken (Zunahme des Gas- und Stromverbrauchs, Abnahme des Kohle- und Heizölverbrauchs).

Der Erdölpreis ist vom Tiefststand des Jahres 1998 (12,7 \$ je Barrel) bis 2000 auf über 28 \$ je Barrel gestiegen und seitdem wieder leicht gesunken. Auf Basis von Monatsdaten wird die starke Zunahme der Volatilität der Rohölpreise noch deutlicher. Im Durchschnitt des Jahres 2002 war der Preis der für Österreich maßgeblichen Sorte Brent mit etwa 25 \$ je Barrel kaum höher als 2001. Als Folge der Irak-Krise verteuerte sich Erdöl in den ersten zwei Monaten 2003 auf etwas mehr als 32 \$ je Barrel und wurde nach dem Kriegsbeginn wieder billiger.

Die IEA kommt in ihren Arbeiten zu dem Schluss, dass die Versorgungssicherheit durch die Ausfälle in Venezuela und im Irak nicht in dem Ausmaß bedroht sei, dass kurzfristig kräftige Preiserhöhungen zu erwarten wären. Mittelfristig steigt jedenfalls die Abhängigkeit der erdölimportierenden Länder von der Förderung der OPEC-Länder im Mittleren Osten. Deren Anteil an der Weltförderung von Rohöl wird laut IEA in einem "Baseline-Szenario" (keine Veränderung der Rahmenbedingungen) von derzeit etwa 21% bis 2020 auf rund 38% zunehmen. Das Szenario basiert auf der Annahme, dass die Förderpolitik dieser Länder eine solche Ausweitung der Produktion zulässt – dies erscheint nicht in allen internationalen Krisenszenarien gewährleistet. Ein "Hochpreis-Szenario" für Rohöl wäre daher mittelfristig in Erwägung zu ziehen und im Hinblick auf die ökonomischen Auswirkungen neuerlich zu untersuchen. Dabei wären die Annahmen zur Verwendung der Exporterlöse durch die Nettoölexporteur genauer zu prüfen.

Aus der österreichischen Entwicklung im Jahr 2002 (vor allem im Verkehr) ist abzulesen, dass eine permanente Erdölverbilligung ceteris paribus verbrauchserhöhend wirkt, was im Widerspruch zu Zielsetzungen einer nachhaltigen Entwicklung steht. Die Energiepreise sanken im Jahr 2002 teilweise kräftig (vor allem im 1. Halbjahr), großteils wegen der verzögerten Reaktionen auf den Erdölpreistrückgang 2001. Lediglich der Kohlepreis (Preis fester Brennstoffe) stieg 2002 (+1,2%), während Heizöl extra leicht (-7,3%) sowie Treibstoffe (Superbenzin -2,8%, Dieselöl -3,0%) wesentlich billiger waren als im Vorjahr. Der Gas- und der Strompreis sanken 2002 ebenfalls.

Übersicht 47: Energiepreise im Jahr 2002

	1. Halbjahr	2. Halbjahr	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Heizöl, extra leicht	- 8,4	- 6,1	- 7,3
Heizöl, leicht	- 3,2	- 3,9	- 3,5
Strom	- 3,1	- 2,8	- 2,9
Gas	- 2,1	- 0,2	- 1,1
Feste Brennstoffe	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,2
<i>Treibstoffe</i>			
Benzin Super plus	- 7,3	+ 1,9	- 2,8
Dieseltreibstoff	- 5,6	- 0,4	- 3,0

Q: Statistik Austria, Verbraucherpreisindexgruppe Energie.

Da für das Jahr 2002 wie bereits 2001 noch keine offiziellen Daten des Wirtschaftsministeriums zum Energieverbrauch vorliegen, musste auf Schätzungen der OMV zurückgegriffen werden. Daraus errechnet sich über alle Rohölprodukte ein auf dem Niveau von 2001 konstanter Verbrauch; witterungsbedingt nahm der Absatz von Brennstoffen ab (Gasöl für Heizzwecke -11,5%), während der Verbrauch von Treibstoffen nach der Pause 2001 wieder kräftig stieg (Superbenzin +7,4%, Dieselöl +8,9%),

Energieverbilligung lässt Verbrauch steigen

Erdölverbilligung belebt Tanktourismus

Witterungsbedingt (Zahl der Heizgradtage -2%) ergab sich 2002 eine Entlastung für den Energieverbrauch. Dennoch nahm der Verbrauch von Erdgas (+4,3%) und elektrischer Energie (+2,2%) zu. Lediglich der Verbrauch von Gasöl für Heizzwecke (-11,5%) reagierte auf den Einfluss des Wetters. Die Preise aller Energieträger außer Kohle sanken (vor allem Heizöl extra leicht: -7,3%), während Rohöl 2002 etwa gleich viel kostete wie 2001. Der weitere Rückgang der Treibstoffpreise (Super plus -2,8%, Dieselöl -3,0%) hatte einen Anstieg des Treibstoffverbrauchs (Superbenzin +7,4%, Diesel +8,9%) zur Folge, der zum Teil auf Tanktourismus zurückzuführen ist. Der Verbrauch von Flugpetroleum verringerte sich 2002 neuerlich (-5,5%). Österreich hatte bereits 2001 seine Position als Nettoexporteur von elektrischer Energie verloren; diese Entwicklung setzt sich 2002 fort – der Nettoimportüberschuss betrug bereits 1,5% des Verbrauchs (2001: 0,4%).

wie es dem Trend seit 1995 entspricht. Deutlich rückläufig war 2002 der Bedarf an Flugpetroleum (–5,5%).

Übersicht 48: Mineralölprodukte

	2001	2002	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
	1.000 t		
Verbrauch	11.248	11.276	+ 0,2
Flüssiggas	143	175	+ 22,5
Normalbenzin	600	590	– 1,6
Superbenzin	1.398	1.502	+ 7,4
Flug- und Leuchtpetroleum	554	524	– 5,5
Dieseltreibstoff	4.675	5.093	+ 8,9
Gasöl für Heizzwecke	1.961	1.736	– 11,5
Heizöle	1.165	947	– 18,7
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	752	709	– 5,7

Q: Statistischer Ausschuß des Fachverbandes der Mineralölindustrie Österreichs.

Die Entwicklung des Treibstoffverbrauchs zeigt deutlich die Effekte der Preissenkungen. Das WIFO hat bereits mehrmals die Bedeutung des Tanktourismus für Österreich analysiert. Bestimmend sind hier der Unterschied zwischen dem Bruttopreis in Deutschland und in Österreich sowie die Veränderungen des österreichischen Preisniveaus. Derzeit liegt der Bruttopreis beider Treibstoffsorten weit unter dem deutschen Niveau (Superbenzin am 17. März 2003 Deutschland 1,142 €, Österreich 0,93 €, Dieselöl Deutschland 0,971 €, Österreich 0,799 €), und beide Treibstoffpreise sind im Jahr 2002 gesunken. Österreich zählt hier derzeit europaweit zu den Niedrigpreisländern, nur in Griechenland, Irland und Luxemburg (der "Tankstelle Europas"), Portugal und Spanien sind Treibstoffe noch billiger. Auf Basis der Analysen des WIFO war demnach Tanktourismus ein entscheidender Faktor für den Anstieg des Treibstoffverbrauchs in Österreich im Jahr 2002. Dieser Tanktourismus ist einerseits mit höheren Steuereinnahmen für Österreich verbunden, andererseits werden in der CO₂-Emissionsinventur die mit dem Verbrauch der Treibstoffe verbundenen Emissionen ebenfalls Österreich zugerechnet. Letzteres wird im Rahmen des "Kyoto"-Prozesses an Bedeutung gewinnen: Wenn die Emissionsreduktionsziele verschärft werden, erhalten Länder einen Anreiz, nicht mehr Empfänger von Tanktourismus zu sein.

Österreich wird Nettoimporteur von Strom

Im Jahr 2002 wurde die Statistik für elektrische Energie weitgehend umgestellt und nun von E-Control auf Basis neuer Konzepte erhoben. Auf aggregierter Ebene von Gesamterzeugung und -verbrauch hat E-Control eine Überleitung für das Jahr 2001 berechnet, sodass 2001 und 2002 auf dieser Ebene vergleichbar sind³²⁾. Nicht vergleichbar auf Basis der Monatsdaten sind jedoch die Wärme- und die Wasserkrafterzeugung, da die Erhebungsmasse der "sonstigen Erzeuger" auf Basis der Monatsmeldungen nicht aufschlüsselbar ist; diese Daten können erst mit erheblicher Verzögerung aus der Jahresrechnung ermittelt werden. Daher ist auch eine Aufteilung der Wärmekrafterzeugung nach Energieträgern derzeit nicht möglich.

Insgesamt stieg die Stromerzeugung 2002 um 1,6%, der Verbrauchszuwachs von 2,2% wurde daher teilweise aus einem Anstieg der Stromimporte alimentiert. In seinen "Energieszenarien 2020"³³⁾ geht das WIFO davon aus, dass in Zukunft vor allem durch eine Normalisierung der Wasserführung der Flüsse gegenüber den Rekordjahren 1999 und 2000 höhere Importe bzw. höhere Wärmekrafterzeugung notwendig werden. Wenn dann überdies wie im Jahr 2002 die Wärmekrafterzeugung zurückgeht, hat das bei gegebenem Verbrauch eine Ausweitung der Importe zur Folge. Bereits 2001 drehte sich der Saldo im Außenhandel mit elektrischer Energie in ein Passivum. 2002 stiegen die Stromimporte um 6,5% und die Exporte um 1,5%, Österreich wurde damit noch deutlicher als 2001 zum Nettoimporteur von elektrischer Energie (2001 Nettoimporte von 0,4% des Verbrauchs, 2002 1,5%). In den WIFO-

³²⁾ Dafür mussten auf der Erzeugungsseite 2001 unter "sonstige Erzeuger" kleine, ab 2002 nicht mehr erfasste Erzeugungseinheiten abgezogen werden.

³³⁾ Kratena, K., Schleicher, St., Energieszenarien bis 2020, WIFO, 2001, http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20938

Energieszenarien wird ein Anstieg des Nettoimportsaldos auf bis zu 3% des Verbrauchs erwartet. Der Verbrauch an elektrischer Energie erhöhte sich 2002 um etwa 1.300 GWh; dieser Wert lag leicht über dem Durchschnitt des langfristig erwartenden Verbrauchswachstums.

Übersicht 49: Elektrischer Strom

	2001	2002	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
	GWh		
Erzeugung	61.278	62.236	+ 1,6
Wasserkraft	41.837	38.093	.
Wärmekraft	20.416	19.377	.
Sonstige	– 975	4.766	.
Einfuhr	14.465	15.398	+ 6,5
Ausfuhr	14.253	14.462	+ 1,5
Verbrauch ¹⁾	59.373	60.669	+ 2,2

Q: E-Control – ¹⁾ Ohne Pumpstrom.

Die Nachfrage nach Erdgas wurde 2002 durch die Witterungsbedingungen und die Entwicklung der Wärmekrafterzeugung gedämpft. Da gleichzeitig Gas billiger wurde und aufgrund technologischer Entwicklungen autonome Substitutionsprozesse zugunsten von Gas ablaufen, nahm der Verbrauch von Erdgas 2002 trotzdem zu (+4,3%). Dieser Anstieg lag allerdings unter dem langjährigen Durchschnitt. Während die Förderung um 3,1% ausgeweitet wurde, erhöhte sich die Einfuhr etwas stärker (+4,7%). Der Markt für Erdgas wurde 2002 liberalisiert, ausländische Anbieter könnten in nächster Zeit hereindrängen. Wie auf dem Markt für elektrische Energie hätte das eine Senkung des Preisniveaus und zugleich eine Zunahme von Verbrauch und Importen zur Folge. Erdgas könnte dadurch gegenüber anderen fossilen Energieträgern in der Industrie und bei den Haushalten wettbewerbsfähiger werden und diese verstärkt verdrängen.

Schwacher Anstieg des Erdgasverbrauchs

Übersicht 50: Erdgas

	2001	2002	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mio. m³		
Förderung	1.954	2.015	+ 3,1
Einfuhr	6.276	6.570	+ 4,7
Ausfuhr	–	–	–
Verbrauch	8.230	8.584	+ 4,3

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Kurt Kratena (Kurt.Kratena@wifo.ac.at)
Statistik: Susanne Kopal (Susanne.Kopal@wifo.ac.at)

Die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen entwickelte sich 2002 relativ günstig. Die Exportlieferungen (2002: 43,8 Mio. t) wuchsen kräftig (+5,8% gegenüber 2001), das Wachstum der Warenimporte (69,5 Mio. t) schwächte sich leicht ab (+2,9%). Der Binneneinzelhandel einschließlich Kfz-Handel schrumpfte real um 0,8%. Die Produktionssteigerungen in einigen transportintensiven Branchen belebten den Güterverkehr: Chemie +6,1% gegenüber 2001, Bergbau +5,7%, Holz +4,1%, Papier +4,1%, Steine, Erden +3,9%, Nahrungsmittel und Getränke +3,6%. Die Bereiche Mineralöl (–13,6%), Glas, Steinwaren (–3,6%) und Metalle (–0,5%) meldeten Produktionsrückgänge. Insgesamt wuchs die Produktion des Sektors Bergbau und Sachgütererzeugung 2002 um 0,6%. Die Bauproduktion erreichte knapp das Vorjahresergebnis.

Die Güterverkehrsleistungen der Bahn nahmen gegenüber 2001 um 1,4% zu. Entsprechend der günstigen Exportentwicklung wuchs der Ausfuhrverkehr kräftig (+4,6%). Der Einfuhr- (+1,5%) und der Inlandverkehr (+1,9%) entwickelten sich mäßig. Im Transitverkehr (–2,3% gegenüber 2001) war nach dem starken Wachstum im Jah-

Stabile Nachfrage im Güterverkehr

re 2001 wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Saisonbereinigt erreichte die Entwicklung des Güterverkehrs der Bahn im I. Quartal 2002 ihren Höhepunkt. Im III. Quartal brach der Ein- und Ausfuhrverkehr stark ein. Der Inland- und der Einfuhrverkehr stabilisierten sich im IV. Quartal wieder. Die ÖBB nahmen aus dem Güterverkehr 2002 824 Mio. € ein (–0,3% gegenüber 2001). Die durchschnittlichen Tariferträge je Tonnen-Kilometer lagen mit 0,0467 € um 1,6% unter dem Wert von 2001.

Übersicht 51: Güterverkehr

		2002 Absolut	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1996/2001 Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mio. n-t-km	17.627	+ 1,4	+ 4,6
Inland	Mio. n-t-km	4.114	+ 1,9	+ 5,6
Einfuhr	Mio. n-t-km	5.700	+ 1,5	+ 6,6
Ausfuhr	Mio. n-t-km	3.944	+ 4,6	+ 2,6
Transit	Mio. n-t-km	3.869	– 2,3	+ 3,2
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	84.424	– 10,5	+ 2,6
Fuhrgewerbe	in t	22.021	– 17,8	+ 8,7
Werkverkehr	in t	62.403	– 7,6	+ 0,7
Schifffahrt ²⁾	1.000 t	12.194	+ 5,5	+ 4,3
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	7.928	– 1,2	+ 2,7
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.629	+ 2,6	+ 0,2
Transit	Mio. n-t-km	4.298	– 4,1	+ 4,9
Luftfahrt ³⁾	1.000 t	127	+ 1,5	+ 2,3

Q: ÖBB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen, OMV, Adria-Wien Pipeline GmbH, TAL (Transalpine Oelleitung). – ¹⁾ Vorläufige Werte, ohne Stückgut. – ²⁾ Güterverkehr auf der Donau, insgesamt. – ³⁾ Fracht, An- und Abflug.

Das erste EG-Eisenbahnpaket der Richtlinien 2001/12 bis 2001/14/EG hatten die Gesetzgeber der Mitgliedsländer bis zum 15. März 2003 umzusetzen. Es öffnet den Markt für grenzüberschreitende Güterverkehrsdienste auf dem transeuropäischen Schienengüternetz. Ab 2008 wird das gesamte Eisenbahnnetz der EU-Länder für grenzüberschreitende Dienste offen sein. Für die Erbringung von Eisenbahnverkehrsdiensten und den Betrieb der Infrastruktur sind organisatorisch getrennte Einheiten einzurichten. Die Rechnungsführung für Personen- und Güterverkehrsdienste hat separiert zu erfolgen. Eisenbahnunternehmen erlangen die Genehmigung zur Benützung des transeuropäischen Schienennetzes, wenn sie bestimmte wirtschaftliche und sicherheitstechnische Voraussetzungen erfüllen. Die Infrastrukturbetreiber müssen die Nutzungsbedingungen, die Regeln für die Zuweisung von Fahrwegkapazitäten ("Zugtrassen") und das Nutzungsentgelt festlegen und veröffentlichen. Damit soll die Basis für einen fairen Wettbewerb zwischen den Eisenbahngesellschaften gegeben sein. Bisher ließ sich der Wettbewerb im Schienengüternetz recht zögerlich an. Die nationalen Bahngesellschaften versuchen durch Kooperationen, ihr internationales Angebot zu verbessern. So gründeten ÖBB, Deutsche Bahn und Trenitalia die Brenner RailCargo.

Über die Verkehrsleistungen des Straßengüterverkehrs im Jahre 2002 liegen noch keine Meldungen vor. Im grenzüberschreitenden Güterverkehr dürfte die Straße weiter Marktanteile von der Bahn gewonnen haben. Die anhaltend schwache Nachfrage nach Transportleistungen im Inland, insbesondere im Baugewerbe drückte die Lkw-Investitionen. Das Fuhrgewerbe meldete 2002 um 17,8% weniger neue Nutzlastkapazität an als 2001, der Werkverkehr um 7,6% weniger. Insgesamt betrug der Rückgang der Neuanmeldungen 10,5%. Schwere Lkw (Neuzulassungen –17,2%) und Anhänger (–14,3%) sowie Sattelfahrzeuge (–12,9%) waren besonders schwach nachgefragt. Die Lkw-Neuzulassungen erreichten bereits im II. Quartal 2002 die Talsohle. Der scharfe Wettbewerb im internationalen Straßengüterverkehr bewog einige Unternehmen zu innovativen, aber ungesetzlichen Maßnahmen zur Senkung der Lohnkosten (über 30% der gesamten Lkw-Kosten). Mit der EU-Erweiterung wird sich der Kostendruck für bloße Frachtführer in Hochlohnländern verstärken. Anbieter von komplexen Logistiklösungen werden sich im Wettbewerb mit Unternehmen aus den Beitrittsländern leichter behaupten können.

Am 1. Jänner 2004 soll auf Österreichs hochrangigem Straßennetz die Autobahnmaut für Kraftfahrzeuge mit einem Gesamtgewicht über 3,5 t eingeführt werden. Im Mai 2002 beschloss die Asfinag, die Maut elektronisch mittels Mikrowellentechnologie einzuhoben. Die EU strebt derzeit eine satellitengesteuerte Lösung an.

Abbildung 17: Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



Die Durchsatzleistungen der Mineralölrohrleitungen waren 2002 etwas schwächer als im Vorjahr (–1,2% gegenüber 2001). Durch die Transitleitungen wurde um 4,1% weniger Rohöl gepumpt als 2001, der Einfuhr- und Inlanddurchsatz nahm um 2,6% zu. Das Transportaufkommen der Binnenschiffer auf dem österreichischen Donauabschnitt stieg bei durchwegs günstigem Wasserstand auf 12,2 Mio. t (+5,5%). Der Inlandverkehr halbierte sich, Einfuhr- (+11,9%), Ausfuhr- (+22,1%) und Transitverkehr (+9,2%) wuchsen kräftig. Die Verkehrszwecke hatten am Transportaufkommen der Binnenschifffahrt 2002 folgende Anteile: Einfuhr 51,2%, Transit 31,9%, Ausfuhr 12,6%, Binnenverkehr 4,4%.

Die Luftfracht erholte sich nach dem Einbruch im IV. Quartal 2001 leicht. Mit 126.600 t lag das Ergebnis 2002 um 1,5% über dem Wert des Vorjahres.

ÖBB verbessern Angebot im Personenverkehr

Die Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen nahm 2002 kaum zu. Der Berufsverkehr stagnierte (Beschäftigte +0,2%), der Reiseverkehr (Nächtigungen +1,4%) entwickelte sich wohl recht günstig, die ständig sinkenden Schülerzahlen drückten aber das Ergebnis im Ausbildungsverkehr. Der Personenverkehr auf der Bahn war 2002 um 0,7% stärker als 2001. Die ÖBB verbesserten ihr Angebot im Ostverkehr. Sie führen seit Ende 2002 zusätzliche Züge nach Ungarn, Tschechien, Slowenien und Kroatien. Auf der Westbahn erlaubten die neuen Ausbaustrecken fahrplanmäßige Reisezeitverkürzungen der IC- und EC-Züge zwischen Wien und Salzburg bzw. Innsbruck. Ein forciertes Refurbishment-Programm passt die Reisewaggons laufend den modernen Standards an. Im Dezember hoben die ÖBB die Fahrpreise um bis zu 9% an. Fahrten auf dem Netz der SBB und der DB wurden für Besitzer der ÖBB-Vorteilscard billiger. Die Tarifeinnahmen der ÖBB aus dem Personenverkehr betrugen 2002 558 Mio. €, um 2,6% mehr als 2001. Die durchschnittlichen Einnahmen je Personen-Kilometer verbesserten sich um rund 2%.

Übersicht 52: Personenverkehr

		2002 Absolut	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1996/2001 Veränderung in %
ÖBB Schiene	Mio. pkm	8.300	+ 0,7	– 3,2
Wiener Linien	Mio. Personen	722	– 1,0	+ 0,9
Luftfahrt ¹⁾	1.000 Personen	15.472	+ 1,4	+ 5,2
Austrian Airlines Group ¹⁾²⁾	1.000 Personen	8.601	+ 3,2 ³⁾	+ 5,6 ⁴⁾

Q: ÖBB-Geschäftsberichte, Wiener Linien, Statistik Austria, Austrian Airlines Group. – ¹⁾ Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. – ²⁾ Austrian Airlines Group: AUA, Lauda Air, Tyrolean Airways und Rheintalflug. – ³⁾ Einschließlich Auslandsverkehr. – ⁴⁾ Nur AUA.

Übersicht 53: Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	2002 Stück	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1996/2001 Veränderung in %
<i>Pkw</i>	279.493	– 4,8	– 0,9
Hubraum bis 1.500 cm ³	63.879	– 3,1	– 4,2
Hubraum 1.501 cm ³ und darüber	215.614	– 5,3	+ 0,1
<i>Lkw</i>	25.648	– 8,1	+ 1,7
Nutzlast bis 1.999 kg	22.399	– 7,1	+ 1,5
Nutzlast 2.000 bis 6.999 kg	1.004	– 7,6	– 2,3
Nutzlast 7.000 kg und darüber	2.245	– 17,2	+ 4,6
<i>Anhänger</i>	19.369	– 5,0	– 3,0
Nutzlast bis 2.999 kg	17.724	– 3,8	– 3,6
Nutzlast 3.000 bis 6.999 kg	259	– 22,0	+ 1,6
Nutzlast 7.000 kg und darüber	1.386	– 14,3	+ 4,6
<i>Sattelfahrzeuge</i>	3.525	– 12,9	+ 10,7

Q: Statistik Austria.

Die Wiener Verkehrsbetriebe beförderten 2002 722 Mio. Personen (–1,0% gegenüber 2001). Die Zahl der Flugpassagiere stieg auf 15,5 Mio. (+1,4%). Im I. Quartal 2002 wurde der hohe Ausfall in der Luftfahrt vom IV. Quartal 2001 fast aufgeholt, in der Sommerreisesaison stagnierte die Zahl der Passagiere. Im IV. Quartal 2002 verzeichneten die Luftgesellschaften einen kräftigen Nachfrageanstieg. Der Irak-Krieg trübt die Aussichten für 2003.

2002 wurden 279.493 fabriksneue Pkw angemeldet, um 4,8% weniger als 2001. Die Pkw-Nachfrage sank saisonbereinigt ab dem III. Quartal 1999, der Tiefpunkt wurde Mitte 2002 erreicht. Im 2. Halbjahr 2002 nahmen die Neuzulassungen wieder kräftig zu. Die Kfz-Versicherungen registrierten Ende 2002 einen Bestand von 3,987.093 Pkw. Die Pkw-Dichte erreichte damit 490 Pkw je 1.000 Einwohner. Österreich nimmt damit in der Rangliste der EU die vierte Stelle ein (nach Luxemburg, Italien, Deutschland).

Wilfried Puwein (Wilfried.Puwein@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

Nach zwei Jahren der Verbesserung blieb das Einkommen der Landwirtschaft 2002 trotz nahezu unveränderter Erzeugung unter dem Ergebnis von 2001. Verantwortlich für die Verringerung waren niedrigere Erzeugerpreise, vor allem von einigen tierischen Produkten. Zwar wurden die Subventionen der Landwirtschaft neuerlich angehoben, die Erhöhung reichte allerdings nicht aus, um die Abnahme der Markterlöse auszugleichen. Damit konnte sich die österreichische Entwicklung nicht von jener in den anderen EU-Ländern abkoppeln, in denen ebenfalls fast durchwegs Einkommensrückgänge zu verzeichnen waren. Die Position der Landwirtschaft im Preisgefüge verschlechterte sich 2002 wieder, nachdem in den zwei Jahren zuvor entgegen dem Trend eine Verbesserung verzeichnet worden war. Die Abwanderung aus der Landarbeit hält an, wenngleich in etwas verringertem Ausmaß. Der Außenhandel mit Agrargütern entwickelte sich günstig; erstmals seit 1985 verringerte sich der negative Außenhandelsaldo auf weniger als 1 Mrd. €, und zwar aufgrund einer Steigerung der Exporte.

Nach den vorläufigen Ergebnissen zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) von Statistik Austria³⁴⁾ veränderte sich die landwirtschaftliche Produktion im Jahr 2002 dem Volumen nach gegenüber 2001 kaum.

Aufgrund einer Frühjahrstrockenheit wurde weniger Wintergetreide geerntet. Die Abnahme der gesamten Getreideernte wird auch durch die Verringerung der Anbaufläche erklärt. Die Produktion von Handelsgewächsen nahm zu, wobei der Ausweitung der Ölf Früchte (bedingt durch Flächen- und Ertragssteigerungen von Sonnenblumen) und Zuckerrüben geringere Ernten von Eiweißpflanzen gegenüberstehen. Ungünstige Witterungsbedingungen verursachten Produktionsausfälle von Steinobst und Rotwein, während die Ernte von Kernobst und Weißwein besser ausfiel als 2001. Die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2002 verursachte zwar lokale Ernteausschläge (vor allem im Gemüse- und Maisanbau), insgesamt wurde die pflanzliche Produktion durch die Frühjahrstrockenheit aber stärker beeinflusst.

Die Produktion von Rindfleisch ging ebenso zurück wie der Rinderbestand. Die Produktion von Schweinefleisch nahm zwar zu, die starke Verringerung der Ferkelbestände zu Jahresende lässt für das laufende Jahr jedoch einen zyklischen Abschwung erwarten. Bedingt durch die Milchquotenregelung verändert sich die Milchproduktion kaum. Dem Volumen nach war die gesamte Erzeugung tierischer Produkte gegenüber dem Jahr zuvor nahezu unverändert.

Nach einer für die Landwirtschaft günstigen Preisentwicklung in den vorangegangenen Jahren sank das Preisniveau landwirtschaftlicher Erzeugnisse 2002. Diese Aussage gilt sowohl für die Entwicklung zu Erzeuger- als auch zu Herstellungspreisen, wenngleich in den einzelnen Gütergruppen abweichende Tendenzen zu beobachten sind.

Einkommensrückgang in der Landwirtschaft nach der Erholung im Vorjahr

Produktion stagniert, Rückgang der Erzeugerpreise

³⁴⁾ Statistik Austria, Schnellbericht Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, Wien, 2003.

**Sinkendes Einkommen,
steigende Subventionen
und anhaltende
Abwanderung aus der
Landarbeit**

Der Preisindex der pflanzlichen Produktion zu Erzeugerpreisen sank um 0,7%. Deutliche Preiseinbußen für die Getreideproduzenten folgten der 2001 eingeleiteten und 2002 voll wirksamen Senkung des Interventionspreises. Eine Ausnahme bildet Hartweizen, für den höhere Preise erzielt wurden. Mit sinkenden Erlösen waren auch die Produzenten von Erdäpfeln, Öl- und Eiweißpflanzen konfrontiert, während die Erzeugerpreise von Obst und Gemüse beträchtlich stiegen.

In der Tierhaltung sanken die Erzeugerpreise stark. Grund dafür waren die Entwicklungen auf den Märkten für Milch und Schweinefleisch. Für beide Güter waren im Jahr zuvor überdurchschnittlich gute Preise erzielt worden. Trotz der in der Agenda-2000-Reform beschlossenen Änderung der Marktordnung für Rindfleisch (Mitte 2002 wurde der Interventionspreis durch einen um 26% niedrigeren Grundpreis abgelöst) erhöhten sich die Rinderpreise im Jahresdurchschnitt. Dies ist teilweise als Erholung nach dem Einbruch aufgrund der BSE-Krise zu interpretieren.

Die Erzeugung von "landwirtschaftlichen Dienstleistungen" und "nichttrennbaren nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten" änderte sich 2002 nur geringfügig. Ihre Summe entsprach 11% des Wertes der tierischen und pflanzlichen Produktion (zu Erzeugerpreisen). Fasst man beide Positionen mit der Erzeugung landwirtschaftlicher Güter zusammen, dann nahm die zu Erzeugerpreisen bewertete Produktion des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs insgesamt um 3,8% ab.

Die Gütersubventionen (Förderungen aus der "ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik") waren aufgrund des Anstiegs der Tierprämien höher als im Vorjahr. Sie wurden entsprechend den Agenda-2000-Beschlüssen als Begleitmaßnahme zur Änderung der Marktordnung für Rindfleisch angehoben. Die Summe der gezahlten Gütersteuern blieb 2002 nahezu unverändert auf dem Niveau von 2001. Nach Berücksichtigung dieser beiden Positionen nahm der Wert der Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs bewertet zu Herstellungspreisen um 3,1% ab.

Übersicht 54: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2000	2001 Mio. €	2002	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.517	1.728	1.779	+ 2,9
Gütersubventionen	465	508	535	+ 5,2
Kulturpflanzen	339	349	341	- 2,4
Nutztiere	126	159	194	+ 22,1
Sonstige Subventionen	1.052	1.220	1.244	+ 1,9
Stilllegung von Ressourcen	33	35	34	- 4,2
Agrarumweltprogramm ÖPUL	543	590	606	+ 2,7
Ausgleichszulage	201	282	293	+ 4,1
Extensivierungsprämie	41	43	44	+ 2,3
Förderungen von Investitionen	129	144	149	+ 3,4
Übrige Subventionen	105	127	118	- 6,4
Steuern und Abgaben	.	140	146	+ 4,0
Gütersteuern	.	45	44	- 1,2
Sonstige Produktionsabgaben	.	95	101	+ 6,4

Q: Statistik Austria, LGR; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft. Vorläufige Werte.

Das Programm zur ländlichen Entwicklung (die "zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik"), aus dem der überwiegende Teil der "sonstigen Subventionen" gespeist wird, wurde im Jahr 2001 eingeführt und brachte weitreichende Änderungen der Ausgleichszulage und des Agrarumweltprogramms. Die Förderungen aus beiden Titeln wurden im Jahr 2002 weiter ausgeweitet, jedoch in viel geringerem Umfang als im Jahr der Neueinführung. Der Zuwachs der Prämien des Agrarumweltprogramms erklärt sich dadurch, dass nach wie vor Landwirte vom Vorläuferprogramm in das aktuelle Programm wechselten und nun an höher dotierten Maßnahmen teilnahmen.

Änderung der Methode der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung

Bisher wurden die Ergebnisse der Land- und forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung nach dem Eurostat-Handbuch von 1989 vom WIFO ermittelt¹⁾. Die Überarbeitung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahr 1995 erforderte Änderungen der Grundmethodik der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung, die im Jahr 2000 vorgestellt wurden²⁾. Die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (LGR) ist ein Satellitenkonto der VGR, das ergänzende Informationen enthält und somit an die besonderen Bedürfnisse der Landwirtschaft angepasst ist. Die österreichische LGR wird von Statistik Austria erstellt.

Die wichtigsten Neuerungen gegenüber dem Konzept von 1989

Das "Bundeshofkonzept" wurde abgelöst. Bisher stellte der "Bundeshof" einen einzigen, fiktiven landwirtschaftlichen Betrieb dar, der eine "Endproduktion" (pflanzliche und tierische Erzeugung) herstellte. Güterströme zwischen den Betrieben wurden weder auf der Output- noch auf der Inputseite verbucht, sofern nicht Unternehmen anderer Sektoren dazwischengeschaltet wurden.

Abweichend von der bisher ausgewiesenen Endproduktion bezieht das neue Konzept den Handel mit landwirtschaftlichen Waren und Dienstleistungen zwischen landwirtschaftlichen Einheiten ein, denn die Basis sind nun die "örtlichen und fachlichen Einheiten". Auch der innerbetriebliche Verbrauch an Futtermitteln (marktfähig oder nicht) wird als Produktion ausgewiesen und in weiterer Folge unter den Vorleistungen berücksichtigt. Die Wahl der fachlichen örtlichen Einheiten als Basiseinheit erlaubt neben der Erfassung des homogenen landwirtschaftlichen Outputs des Sektors nun auch die Berücksichtigung von Dienstleistungen (z. B. spezialisierte Maschinenleistungen für landwirtschaftliche Lohnarbeit) und "nichttrennbaren nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten" (z. B. Verarbeitung eigener Erzeugnisse, Urlaub am Bauernhof).

Zur Bewertung der Produktion wird neben dem Erzeugerpreis (d. h. Ab-Hof-Preis ohne Mehrwertsteuer) auch der Herstellungspreis herangezogen. Dieser ist definiert als der vom Produzenten empfangene Preis abzüglich aller Gütersteuern, jedoch einschließlich aller Gütersubventionen. Die Gütersubventionen (im Wesentlichen die Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik für bestimmte Kulturpflanzen und Nutztiere) und Gütersteuern (z. B. Werbekostenbeiträge) werden für die einzelnen Positionen ermittelt und nicht mehr im Einkommensentstehungskonto gebucht. Dort scheinen die davon getrennten "sonstigen Produktionsabgaben" (z. B. Nettozahllast bzw. Nettogewinn an Mehrwertsteuer, Kommunal- und Grundsteuer) und "sonstigen Subventionen" (z. B. Agrarumweltprogramm und die Ausgleichszulage) auf.

Zur Beschreibung der Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen in der Landwirtschaft wurde bisher die Zahl der Erwerbstätigen (differenziert in Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie unselbständig Beschäftigte) herangezogen. Die Entwicklung des Einkommens wird nun zu jener der Jahresarbeitseinheiten (JAE) in Beziehung gesetzt. Eine JAE entspricht der an der Arbeitszeit gemessenen Arbeitsleistung einer Person, die ganztätig und während eines ganzen Jahres beschäftigt ist. Statt JAE wird häufig der Begriff "Vollzeitäquivalent" verwendet, und es wird zwischen entlohnenden und nichtentlohnenden JAE unterschieden. Im wichtigsten Einkommensindikator der LGR, dem "Indikator A", wird die Veränderung der realen Nettowertschöpfung zu Faktorkosten (reales Faktoreinkommen) bezogen auf die JAE ausgewiesen (zur Deflationierung wird der BIP-Deflator herangezogen).

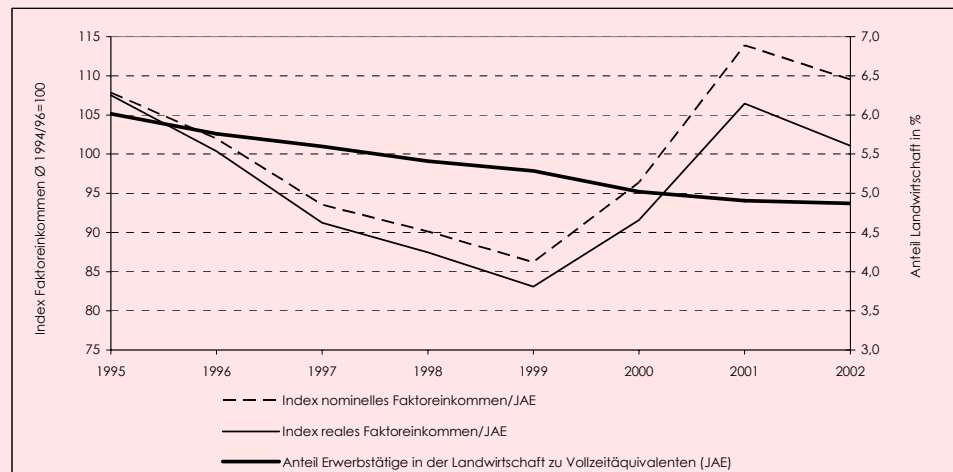
Der "Wirtschaftsbereich Landwirtschaft des Satellitenkontos LGR" umfasst, verglichen mit dem "Wirtschaftsbereich Landwirtschaft in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)", folgende zusätzlichen Bereiche: weinproduzierende Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften, Einheiten zur Erzeugung von Korb- und Flechtmaterial und bestimmte Baumschulwaren. Im Gegensatz dazu werden in der LGR ausgewählte Erzeugnisse und Dienstleistungen (z. B. Saatgut zur Zertifizierung, Pflege von Sportplätzen und Hausgärten und Tierhaltung von Nichtlandwirten) nicht erfasst.

¹⁾ Eurostat, Handbuch zur Landwirtschaftlichen und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung, Luxemburg, 1989. Die nach einem Addendum aus dem Jahr 1992 revidierte Fassung des Handbuchs bildete die methodische Basis für die WIFO-Berechnungen ab 1995. – ²⁾ Eurostat, Handbuch zur Landwirtschaftlichen und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung LGR/FGR 97 (Rev. 1.1.), Luxemburg, 2000.

Nach Abzug der (im Vorjahresvergleich nahezu unveränderten) Vorleistungen, der (etwas höheren) Abschreibungen und nach Berücksichtigung des für die Landwirtschaft günstigeren Saldos aus sonstigen Produktionsabgaben und -subventionen war das Faktoreinkommen der Landwirtschaft nominell um 5,1% niedriger als 2001.

Das nominelle Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit (JAE) sank mit –3,8% etwas weniger stark, und zwar wegen eines neuerlichen Rückgangs der landwirtschaftlichen Beschäftigung. Im "Indikator A" wird das reale Faktoreinkommen auf die Zahl der Jahresarbeitseinheiten (JAE) bezogen. Gemessen an dieser Kennzahl verringerte sich das Einkommen real um 5,1%. Im Vergleich mit der Entwicklung seit dem EU-Beitritt entsprach das 2002 erzielte Realeinkommen somit etwa dem Durchschnitt der Jahre 1994 bis 1996 (Abbildung 18, linke Skala).

Abbildung 18: Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen



Q: Statistik Austria, LGR, 2002 vorläufige Werte; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WIFO-Berechnungen.

Der Trend zur Abwanderung aus der Landwirtschaft hält ungebrochen an. Statistik Austria und die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft weisen für das Jahr 2002 knapp über 165.000 Jahresarbeitseinheiten (JAE) aus, um 1,3% weniger als im Jahr zuvor bzw. knapp 16% weniger als 1995 (vgl. Abbildung 18, rechte Skala). Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zu Vollzeitäquivalenten betrug 4,9% und lag damit deutlich über dem vergleichbarer Länder.

Die Preise der landwirtschaftlichen Vorleistungen verringerten sich im Vorjahresvergleich geringfügig. Da aber die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse stärker sanken, setzte sich im Jahr 2002 nach einer vorübergehenden Verbesserung der Trend der Verschlechterung der Tauschrelation fort.

Traditionell übersteigen die Agrarimporte die -exporte. Allerdings verbessert sich das Verhältnis zwischen Importen und Exporten kontinuierlich, selbst wenn man die dynamischen Zuwächse in der Position "alkoholfreie Getränke mit Süßmitteln oder Aromastoffen" ausklammert. Im Jahr 2002 verringerte sich der Überschuss der Agrarimporte gegenüber den -exporten erstmals seit 1985 unter 1 Mrd. €. Auch gegenüber den anderen EU-Ländern (in die 68% der Exporte gehen und aus denen 77% der Importe stammen) wurde der Saldo verbessert, und zwar wegen der Zuwächse im Export und nahezu unveränderter Importe.

Der Umfang der Exporte in die zehn Beitrittskandidatenländer entspricht über 13% des Wertes der Exporte in die EU 15 (für die Importe beträgt dieser Wert 9%). Gegenüber diesen Ländern verschlechterte sich der Saldo des Agrarhandels allerdings, und zwar wegen steigender Importe. Die im Rahmen der Heranführung dieser Länder mit der EU vereinbarten Erleichterungen verändern in einigen Positionen die Nettohandelsströme. So nahm der Importüberhang im Handel mit Ölsaaten – hier war Österreich 1995 noch Nettoexporteur gewesen – weiter zu. Der Getreidehandel wies nach einem Exportüberschuss von 19 Mio. € (2001) nun einen noch höheren Importüberschuss auf.

Im gesamten Agraraußenhandel Österreichs (EU 15 und Beitrittskandidatenländer) zeigen sich signifikante Zuwächse in der Position "Milch und Milcherzeugnisse". Seit dem Einbruch unmittelbar nach dem EU-Beitritt Österreichs entwickelt sich diese Position sehr dynamisch. Die Verbesserungen im Export von Fleisch und Fleischwaren sind nach den BSE-bedingten Einbußen als Rückkehr zu Normalniveau zu verstehen.

Verbesserung im Agraraußenhandel

Das Kapitel 22 (Getränke usw.) umfasst die im Agraraußenhandel wichtigste Position mit fast 20% des Exportwertes. Seit einem Jahrzehnt weist Österreich hier – vor allem bedingt durch die hohen Exporte von "alkoholfreien Getränken mit Süßmitteln oder Aromastoffen" – einen Handelsbilanzüberschuss auf. 2002 verringerte sich dieser positive Saldo erstmals, und zwar wegen deutlicher Absatzrückgänge in der EU, während die Exporte in die Beitrittskandidatenländer weiter zunahmen.

Übersicht 55: Agraraußenhandel 2002 (Kombinierte Nomenklatur – KNO)

	Agraraußenhandel		Salden des Agraraußenhandels			
	Export	Import	Insgesamt	EU 15	EU 15 + 10 ¹⁾	
	Anteile in %			Mio. €		
01 Lebende Tiere	1,5	1,8	– 27	– 37	– 34	
02 Fleisch und Fleischwaren	11,4	6,5	+ 139	+ 65	+ 55	
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,1	2,0	– 97	– 83	– 86	
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	14,9	7,7	+ 220	+ 219	+ 215	
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,4	1,1	– 36	– 25	– 25	
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,4	5,1	– 241	– 244	– 243	
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,6	5,9	– 230	– 193	– 208	
08 Früchte	2,0	8,7	– 351	– 138	– 164	
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	2,5	2,9	– 43	+ 2	+ 23	
10 Getreide	4,1	2,1	+ 63	+ 83	+ 61	
11 Müllereierzeugnisse	0,7	0,9	– 19	– 24	– 22	
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	1,6	2,6	– 67	– 10	– 58	
13 Schellack, Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,5	– 17	– 13	– 12	
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,1	0,1	– 0	+ 1	+ 1	
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	1,5	2,7	– 71	– 102	– 83	
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	1,8	3,5	– 99	– 88	– 97	
17 Zucker, Zuckerwaren	3,2	4,1	– 74	– 108	– 115	
18 Kakao, Kakaozubereitungen	4,9	5,0	– 51	– 74	– 54	
19 Zubereitungen aus Getreide und andere Backwaren	7,3	8,0	– 100	– 134	– 117	
20 Zubereitung von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,6	6,0	– 29	+ 12	– 8	
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	5,0	7,0	– 143	– 183	– 143	
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	19,8	6,8	+ 468	+ 187	+ 220	
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	4,4	5,6	– 96	– 145	– 118	
24 Tabak und Tabakwaren	4,0	3,6	– 16	– 29	– 2	
			Mio. €			
Agrarhandel insgesamt laut KNO	4.070	4.987	– 917	– 1.062	– 1.014	
KNO-Position 2202 90 10 ²⁾	645	29	+ 616	+ 336	+ 365	
Agrarhandel insgesamt laut SITC ³⁾	4.195	5.068	– 873	– 1.012	– 969	
			Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Agrarhandel insgesamt laut KNO ⁴⁾	+ 5,4	+ 1,0	+ 14,6	+ 7,8	+ 6,7	

Q: Statistik Austria, WIFO-Datenbank. 2002 vorläufige Werte; es gelten die im Abschnitt "Außenhandel" dieses Berichts angeführten Einschränkungen zur Aktualität der Daten. – ¹⁾ EU 15 und zehn Beitrittskandidatenländer: Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – ²⁾ Alkoholfreie Getränke mit Süßmitteln oder Aromastoffen. – ³⁾ Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des gewählten Aggregationsverfahrens voneinander ab. – ⁴⁾ Ein positives Vorzeichen von Saldenveränderungen ist als Rückgang des Importüberschusses zu interpretieren.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der LGR der EU-Mitgliedstaaten weist Eurostat für die EU im Jahr 2002 einen realen Einkommensrückgang (gemessen am "Indikator A") von 3,8% aus. Die deutlich verringerte Erzeugung tierischer und pflanzlicher Produkte (–6,6% bzw. –2,1%) war die Hauptursache für die Abnahme des Produktionswertes um 3,9%.

In nur fünf EU-Ländern waren die landwirtschaftlichen Einkommen 2002 höher als im Vorjahr. Einbußen von mehr als 10% ergaben sich in Irland, Deutschland und Dänemark. Der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz verringerte sich in der EU neuerlich (–2,9%). Am stärksten ausgeprägt war der Rückgang in Spanien (–4,8%), Luxemburg (–4,2%) und Schweden (–4,1%).

Landwirtschaftliches Einkommen in der EU ebenfalls gesunken

Übersicht 56: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen der österreichischen Landwirtschaft

	2001	Wert Mio. €	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Index 2002 Volumen 2001 = 100	Preis
Zu Erzeugerpreisen					
Pflanzliche Erzeugung ¹⁾	2.268	2.234	- 1,5	99,2	99,3
+ Tierische Erzeugung	2.621	2.436	- 7,0	99,7	93,3
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	4.889	4.670	- 4,5	99,4	96,1
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	134	135	+ 0,9	99,1	101,8
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.023	4.805	- 4,3	99,4	96,2
+ Nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	378	389	+ 2,8	101,0	101,8
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.401	5.194	- 3,8	99,5	96,6
Zu Herstellungspreisen					
Pflanzliche Erzeugung	2.613	2.570	- 1,6	98,7	99,7
+ Tierische Erzeugung	2.739	2.590	- 5,4	99,5	95,0
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	5.352	5.161	- 3,6	99,1	97,3
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	134	135	+ 0,9	99,1	101,8
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.486	5.296	- 3,5	99,1	97,4
+ Nichttrennbare nichtlandwche Nebentätigkeiten	378	389	+ 2,8	101,0	101,8
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.865	5.684	- 3,1	99,2	97,7
- Vorleistungen insgesamt ¹⁾	3.071	3.033	- 1,2	100,4	98,4
= Bruttowertschöpfung	2.794	2.651	- 5,1	97,9	96,9
- Abschreibungen	1.345	1.351	+ 0,4	99,0	101,4
= Nettowertschöpfung	1.448	1.300	-10,2	96,9	92,6
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.125	1.142	+ 1,6		
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.573	2.443	- 5,1		
Nominelles Faktoreinkommen je JAE ²⁾	1.000 €	15,4	14,8	- 3,8	

Q: Statistik Austria, LGR. Vorläufige Werte. – ¹⁾ Einschließlich innerbetrieblich erzeugter bzw. verbrauchter Futtermittel. – ²⁾ Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nicht entlohnt).

Franz Sinabell (Franz.Sinabell@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Holzmarkt gedrückt

Die Schwäche der Bautätigkeit und der sinkende Dollarkurs setzten 2002 den europäischen Holzmarkt weiter unter Druck. Die Exportpreise von Nadelschnittholz aus Österreich lagen im Jahresdurchschnitt um 1,6% unter dem Wert von 2001. Seit der letzten Spitze im August 1999 gaben die Preise bis Ende 2002 um 15% nach. Auch auf dem Plattenmarkt hielt die Abschwungphase an (Exportpreise für Spanplatten 2002 gegenüber 2001 –6%). Die Zellstoffindustrie musste nach einem Preisverfall von 28% im Jahr 2001 2002 neuerlich einen kräftigen Preistrückgang hinnehmen (Exportpreise für Natronsulfat-Zellstoff –12% gegenüber 2001). Nach einer Stabilisierung der Zellstoffpreise im 1. Halbjahr hatten die allgemeine Konjunkturschwäche und der Rückgang des Dollarkurses im 2. Halbjahr wieder Preiseinbußen auf Euro-Basis zur Folge. Im Dezember 2002 erlöstten die Zellstoffexporteure nur halb so viel wie zur letzten Preisspitze im November 2000. Die Sägeindustrie zahlte den heimischen Waldbesitzern für Nadelsägerundholz im Durchschnitt des Jahres 2002 um 0,9% weniger als 2001. Die Papier- und Plattenindustrie hielt das Vorjahresniveau der Faserholzpreise.

Die Stagnation des europäischen Baumarktes wird auch 2003 anhalten; die Wachstumsaussichten für 2004 sind gedämpft³⁵⁾. In Österreich stagnierte die Bauproduktion 2002, das WIFO prognostiziert für 2003 ein reales Wachstum von 1,2%, für 2004 von 1,5%. In den traditionellen Abnehmerländern für Schnittholz aus Österreich schrumpft 2003 die Bauproduktion. Für 2004 wird in Italien ein weiterer Rückgang und in der Schweiz sowie in Deutschland nur ein schwacher Anstieg der Produktion erwartet. Dabei sind die Prognosen für den holzintensiven Hochbau pessimistischer als für den Tiefbau. In Ost-Mitteleuropa wird die Bauwirtschaft weiterhin kräftig aufholen. Die

³⁵⁾ Vgl. Czerny, M., "Verzögerte Erholung der Baukonjunktur in Europa – Wachstumsaussichten für 2004/05 gedämpft", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(3), S. 191-199, http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23659.

günstigsten Wachstumsaussichten ergeben sich für Ungarn, das als Importeur von Schnittholz aus Österreich an Bedeutung gewinnt.

Der Produktionswert der Be- und Verarbeitung von Holz stieg 2002 gegenüber 2001 um 5,5%. Der Zuwachs war ab September besonders hoch. Der seit 1998 beobachtete Beschäftigungsabbau setzte sich fort; im Jahresdurchschnitt 2002 wurden um 2,5% weniger Arbeitskräfte gezählt als 2001. Die Exporte von Nadelschnittholz nahmen mengenmäßig gegenüber 2001 um 6,4% zu. Spanplatten wurden um 10,5% mehr ausgeführt als 2001. Das seit 1994 anhaltend starke Wachstum der Exporte von Faserplatten (2002 +47,7% gegenüber 2001) hielt an. Die Exporte von Bautischlerwaren erhöhten sich nach dem Einbruch 2001 im Jahr 2002 wieder kräftig (+23,2%). Die Papierindustrie erreichte den Produktionswert von 2001 knapp, der Personalstand wurde leicht aufgestockt (+1% gegenüber 2001). Die Exporte von Papier und Pappe stiegen um 9,1%.

Abbildung 19: Holzversorgung und Holzpreise



Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen; Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreise.

Trotz gedämpfter Preisentwicklung schlugerten die Waldbesitzer 2002 um 10,2% mehr als 2001. Mit 14,85 Mio. fm lag der Einschlag leicht über dem längerfristigen Trendwert. Die Föhnstürme "Uschi" und "Sylvia" vom 16. und 17. November entwurzelten und zersplitterten rund 3,8 Mio. fm Holz. Am stärksten betroffen waren die Hochlagen in Salzburg und der Steiermark. Da bisher wenig Schadholz aufgearbeitet wurde, wird sich diese Windwurfkatastrophe erst 2003 in der Einschlagstatistik nieder-

Holzeinschlag +10,2%

schlagen. Im Jahr 2002 wurden 2,9 Mio. fm Schadholz verbucht (+17,1% gegenüber 2001). Mit 20% lag der Anteil des Schadholzes am Einschlag unter dem mehrjährigen Durchschnitt.

Tendenziell war der Schadholzanfall in den neunziger Jahren rückläufig. Zunehmende Sturm- und Käferschäden wurden durch einen Rückgang der Schneedruckschäden mehr als kompensiert. Die Umweltschutzmaßnahmen in den Bereichen Industrie (Rauchgasentschwefelung), Haushalt (Zunahme der Gasheizungen) und Verkehr (Fahrzeuge mit Katalysator) senkten die Schadstoffbelastung der Wälder nachhaltig.

Die Forstwirtschaft versucht seit Jahrzehnten verstärkt durch waldbauliche Maßnahmen die Stabilität der Wälder zu verbessern. Dazu gehören die Förderung standortgemäßer Baumarten (mehr Laubholz), eine rechtzeitige Waldverjüngung und eine konsequente Waldhygiene. Der Erfolg dieser Maßnahmen hängt jedoch auch davon ab, wieweit der Wildbestand den natürlichen Äsungsverhältnissen angeglichen wird (insbesondere in den forstlich wenig ertragreichen Schutzwäldern).

Die Waldbesitzer formten 2002 um 14% mehr Starknutzholz aus als 2001. An Schwachnutzholz fiel um 4,9%, an Brennholz um 4,5% mehr an als 2001. Im Bauernwald wurde nach zweijähriger Zurückhaltung der Einschlag wieder forciert (+18,4%). Der Einschlag der privaten Forstbetriebe schwankte in den letzten Jahren wenig; 2002 wurde um 1,2% mehr geschlägert als 2001. Die Bundesforste entnahmen ihren Wäldern um 4,5% mehr Holz als im Vorjahr. Mit 1,93 Mio. fm lag der Einschlag noch beträchtlich unter dem Durchschnitt des Jahrzehnts vor der Ausgliederung der ÖBF 1997.

Übersicht 57: Holzeinschlag

	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002
	1.000 Efm ohne Rinde				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Starknutzholz	8.067,0	8.033,2	8.056,3	9.182,6	- 1,2	- 0,4	+ 0,3	+ 14,0
Schwachnutzholz	2.921,0	2.383,1	2.504,9	2.626,9	+ 8,5	- 18,4	+ 5,1	+ 4,9
Brennholz	3.096,0	2.859,9	2.905,3	3.036,0	- 2,5	- 7,6	+ 1,6	+ 4,5
Insgesamt	14.084,0	13.276,3	13.466,5	14.845,4	+ 0,4	- 5,7	+ 1,4	+ 10,2

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

In den westlichen Bundesländern Vorarlberg (Einschlag +38,2% gegenüber 2001), Tirol (+21%) und Salzburg (+17,1%) wurde der Einschlag kräftig erhöht. Das Burgenland (+2,2%), Kärnten (+3,9%) und Niederösterreich (+7,1%) meldeten die geringsten Einschlagszuwächse. Die heimische Industrie bezog 2002 um 5,2% weniger Nadelrohholz aus dem Ausland.

Das WIFO hat vor kurzem die wirtschaftlichen Effekte der Ausgliederung der ÖBF evaluiert³⁶⁾. Während die Einnahmen der ÖBF aus der Holzwirtschaft schrumpften, konnten sie das Wachstum der Erlöse aus dem Immobiliengeschäft und dem Tourismus steigern. Die Arbeitsproduktivität verbesserte sich stark, der Personalstand wurde von 1997 bis 2001 um durchschnittlich fast 10% pro Jahr verringert.

Die Zahlungen an den Bund erscheinen relativ gering. Sie sind aber im Lichte des reduzierten Niveaus der Holznutzung und des Rückgangs der Holzpreise in den letzten Jahren zu betrachten. Ertragseinbußen ergaben sich auch durch die Umsetzung des ökologischen Leitbildes der naturnahen Waldwirtschaft.

Wilfried Puwein (Wilfried.Puwein@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

³⁶⁾ Puwein, W. "Erfolg der Ausgliederung von Bundesbetrieben – das Beispiel der Österreichischen Bundesforste", WIFO-Monatsberichte, 2003, (76)1, S. 63-86, http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23410.

Austria's Economy in 2002: Another Year of Slow Growth

In the OECD countries, the recovery from the slump of 2001 was slow and painful. According to preliminary figures, these countries managed a growth in GDP of 1.3 percent in 2002, compared to 0.8 percent in 2001. In view of the geopolitical vagaries of the second half of 2002, demand for investment, normally the driving force for growth, failed to take off. Faced with repeated downturns at the global stock exchanges, economic players were gloomy about the prospects for the world economy.

In the European Union, business appeared to claw itself back in the doldrums. After some momentum was gained in the first half of 2002, the expansion, however, failed to accelerate. According to preliminary calculations, the euro area achieved an overall economic growth of 0.8 percent for 2002. The weakness was due less to low international demand than to the slack in domestic demand. Public expenditure was slightly restrictive, consequent to the consolidation course imposed by the growth and stability pact, and private households were extremely reticent in their spending on consumer goods, as a consequence of great uncertainties on the labour market and an ongoing debate on pension schemes extending across practically all of Europe. Businesses themselves saw few incentives to step up their investment expenditures, considering the continuing economic and political incalculabilities.

At about 1 percent in 2002, economic growth in Austria was negligibly above the previous year's rate. The first six months were quite satisfactory and an upswing appeared to be in the offing, but in the latter half the momentum noticeably lost in buoyancy. By the middle of the year, enterprises returned to their former sombre outlook – mostly in response to the international stock market crisis and unabating economic jitters. The flood disaster in the summer of 2002 further reduced domestic production.

The weak growth and long-term pessimism shown by Austrian companies in their future outlook were most clearly reflected in the pronounced plunge of gross fixed capital formation, by almost 5 percent in real terms. Investments in machines and electric equipment (–9.5 percent) were substantially cut, as was investment in vehicles (–8.2 percent). Investment in construction declined as well (–1.2 percent), albeit less significantly than other investment categories.

With a growth of about 1 percent in real terms, both public and private demand failed to stimulate any turnaround. Consumers exercised considerable restraint in purchasing new consumer goods, in response to the deteriorating labour market situation and the uncertainties with regard to their future financial situation (also in the face of the debate on their future retirement incomes). Private household consumption rose by 0.9 percent in real terms in 2002, compared to a plus of 1.5 percent in the previous year. Public consumption, on the other hand, grew by 1.3 percent, also in real terms, and thus at a better rate than in 2002 (–0.5 percent).

Net exports helped fuel the economy in 2002. Although export growth was modest at +2.6 percent in real terms, imports stagnated (±0.0 percent) in response to weak domestic demand for capital and consumer goods. As a result, the current account deficit decreased and the account was in balance for the first time in more than a decade. The higher dollar exchange rate for the euro contributed, although to a lesser extent, because it made many imports from third countries cheaper.

The rise in consumer prices was 1.8 percent in 2002, measured by the national consumer price index, paced slower by almost 1 percentage point thanks to subsiding energy prices in the first half of the year. The impact of euro-cash introduction was felt only in part, in the form of some price increases for personal services and a few essential goods. As expected, expenditure items of great weight in the index basket, such as rentals and energy, did not grow disproportionately with the new cash. The harmonised European consumer price index showed an average annualised growth rate of 1.7 percent in 2002. With this, Austria recorded the third-lowest inflation rate among euro countries, after Germany (+1.3 percent) and Belgium (+1.6 percent).

The weak economy heavily influenced the Austrian labour market in 2002. In annual average terms, jobs shrank by almost 15,000 (–0.5 percent) against the previous year. The sectors most affected were manufacturing (–2.5 percent), construction (–2.8 percent), and transport and telecoms (–1.8 percent). In public administration employment continued its downward trend started in 2000 (–1 percent in 2002). As the supply of labour rose in spite of the slump, the number of unemployed shot up at an unusually hefty rate (almost +29,000), the consequence of an increase in the supply of non-Austrian workers and the raising of the official age for early retirement. Computed by the Austrian method, the unemployment rate went up from 6.1 percent in 2001 to 6.9 percent as an average for 2002. Based on the Eurostat definition, it rose from 3.6 percent to 4.1 percent. Despite this, Austria continued to have one of the lowest unemployment rates in the whole of the European Union.